

Stenographisches Protokoll

85. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 6. Dezember 1961

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962
Spezialdebatte
Gruppe IX: Handel und Wiederaufbau

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 3629)
Entschuldigungen (S. 3629)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen 134, 135, 157, 156, 136, 119, 147, 120, 148, 141, 149, 142, 143, 150, 145, 151, 152, 154, 155, 121, 153, 146 und 122 (S. 3629)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung 216 (S. 3641)

Regierungsvorlagen

505: Neuerliche Abänderung und Ergänzung des Kollektivvertragsgesetzes — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 3641)
506: Richterdienstgesetz — Justizausschuß (S. 3641)
509: 6. Gehaltsgesetz-Novelle — Finanz- und Budgetausschuß (S. 3641)
510: Gehaltsüberleitungsgesetz-Novelle 1961 — Finanz- und Budgetausschuß (S. 3641)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (473 d. B.):

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962 (499 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe IX: Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 21: Bauten, und Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung
Spezialberichterstatte: Kulhanek (S. 3641)
Redner: Dr. Kos (S. 3643), Kostroun (S. 3650), Mitterer (S. 3656), Holoubek (S. 3671), Dr. Gredler (S. 3676), Dr. Josef Fink (S. 3684), Enge (S. 3686), Dr. Grünsteidl (S. 3690), Rom (S. 3693), Dr. Geißler (S. 3694), Dr. Reisetbauer (S. 3697) und Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Bock (S. 3698)

Abstimmungen

Annahme der Gruppen III, IV, VII, VIII und XII (S. 3661)
Annahme des EntschlieBungsantrages zur Gruppe VII (S. 3661)

Eingebracht wurde

Antrag der Abgeordneten

Grete Rehor, Wilhelmine Moik und Genossen, betreffend Änderung des Landarbeitsgesetzes (156/A)

Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kandutsch und Genossen (216/A. B. zu 239/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl, Zweiter Präsident Hillegeist, Dritter Präsident Dr. Maleta.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 83. Sitzung vom 4. Dezember 1961 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ferdinand Graf, Seiringer, Lins, Reich, Eichinger, Dr. Gschnitzer, Glaser, Stürgh, Dipl.-Ing. Strobl und Dr. van Tongel.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Tončić, Umenberger, Haberl, Horejs und Schneeberger.

An unserer heutigen Sitzung nehmen auch die Mitglieder der Ständigen Kommission des Europarates für die Verbindung mit den nationalen Parlamenten, deren Vorsitzender unser Kollege Abgeordneter Czernetz ist, als

Zuhörer teil. Ich begrüße sie im Hause auf das allerherzlichste. (*Allgemeiner lebhafter Beifall.*)

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Fragestunde.

Wir beginnen mit der Anfrage 134/M des Herrn Abgeordneten Dr. Gredler, betreffend das Dienstrechtsbereinigungsproblem:

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, zu veranlassen, daß auch das Dienstrechtsbereinigungsproblem, wie vorgeschlagen, wenigstens in Etappen eine Lösung findet?

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundeskanzler um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundeskanzler Dr. Gorbach: Das Bundeskanzleramt ist seit Jahren mit jenen dienstrechtlichen Problemen befaßt, die nach dem Wunsch der betroffenen Bediensteten in einem sogenannten Zwischendienstzeiten- oder Dienstrechtsbereinigungsgesetz geregelt werden sollen.

3630

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Bundeskanzler Dr. Gorbach

Es handelt sich hier um eine Fülle von Wünschen, die von fast allen Bediensteten erhoben werden, die auf Grund des Beamten-Überleitungsgesetzes in den Ruhestand versetzt oder mit einer Abfertigung oder, da sie 1938 nicht im öffentlichen Dienst standen, ohne Abfertigung aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden sind. Es ist das ein ganzes Kompendium von Wünschen, und ich glaube, daß es zweckmäßig ist, hier einmal eine „Flurbereinigung“ vorzunehmen.

Aber wenn man alles in allem nimmt und Berechnungen darüber anstellt, was das kostet, dann kommt man zu Größenordnungen, die bei unseren derzeitigen finanziellen Verhältnissen kaum zu verkraften sind. Um einen Begriff von der Größenordnung dieser Aufwendungen zu geben, möchte ich erwähnen, daß nach einer vom Bundeskanzleramt und vom Bundesministerium für Finanzen angestellten Schätzung eine Erfüllung dieser Wünsche jährliche Auslagen im Ausmaße von mehr als 1 Milliarde Schilling erfordern würde.

Der Herr Abgeordnete Gredler hat den Vorschlag gemacht, eine etappenweise Lösung in der Weise zu finden, daß einzelne Gruppen vorgezogen werden. Ich vermag einer solchen Regelung deswegen nicht beizupflichten, weil die Bevorzugung einzelner Gruppen vor den übrigen in Betracht kommenden als Unrecht empfunden werden müßte und weil es auch außerordentlich schwierig wäre, seinem Vorschlag Rechnung zu tragen, der dahin geht, die Beförderungen durchzuführen, die erfolgt wären, wenn die Betroffenen nach 1938 bis zur Altersgrenze hätten dienen können.

Ich habe während der Beratungen im Finanzausschuß ausgeführt, daß ich es für richtig halten würde, die parlamentarische Kommission, die sich schon einmal mit dieser Frage beschäftigt hat, neuerdings zu aktivieren. Ihre erste Aufgabe wäre es, von dem Forderungsprogramm die unberechtigten und von vornherein als unerfüllbar erkannten Punkte abzustreichen und durch eine Diskussion über die übrigbleibenden Punkte einen Lösungsvorschlag für das verbleibende Gesamtproblem auszuarbeiten.

Abgeordneter Dr. Gredler: Keine Zusatzfrage.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 135/M des Herrn Abgeordneten Dr. Kummer, betreffend den Verfassungsgerichtshof als Völkerrechtsgerichtshof:

Wann ist mit dem Ausführungsgesetz zu Artikel 145 B.-VG. zu rechnen, das den Verfassungsgerichtshof auch als Völkerrechtsgerichtshof tätig werden läßt?

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundeskanzler um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundeskanzler Dr. Gorbach: Im Hinblick auf ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes aus allerjüngster Zeit, und zwar vom 14. Oktober, wird der Gesetzgeber eine Reihe von Fragen über das Verhältnis der Völkerrechtsordnung zur nationalen Rechtsordnung, die in dem erwähnten Erkenntnis zwar aufgeworfen, aber nicht näher beantwortet wurden, klären müssen.

In diesem Zusammenhang wird es möglicherweise auch zur Vorbereitung eines Entwurfes eines diesbezüglichen Ausführungsgesetzes zu Artikel 145 der Bundesverfassung kommen. Die Vorbereitung eines Entwurfes eines Ausführungsgesetzes wird natürlich weitgehend von der Stellungnahme des Nationalrates zu einem Bericht der Bundesregierung abhängen, der gestern beschlossen worden ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf verweisen, daß diese Rechtsfrage außerordentlich diffizil und kritisch ist. Es sei nur auf die Schlagworte des Dualismus und des Monismus, die in dieser Beziehung in der Rechtswissenschaft herrschen, hingewiesen.

Abgeordneter Dr. Kummer: Ich danke. Keine Zusatzfrage.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 157/M des Herrn Abgeordneten Dr. Kos, betreffend den Vorschlag der Ford-Stiftung:

Welche Schritte wurden seitens der Bundesregierung unternommen, um den Vorschlag der Ford-Foundation noch vor Ablauf des mit 1. Jänner 1962 festgesetzten Termines einer Verwirklichung zuzuführen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundeskanzler um die Beantwortung.

Bundeskanzler Dr. Gorbach: Die österreichische Bundesregierung hat sich am 11. Juli 1961 nach einem Bericht des Unterrichtsministers, betreffend die Ford-Foundation, Institut für Sozialwissenschaften, mit diesem Problem befaßt. In der damaligen Sitzung des Ministerrates wurde ein Ministerkomitee, bestehend aus dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten und dem Unterrichtsminister, eingesetzt. Dieses Komitee wurde ersucht, die Angelegenheit zu studieren und die österreichischen Interessen dadurch wahrzunehmen.

Dieses Ministerkomitee hat gestern der Bundesregierung einen Bericht erstattet, den diese zur Kenntnis genommen hat. Zugleich hat die Bundesregierung beschlossen, dieses Anerbieten der Ford-Foundation anzunehmen. Die Bundesregierung hat aber zugleich auch zur Kenntnis genommen, daß sie einen äquivalenten Beitrag von 25 Millionen Schilling innerhalb dreier Jahre zu leisten haben wird.

Bundeskanzler Dr. Gorbach

Die Ford-Foundation wird von diesem Beschluß in den nächsten Tagen in Kenntnis gesetzt werden.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm hierzu das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kos:** Herr Bundeskanzler! Besteht die Möglichkeit, diese geplante Hochschule mit den Plänen für die Errichtung einer Hochschule sozialwissenschaftlicher Art in Linz in Übereinstimmung zu bringen?

Bundeskanzler Dr. **Gorbach:** Soweit sich der Herr Bundesminister für Unterricht dazu geäußert hat, besteht diese Möglichkeit.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 156/M des Herrn Abgeordneten Dr. Gredler, betreffend die Vergabung von ERP-Mitteln:

Wann ist mit der Ratifizierung des die Vergabung der ERP-Mittel betreffenden Vertrages mit den Vereinigten Staaten von Amerika vom 29. März 1961 beziehungsweise mit der Schaffung der entsprechenden Verteilungsorganisation für die ERP-Mittel zu rechnen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundeskanzler um die Beantwortung.

Bundeskanzler Dr. **Gorbach:** Das Abkommen über die ERP-Counterpart-Regelung ist von der Bundesregierung dem Nationalrat am 11. April als Regierungsvorlage zugeleitet worden. In seiner Sitzung am 20. April hat der Finanz- und Budgetausschuß den Beschluß gefaßt, dieses Abkommen zusammen mit einem Entwurf eines Gesetzes über das Counterpart-Wesen in Verhandlung zu nehmen.

Der Entwurf eines Counterpartmittel-Gesetzes ist in den letzten Wochen Gegenstand vielfacher Verhandlungen gewesen. In vielen Punkten wurde eine Einigung, in manchen eine Annäherung erzielt. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Da aber den Abgeordneten Dr. Gredler offenbar die Hindernisse interessieren, die bisher einer völligen Einigung entgegengestanden sind, bin ich so loyal, mitzuteilen, daß es sich dabei um Fragen der Rechtsform der Verwaltung der Counterpartmittel, der Abgrenzung der Typen von Krediten ihrer Höhe nach und der Stellung der Oesterreichischen Nationalbank in den beschließenden Organen handelt.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Gredler wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter Dr. **Gredler:** Sehen Sie, Herr Bundeskanzler, nicht gewisse Schwierigkeiten in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Schwierigkeiten, die aus der Tatsache resultieren können, daß wir durch bald ein Jahr

diesen Vertrag nicht ratifizierten und daß wir ferner trotz Nicht-Ratifizierung dieses Vertrages bereits jetzt Mittel aus den ERP-Geldern zu entnehmen beabsichtigen, um mit ihnen gewisse Budgetforderungen abzudecken?

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundeskanzler um die Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Bundeskanzler Dr. **Gorbach:** Daß es uns bis jetzt nicht gelungen ist, dieses Gesetz über die Bühne zu bringen, ist in Ansehung der Liberalität der Amerikaner und der Zeit, die bisher schon verstrichen ist, nicht angenehm und mir persönlich peinlich. Aber gut Ding braucht Weile, Herr Abgeordneter Gredler! Ich hoffe, daß Sie nach dem Abschluß der Beratungen mit dem Gesetz zufrieden sein werden — vielleicht noch mehr die Kreditinteressenten, die verhältnismäßig lange darauf warten.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Gredler wünscht noch eine Zusatzfrage zu stellen. Bitte!

Abgeordneter Dr. **Gredler:** Herr Bundeskanzler! In der Befürchtung, daß ich mit dem schließlich zustandekommenden Gesetze nicht zufrieden sein werde, und ohne anzunehmen, daß Ihnen die Gabe der Prophetie zu eigen ist, darf ich trotzdem fragen, ob Sie annehmen, daß etwa ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages, das heißt mit 31. März 1962, mit einer Regelung zu rechnen sein kann.

Präsident: Herr Bundeskanzler! Ich bitte um die Beantwortung.

Bundeskanzler Dr. **Gorbach:** Wenn ich sage, daß ich vor der Zeit die Regelung dieser Frage als möglich und wahrscheinlich betrachte, so ist das von mir in dieser Stunde kein Zweckoptimismus. (*Heiterkeit.*)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 136/M des Herrn Abgeordneten Machunze, betreffend Verfügung eines Aufenthaltsverbotes durch die Fremdenpolizei:

Unter welchen Voraussetzungen verfügt die Fremdenpolizei ein Aufenthaltsverbot und warum wird den Betroffenen keine Einspruchsmöglichkeit eingeräumt?

Präsident: Ich bitte den Herrn Innenminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Inneres **Afritsch:** Hohes Haus! Die Voraussetzungen zur Verhängung eines Aufenthaltsverbotes sind im Fremdenpolizeigesetz festgelegt. Im § 3 dieses Gesetzes sind die Voraussetzungen demonstrativ aufgezählt. Derjenige, über den ein Aufenthaltsverbot verhängt werden soll, hat die Mög-

Bundesminister Afritsch

lichkeit des Parteigegehors und selbstverständlich auch — wie das im Gesetze vorgesehen ist — die Berufungsmöglichkeit.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Machunze:** Herr Bundesminister! Sind Sie bereit, die in der letzten Zeit von der Polizeidirektion Wien erlassenen Bescheide, die Aufenthaltsverbote betreffen, zu überprüfen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundesminister um die Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Bundesminister für Inneres **Afritsch:** Wenn mir solche Fälle vorgelegt werden, bin ich selbstverständlich bereit, mir die Akten kommen zu lassen und sie zu prüfen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht noch eine Zusatzfrage zu stellen.

Abgeordneter **Machunze:** Herr Bundesminister! Wie ist Ihre Auffassung hinsichtlich der Verhängung eines Aufenthaltsverbotes über einen Mann, der erstens in Österreich geboren wurde, zweitens sich, bedingt durch die Verhältnisse nach dem ersten Weltkrieg, nicht um seine Staatsbürgerschaft gekümmert hat und drittens seit seiner Geburt immer im Gebiet der Republik Österreich gelebt hat und jetzt abgeschoben werden soll? Wohin soll dieser Mann Ihrer Meinung nach überstellt werden?

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung dieser zweiten Zusatzfrage.

Bundesminister für Inneres **Afritsch:** Dieser Fall müßte natürlich genauestens überprüft werden. Ich bin gerne bereit, wenn man mir den Namen des Mannes bekanntgibt, den betreffenden Akt zu studieren. Wenn sich die Sache aber so verhält, wie der Herr Abgeordnete Machunze sagt, wird wahrscheinlich keine Möglichkeit bestehen, diesen Mann außer Landes zu schaffen. Aber es ist wichtig, zu wissen, wie der Fall tatsächlich ist.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 119/M der Frau Abgeordneten Lola Solar, betreffend Steuerfreiheit der Kunstförderung:

Ist der Herr Bundesminister in der Lage, beim Herrn Bundesminister für Finanzen zu erreichen, daß sowohl die zur Verleihung gelangenden Ehrengaben als auch Kunstförderungspreise für steuerfrei erklärt werden?

Präsident: Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Unterricht Dr. **Drimmel:** Das Bundesministerium für Unterricht bemüht

sich bereits seit mehreren Jahren, die Steuerfreiheit für Kunstförderungspreise zu erlangen. Wir wurden bisher mit diesem Ansuchen von der Bundesfinanzverwaltung abschlägig beschieden.

Das Bundesministerium für Unterricht ist der Meinung, daß die Rechtseinwendungen nicht haltbar sind. Die österreichische Personalsteuergesetzgebung beruht auf dem System des Einkommensteuergesetzes 1934, das bekanntlich ein Gesetz des Deutschen Reiches ist. Die Grundsätze unseres derzeitigen Einkommensteuergesetzes sind dieselben. Nach diesem Steuergesetz waren Kunstpreise von der Entrichtung von Steuern befreit. Wir sind daher der Meinung, daß auch unter der gegenwärtigen Rechtsordnung mit den Künstlern nicht schlechter verfahren werden darf als in der zurückliegenden Epoche. Wir hoffen, daß wir uns mit dieser Rechtsauffassung mit der Zeit durchsetzen werden.

Präsident: Es wird keine Zusatzfrage gestellt.

Wir kommen daher zur Beantwortung der Anfrage 147/M des Herrn Abgeordneten Czeretz, betreffend Schaffung einer Kommission von Parlamentariern und Wissenschaftlern.

Sind Sie bereit, im Sinne der Resolution der Europäischen parlamentarischen und wissenschaftlichen Konferenz, die in London im März 1961 stattfand, und der Resolution des Europarates Nr. 196 für die Bildung einer ständigen Kommission von Parlamentariern und Wissenschaftlern einzutreten?

Präsident: Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Unterricht Dr. **Drimmel:** Herr Abgeordneter! Diese Resolution war dem Bundesministerium für Unterricht nicht bekannt. Wir mußten sie uns daher im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten beschaffen. Soviel ich daraus entnehme, handelt es sich um die Resolution 196. Sie stammt aus dem Frühjahr dieses Jahres. Sie zielt darauf ab, daß ein ständiger Kontakt zwischen Parlamentariern und Wissenschaftlern in den einzelnen Staaten des Europarates instituiert wird.

Ich bin der Meinung, daß es einer solchen Neuschaffung in Österreich nicht bedarf, weil nach dem Hochschul-Organisationsgesetz ein Akademischer Rat besteht, in den zu einem Drittel Parlamentarier, zu einem Drittel Vertreter der wissenschaftlichen Hochschulen und zu einem Drittel Vertreter der Hochschulverwaltung delegiert worden sind. Es wird lediglich darauf ankommen, die Koexistenz und Kooperation mit diesem Akademischen Rat in einen besseren Zustand zu versetzen als bisher. Dann könnte auf diesem

Bundesminister Dr. Drimmel

Boden dem Wunsch, der in Straßburg klarzutage getreten ist, auch in Österreich Rechnungen getragen werden.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter **Czernetz:** Herr Bundesminister! Sind Sie bereit, die Abgeordneten bei den Bemühungen zu unterstützen, die Öffentlichkeit und besonders die Kreise der Wissenschaft von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß — unabhängig von Institutionen wie dem Akademischen Rat, der sich auch, wie projektiert ist, mit der Finanzierung von Forschungsprojekten zu beschäftigen hätte — eine ständige, weniger formelle und nicht beschlußfähige Verbindung von Wissenschaftern und Parlamentariern hergestellt werden soll, wie sie beispielsweise mit dem größten Erfolg in Großbritannien existiert und wie sie auch in diesem Sinne vom Europarat vorgeschlagen wurde?

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Bundesminister für Unterricht **Dr. Drimmel:** Ich kenne diese Einrichtung, die Sie eben zitiert haben, und halte sie für eine sehr zweckmäßige Einrichtung, um zwischen den Angehörigen der gesetzgebenden Körperschaften und Wissenschaftlern einen ständigen Meinungsaustausch zu unterhalten. Da es den Wissenschaftlern im allgemeinen schwerer ist als ökonomischen Interessentenvertretungen, mit ihren Wünschen, Anliegen und Plänen an die Öffentlichkeit zu kommen und dafür auch in der parlamentarischen Demokratie die notwendige Unterstützung zu bekommen, wäre ein solcher Kontakt nach meiner Überzeugung zweifellos fruchtbar, wenn er richtig geplant und in gegenseitigem Verständnis und Einvernehmen zur Durchführung kommt. Die konkrete Frage möchte ich mit Ja beantworten.

Abgeordneter **Czernetz:** Danke!

Präsident: Wir kommen zur nächsten Anfrage. Das ist die Anfrage 120/M des Herrn Abgeordneten Leisser, betreffend Erhöhung der Dotierung für Staatspreise:

Wird in Zukunft eine angemessene Erhöhung der Dotierung für die Großen Österreichischen Staatspreise möglich sein?

Präsident: Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Unterricht **Dr. Drimmel:** Der Große Österreichische Staatspreis ist mit 20.000 S dotiert. Es war die Absicht der staatlichen Kunstverwaltung, die Dotation

des Preises zu erhöhen. Aus budgetären Schwierigkeiten ist das in den letzten beiden Jahren leider nicht möglich gewesen. Wir haben aber im heurigen Jahr trotz der relativen Beengtheit und des Konsolidierungsprogramms, das ja auch dem Unterrichtsministerium eine Einbuße von 84 Millionen Schilling gebracht hat, die Preise von 20.000 S auf 50.000 S erhöht. Wir hoffen, diese Preise noch dadurch vollwertig zu machen, daß wir für sie die Steuerfreiheit durchsetzen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 148/M der Frau Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw, betreffend Konferenz der Unterrichtsminister im Rahmen des Europarates:

Sind Sie bereit, im Sinne Ihrer Ausführungen in der Budgetdebatte in der Bundesregierung dafür einzutreten, daß die Vertreter der österreichischen Bundesregierung im Ministerkomitee des Europarates die Einberufung und Abhaltung von Konferenzen der europäischen Unterrichtsminister im Rahmen des Europarates verlangen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister um Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Unterricht **Dr. Drimmel:** Das Zusammentreten der Erziehungsminister der Staaten des Europarates ist ein Anliegen aller Minister der betreffenden Staaten. Es ist bedauerlich, daß die Erziehungsminister die einzigen sind, die bisher nicht bis Straßburg, sondern lediglich bis Hamburg gekommen sind. In Hamburg fand nämlich im Frühjahr dieses Jahres eine Vorkonferenz statt, die uns den Zugang zu Straßburg erzwingen sollte. Es wurde dann aus den 13 Unterrichtsministern eine Delegation von vieren bestimmt, der angehört haben: als Vertreter des einberufenden Staates der Kultursenator von Hamburg, der Erziehungsminister Großbritanniens, der Erziehungsminister Hollands und meine Wenigkeit. Leider haben mein britischer und holländischer Kollege abgesagt, den Weg nach Straßburg zu nehmen, sodaß ich mit meinem Hamburger Kollegen darüber einig wurde, daß er allein das erste Entree in Straßburg versucht.

Unsere Absicht geht dahin, die Versammlungen nicht in irgendwelchen europäischen Staaten abzuhalten, sondern sie auf Straßburg zu konzentrieren, vor allem aber auch in Straßburg wenigstens einige Experten für Schul- und Erziehungsfragen als beamtete Organe zu bekommen, damit die Vorbereitung der Erziehungsministerkonferenz nicht jeweils der Unterrichtsverwaltung eines Landes vorbehalten bleibt, sondern bereits von einer Verwaltungsinstitution internationalen Charakters vorbereitet und die Beschlüsse von dieser ausgeführt werden.

3634

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Abgeordnete Dr. Stella **Klein-Löw**: Ich danke.

Präsident: Keine Zusatzfrage.

Wir gelangen zur Beantwortung der Anfrage 141/M des Herrn Abgeordneten Gram, betreffend Maßnahmen auf dem Gebiete des Preis-Lohn-Auftriebes:

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Bundesminister in seinem Wirkungsbereich gegen den anhaltenden Preis-Lohn-Auftrieb zu unternehmen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Finanzminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Klaus**: Herr Präsident! Hohes Haus! In meinem Amtsbereich ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten, dem Lohn- und Preisauftrieb durch gezielte Maßnahmen zu begegnen.

Ich darf in erster Linie darauf verweisen, daß die Konsolidierung des Bundesbudgets 1961 mit sehr starken Ausgabeneinschränkungen einen gewissen Einfluß auf die Auftriebstendenzen, die durch die Erzeugung einer vermehrten Nachfrage verursacht wurden, mit sich gebracht hat. Auch das gegenwärtig im Hohen Hause zur Beratung stehende Budget 1962 wird durch seinen Charakter einer gewissen volkswirtschaftlichen Ausgeglichenheit und durch die verringerte Notwendigkeit, den außerordentlichen Haushalt durch große Anleihen im Inland oder im Ausland zu bedecken, ebenfalls eine wohltuende Auswirkung in beruhigender Hinsicht auf die Lohn- und Preisbewegung ausüben.

Ich darf darüber hinaus noch daran erinnern, daß das Kreditkontrollabkommen zu einer gewissen Verlangsamung des Anschwellens des Kreditvolumens in unserem Lande geführt hat. Es ist zwar noch nicht erreicht worden, daß das Anwachsen überhaupt zum Stillstand gebracht werden konnte, aber es hat sich schon eine Beruhigung, eine Verlangsamung der monatlichen Zuwachsraten auf unserem Kreditmarkte ergeben. In den letzten Monaten ist das Kreditvolumen wesentlich weniger gewachsen, als es etwa um die Mitte des Jahres oder zu Beginn des Jahres noch der Fall gewesen ist.

Hohes Haus! Ich darf abschließend darauf hinweisen, daß ich im Ministerrat beantragt habe, daß Österreich eine lineare 10prozentige Zollsenkung durchführt, eine Zollsenkung, die etwa 1000 Positionen beinhalten und es ermöglichen wird, daß bei der Gestaltung des Endpreises wesentliche und zahlreiche Verbilligungen von Waren, die wir aus dem Auslande beziehen und benötigen, erfolgen werden.

Abgeordneter **Gram**: Danke. Keine Zusatzfrage.

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 149/M der Frau Abgeordneten Anna Czerny, betreffend Betrügereien bei Vergütung von Kriegs- und Besetzungsschäden:

Sind Sie in der Lage, dem Nationalrat einen eingehenden Bericht über die Betrügereien im Zusammenhang mit der Vergütung von Besetzungsschäden beziehungsweise Kriegssachschäden und über die Gegenmaßnahmen der Finanzverwaltung zu erstatten?

Präsident: Ich bitte den Herrn Finanzminister um Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Klaus**: Die durch Bedienstete der Finanzverwaltung verursachten Schäden haben den Betrag von rund 260.000 S erreicht. Es wurden fünf Bedienstete sofort entlassen und dem Gerichte übergeben. Im Zuge einer Wiederaufbringung der erfolgten Schäden sind bisher fast alle Beträge, die durch die öffentlich Bediensteten abgezweigt worden sind, wieder hereingebracht worden.

Die Frage, welche Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden können, um solche Vorgänge, die in einer Riesenverwaltung immer wieder passieren können, zu verhindern, möchte ich dahin gehend beantworten, daß in Hinkunft stärkere Vorsichtsmaßnahmen bei der Überweisung der Entschädigungsbeträge mit verstärkter Kontrolle erfolgen werden und daß auch die Befugnisse der Sachbearbeiter, die in von den Parteien vorgelegte Urkunden Einsicht nehmen, Aktenvermerke über die Art, Form und den Zeitpunkt der Auszahlung der Entschädigungsbeträge machen, ebenfalls einer stärkeren Kontrolle unterworfen werden.

Ein weit größerer Schaden ist jedoch dadurch erwachsen, daß eine Anzahl von drei oder vier Winkelschreibern sich in diese Sache eingeschaltet haben. Die Möglichkeit einer Verhinderung der Tätigkeit der Winkelschreiber ist in geringerem Maße gegeben, es wird aber, sobald bei Anträgen bemerkt wird, daß diese von irgendeiner gelenkten Hand, die keine Vollmacht ausweist, kommen, die Sicherheitsbehörde auf diese Fälle aufmerksam gemacht.

Abgeordnete Anna **Czerny**: Danke. Keine Zusatzfrage.

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der nächsten Anfrage 142/M des Herrn Abgeordneten Soronics, betreffend ein Jugendsparförderungsgesetz:

Welche Gründe waren entscheidend für die Ausarbeitung eines Entwurfes, betreffend ein Jugendsparförderungsgesetz, beziehungsweise welchen Zielen soll das vorerwähnte Gesetz dienen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Finanzminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Finanzen Dr. Klaus: Die Gründe dafür, daß das Bundesministerium für Finanzen einen Entwurf für ein Jugendsparförderungsgesetz vorgelegt hat, sind folgende:

Bekanntlich ist die Spartätigkeit etwa seit 1960 in Österreich etwas zum Erlahmen gekommen. Die Zuwächse, also die Unterschiede zwischen den Einlagen und den Abhebungen, bei den Sparinstituten haben gegenüber den Vorjahren eine stark absinkende Tendenz. Es hat im Jahre 1960 Monate gegeben, in denen überhaupt ein Passivsaldo zwischen Abhebungen und Einlagen ausgewiesen werden mußte, und im Jahre 1961 hat der Zuwachs der Spareinlagen anfangs nur eine sehr zähe Entwicklung genommen. Ich habe dem Hohen Hause darüber bereits in der Budgeteinbegleitungsrede berichtet. Erfreulicherweise kann man aber feststellen, daß in den letzten Monaten wieder eine rasche Zunahme der Spareinlagen erfolgt ist. Wieweit sich das über den Oktober hinaus, also in den zwei Monaten vor der Weihnachtszeit, noch auswirken wird, ist noch unbekannt. Die Statistiken hierüber liegen noch nicht vor.

Es hat sich aber gleichzeitig mit dem Erlahmen des Sparwillens auch gezeigt, daß der Konsumwille, der Konsumdrang einen starken Auftrieb erhalten hat, dem begegnet werden sollte und mußte.

Dazu kommt, daß die Sparinstitute selber mit Denkschriften und Delegationen im Finanzministerium vorgespochen und eine Sparförderung seitens des Bundes sozusagen als Ergänzung zu den Aktionen, die die Sparinstitute selber zur Werbung und Popularisierung des Sparens durchführen, verlangt haben.

Und letzten Endes ist einer der Gründe für ein Jugendsparförderungsgesetz auch noch, daß verschiedene Jugendverbände darauf aufmerksam gemacht haben, daß besonders in einem bestimmten Lebensalter, etwa zwischen 20 und 30 Jahren, junge Menschen, wenn sie sich einen Hausstand gründen oder wenn sie einen selbständigen Beruf ergreifen und Anschaffungen größerer Art zu tätigen haben, eine bestimmte Sparhilfe auch vom Staat erwarten.

Es waren also einerseits wirtschaftlich-materielle, andererseits aber auch erzieherische Gründe, die zu diesem Entwurf geführt haben.

Die Ziele dieser Sparförderung bestehen darin, daß am Ende einer Sparzeit, die etwa mit mindestens fünf Jahren bemessen wird, aber dann auch fortgesetzt werden kann,

dem jugendlichen Sparer aus Bundesmitteln eine Sparprämie in der Höhe der angelaufenen und schon ausbezahlten Zinsen und Zinseszinsen zusätzlich bezahlt werden soll. Ich möchte betonen, daß das nicht schon im ersten Jahr, sondern erst nach Ablauf der Mindestsparzeit in Frage kommt.

Ferner hätte sich der Bund im Entwurf bereit erklärt, für ein weiteres Darlehen, das der Jugendliche etwa in der Höhe der angesparten Summe bei einem Sparinstitut aufnimmt, eine 60prozentige Bürgschaft zu übernehmen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm hiezu das Wort.

Abgeordneter Soronics: Herr Minister! Wann ist damit zu rechnen, daß dieses Gesetz dem Parlament zur Beratung vorgelegt wird?

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um Beantwortung.

Bundesminister für Finanzen Dr. Klaus: Das ist mir nicht bekannt, Herr Abgeordneter, weil ich die Vorlage erst im Ministerrat durchbringen muß.

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 143/M des Herrn Abgeordneten Dr. Hetzenauer, betreffend die kurzfristige Bundesschuld:

Wie beurteilt der Herr Bundesminister den im Rechnungsabschluß 1960 zum 31. Dezember in der Höhe von rund 8 Milliarden Schilling ausgewiesenen relativ hohen Stand der kurzfristigen Verbindlichkeiten des Bundes?

Präsident: Ich bitte den Herrn Finanzminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Finanzen Dr. Klaus: Die Gesamtsumme der sogenannten schwebenden oder der kurzfristigen Bundesschuld beträgt, wie der Herr Anfrager selber in der Anfrage zum Ausdruck bringt, rund 8 Milliarden Schilling. Diese 8 Milliarden sind in drei Gruppen von Verpflichtungen des Bundes kurzfristiger Art einzuteilen.

Etwa 2 Milliarden davon sind Schatzscheine, die anlässlich der Bezahlung von Besatzungskosten noch Ende der vierziger Jahre begeben wurden. Diese Schatzscheine haben die Eigenschaft der Refinanzierbarkeit durch die Nationalbank, sie sind bei ihren Inhabern ein populäres und beliebtes Papier und werden automatisch und gerne seit Jahren immer wieder verlängert.

Eine zweite Gruppe betrifft etwa 1 1/2 Milliarden Schilling, die begeben wurden, um die Beträge, welche internationale Organisationen, insbesondere der Internationale Währungsfonds, von Österreich zu fordern haben,

3636

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Bundesminister Dr. Klaus

für den Augenblick des Abrufes zur Verfügung zu halten. Diese Beträge könnten, da die Schatzscheine auf Sicht einzulösen sind, unter Umständen eine Gefahr bilden, weil eventuell ein sehr hoher Betrag sofort zur Liquidierung kommen müßte. Es sind jedoch mit diesen internationalen Organisationen Absprachen getätigt worden, daß über eine beabsichtigte Abberufung solcher Gelder vorher das Einvernehmen mit der österreichischen Bundesregierung gepflogen wird. Also auch diese Gruppe ist nicht irgendwie gefährlich.

Die letzte Gruppe umfaßt daher 4½ Milliarden Schilling. Das ist jenes Paket von Bundes-schatzscheinen, die binnen weniger Monate oder in einem Jahr oder in drei Jahren fällig werden.

Das Hohe Haus hat durch mich einen Bericht erhalten, daß von diesen 4½ Milliarden Schilling im heurigen Jahr 700 Millionen Schilling zur Rücklösung gelangt sind, 100 Millionen, die im Budget vorgesehen waren, und 600 Millionen und noch einige Beträge, die außer-tourlich zur Auszahlung gelangten, um den Geld- und Kreditmarkt, der durch diese Entwicklung schon sehr gelitten hat, wieder etwas, wenn ich so sagen darf, aufzutauen. Das ist auch sehr wohltuend und dankbar von seiten der Geldinstitute empfunden worden.

Die restlichen 3,9 Milliarden Schilling sollen so zur Abstattung kommen, daß im Bundeshaushalt 1962 weitere 300 Millionen aus Budgetmitteln zur Rückzahlung gelangen, wobei beabsichtigt ist, daß man für einen ebenso hohen Betrag eine gewisse Konvertierung, also eine Umwandlung in eine langfristige Verpflichtung des Bundes vornimmt. Dieser Vorgang soll einige Jahre wiederholt werden.

Ich bin der festen Überzeugung, daß es dann, wenn wir wieder ein Volumen von Schatzscheinen etwa im Ausmaß von 2,5 bis 3 Milliarden erreichen, keine Schwierigkeiten mehr geben wird, diese Beträge in den Händen der Kreditinstitute zu belassen, denn wenn das Volumen der begebenen Schatzscheine nicht so hoch ist, ist der Schatzschein immerhin ein sehr begehrtes Papier.

Präsident: Wir kommen zu der Anfrage 150/M des Herrn Abgeordneten Preußler, betreffend die Umfahrungsstraße in Werfen:

Sind Sie bereit, in allernächster Zeit den Bau einer Umfahrungsstraße um den Markt Werfen anzuordnen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Handelsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Bock: Die Notwendigkeit einer Umfahrung für Werfen ist selbstverständlich

bekannt, und es sind auch Untersuchungen angestellt worden, in welcher Form die neue Trassenführung erfolgen könnte. Ein Zeitpunkt für die Inangriffnahme der Arbeiten kann noch nicht angegeben werden, da noch eine ganze Reihe dringlicherer Bauprojekte innerhalb der Salzburger Bundesstraßen zuerst durchzuführen sind.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm hierzu das Wort.

Abgeordneter Preußler: Herr Bundesminister! Gestatten Sie mir die Frage: Warum hat das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau meine Anfrage vom 12. Juli 1960 in dieser Angelegenheit bis heute nicht beantwortet?

Präsident: Ich bitte den Herrn Bundesminister um Beantwortung.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Bock: Herr Präsident! Abgesehen davon, daß ich im Augenblick nicht in der Lage bin, die Frage zu beantworten — ich werde aber nachschauen, was mit dieser Anfrage gewesen ist —, muß ich feststellen: Ich glaube, daß das nicht in diesem Zusammenhang hieher gehört.

Aber bitte, Herr Abgeordneter, ich werde nachschauen, was mit der Anfrage geschehen ist.

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 145/M der Frau Abgeordneten Dr.-Dipl.-Ing. Johanna Bayer, betreffend ein Elektrotechnikgesetz:

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Nationalrat den Entwurf eines Elektrotechnikgesetzes vorzulegen, das die notwendigen Maßnahmen zur Verhütung von Elektronenfällen durch Haushaltsgeräte und der daraus resultierenden Gesundheits- und sonstigen Schäden zum Gegenstand hat?

Präsident: Ich bitte den Herrn Handelsminister um Beantwortung dieser Frage.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Bock: Ich habe im Juni 1959 und ebenso im Juni 1961 einen entsprechenden Gesetzentwurf, der von allen begutachtenden Stellen mit Ausnahme des Verkehrsministeriums positiv begutachtet war, dem Minister-rat vorgelegt. Die Weiterleitung an das Hohe Haus scheiterte an dem Einspruch des Herrn Verkehrsministers, der die Auffassung vertritt, daß ein solches Gesetz dem Haus nur im Zusammenhang mit einem Elektrizitätswirtschaftsgesetz zugeleitet werden könnte.

Präsident: Die Frau Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihr dazu das Wort.

Abgeordnete Dr.-Ing. Johanna **Bayer**: Herr Bundesminister! Sehen Sie, wenn eine weitere Verzögerung dieses Gesetzes eintritt, eine Möglichkeit, wenigstens zunächst die so akute Frage der Vereinheitlichung der Prüfzeichen für Elektrogeräte durch Verordnung zu regeln?

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. **Bock**: Die geltende gesetzliche Grundlage dürfte zu einer verfassungsrechtlich haltbaren Verordnung wahrscheinlich nicht ausreichen. Wir sind aber mit Rücksicht auf das Hemmnis im Ministerrat dabei, zu untersuchen, welche Auswege wenigstens für die Zwischenzeit gefunden werden können, weil wir sehr besorgt sind, daß durch das Ausbleiben eines solchen Gesetzes besondere Gefahrenmomente bei Handhabung dieser Instrumente in den Betrieben und so weiter leider nicht ausgeschaltet werden können. (*Abg. Doktor Hurdas: Ein merkwürdiges Junktim!*)

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 151/M des Herrn Abgeordneten Czernetz, betreffend EFTA-Konferenz und Zollsenkung:

Warum sind die Vertreter Österreichs bei der kürzlich abgehaltenen Konferenz der EFTA gegen die Teilnahme Österreichs an der nächsten 10prozentigen Zollsenkung am 1. März aufgetreten und haben erklärt, daß Österreich die Zollsenkung erst zu einem späteren Zeitpunkt vornehmen wird?

Präsident: Ich bitte den Herrn Handelsminister um Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. **Bock**: Bei der Frage der Akzeleration im Bereich der EFTA ist es der österreichische Standpunkt gewesen, dieser Akzeleration dann im vollen Umfange zuzustimmen, wenn auch alle anderen EFTA-Mitgliedstaaten das gleiche tun.

Nun haben bei den Verhandlungen über die Akzeleration vor 14 Tagen bei der Minister ratsitzung der EFTA in Genf Norwegen und Dänemark weitgehende Sonder- und Ausnahmewünsche angemeldet. Ich habe daher in diesem Zusammenhange um die bekannte Decalage von 6 Monaten für die Akzelerationszollsenkung für Österreich gebeten, was auch bewilligt worden ist.

Der Grund hierfür liegt ferner darin, daß wir — der Herr Finanzminister hat das heute in einem anderen Zusammenhang schon erwähnt — am 1. Jänner sowieso eine generelle Zollsenkung von 10 Prozent vornehmen, außerdem die GATT-Liberalisierung von 50 auf 70, also um 40 Prozent erweitern und die OECD-Liberalisierung von 90 auf 93 Prozent hinaufziehen. Es ist daher berechtigt, wenn die

österreichische Industrie den Wunsch geäußert hat, nach Möglichkeit auch für die weitere 10prozentige Akzeleration im EFTA-Bereich eine kleine Atempause zu haben. Diese uns nun eingeräumte Decalage bis September 1962 bedeutet aber nicht unbedingt, daß wir diesen Termin zur Gänze ausnützen wollen. Ich könnte mir — vorbehaltlich der Erfahrungen, die wir in den nächsten Monaten auf diesem Gebiet machen — etwa auch vorstellen, daß wir diese 10prozentige Akzelerationssenkung vielleicht schon am 1. Juli 1962 durchführen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter **Czernetz**: Herr Bundesminister! Glauben Sie nicht, daß gerade Österreich in der gegenwärtigen Situation das allergrößte Interesse hätte, Bemühungen um die Einhaltung der Solidarität aller EFTA-Länder zu unterstützen, daß wir das allergrößte Interesse hätten, insbesondere auch mit der Schweiz gemeinsam vorzugehen, und daß diese Decalage, diese Verzögerung der Zollsenkung durch Österreich, unsere Verhandlungsposition nicht gerade verbessern wird?

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. **Bock**: Herr Abgeordneter! Das einheitliche Vorgehen heißt, wie der Ausdruck schon klarlegt, daß es eben auf eine Meinungsabstimmung aller Teile ankommt, und wenn Österreich sich einmal erlaubt, eine eigene Meinung in einer speziellen Frage besonders vorzutragen, dann muß eben auch auf die österreichischen Belange Rücksicht genommen werden.

Was die Einheitlichkeit der Vorgangsweise mit der Schweiz betrifft, so sehe ich überhaupt keine Schwierigkeit darin, denn die Basis des Zollabbaues für die Schweiz und für Österreich ist ja grundverschieden. Die Schweiz ist ein Niedrigzoll-Land, und wir sind ein Land mit relativ hohen Zöllen. Der Vorteil der Zollsenkung wächst ja in erster Linie den Niedrigzoll-Ländern zu, und daher ist es für die Niedrigzoll-Länder sehr leicht, beschleunigte Zollsenkungen zu verlangen. Sie sind ja praktisch diejenigen, die davon profitieren. Ich teile nicht die Auffassung, daß wir mit einer solchen Ausnahmeregelung — ich wiederhole: sie ist ja nicht Österreich allein eingeräumt worden, sondern sie ist im gleichen Ausmaße und im gleichen Bereiche Norwegen eingeräumt worden, und sie ist in vielen anderen Positionen, die materiell sehr weit-

3638

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Bundesminister Dr. Bock

gehend sind, auch Dänemark eingeräumt worden — die Einheitlichkeit des Vorgehens der EFTA nach außen hin schwächen, noch dazu, wo spätestens im September 1962 sowieso die Zollsätze wieder gleichgezogen sind.

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 152/M des Herrn Abgeordneten Preußler, betreffend die Bundesstraßen im Salzkammergut:

Sind Sie bereit, die anlässlich der Einstellung der Salzkammergutlokalbahn versprochene Neuerstellung der Bundesstraßen im Salzkammergut in Bälde durchführen zu lassen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Handelsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. **Bock:** Herr Präsident! Die Anfrage lautet, ob der Handelsminister bereit ist, die anlässlich der Einstellung der Salzkammergutlokalbahn versprochene Neuerstellung der Bundesstraßen im Salzkammergut in Bälde durchführen zu lassen.

Ich muß feststellen, Herr Abgeordneter, daß ich die Anfrage nicht recht verstehe, denn seit der Einstellung der Salzkammergutlokalbahn sind nicht weniger als 200 Millionen Schilling in diesem Straßenbereich verbaut worden. Das ist die höchste Bauquote im Bundesstraßenbereich von ganz Österreich. Auch für das kommende Jahr 1962 ist wieder ein Betrag von 20 Millionen Schilling für die Fortsetzung dieser Baulose vorgesehen. Es ist allgemein bekannt, daß diese Gegend des Salzkammergutes überhaupt als die größte Straßenbaustelle in Österreich angesprochen werden kann.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter **Preußler:** Um meine Anfrage dem Wunsche des Herrn Ministers gemäß näher zu präzisieren: Ich meine damit die versprochene Straße Salzburg—St. Gilgen, im weiteren Verlauf dann St. Gilgen—Strobl—Ischl. Diese Straße ist anlässlich der Einstellung der Lokalbahn versprochen worden und ist heute am wenigsten ausgebaut.

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. **Bock:** Das stimmt, Herr Abgeordneter, weil zunächst die Mondsee-Bundesstraße, die Attersee-Bundesstraße und die Wolfgangsee-Bundesstraße mit einer ganzen Reihe von Baulosen an der Reihe waren. Und nun kommt für das Jahr 1962 das Baulos Pö-

lach—Einsiedl mit dem vorhin erwähnten Betrag von 20 Millionen Schilling in Frage. Die Baulose werden selbstverständlich weitergeführt werden, und wir sind — das zeigt die schon bisher aufgewendete Summe — bemüht, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gerade dort die Straßenverhältnisse zu sanieren. Aber ich glaube, daß auch das bisher Geleistete schon einen recht guten Eindruck macht.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht noch eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter **Preußler:** Ich möchte den Herrn Bundesminister fragen, ob ihm bekannt ist, daß in dieser Richtung auch der Verkehrsverein des Salzkammergutes unter dem Vorsitz des Bürgermeisters der Gemeinde Ischl und im Beisein des Landtagspräsidenten von Oberösterreich und des Bürgermeisters von St. Wolfgang dieselbe Forderung neuerlich schärfstens erhoben hat, daß diese Straße — das war das Versprechen bei der Einstellung der Lokalbahn — endlich bis Ischl ausgebaut wird.

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. **Bock:** Ich kenne keinen Verkehrsverein in Österreich, der nicht unter Beziehung aller in Frage kommenden Mandatare schärfsten Protest wegen noch nicht durchgeführter Straßenbauten erhoben und schärfste Forderung für die Durchführung der zu erledigenden Straßenbauten gestellt hätte. (*Heiterkeit.*)

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 154/M des Herrn Abgeordneten Dr. Winter, betreffend Berichte über den Stand der Ratifizierung der Konventionen des Europarates:

Sind Sie bereit, den österreichischen Vertreter im Ministerkomitee des Europarates anzuweisen, er möge für die Abänderung des Beschlusses des Ministerkomitees eintreten, womit zwar dem Vorschlag der Beratenden Versammlung entsprochen wurde, von allen Mitgliedstaaten jährlich Berichte über den Stand der Ratifizierung der Konventionen des Europarates zu verlangen, jedoch abgelehnt wurde, diese Information der Beratenden Versammlung weiterzugeben?

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Kreisky:** Hohes Haus! Die Konsultativversammlung des Europarates hat während der diesjährigen Herbsttagung eine Empfehlung beschlossen, nach der die Berichte der Mitgliedstaaten an das Ministerkomitee, betreffend den Stand der Ratifizierungen der

Bundesminister Dr. Kreisky

Europarat-Abkommen, auch der Konsultativversammlung zugänglich gemacht werden sollen. Die österreichische Bundesregierung ist der Meinung, daß ein solches Begehren die verfassungsrechtlich verankerte Gewaltentrennung nicht berührt, und der österreichische Delegierte im Ministerkomitee wird daher angewiesen werden, im Sinne dieser Empfehlung im Ministerrat vorzugehen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Winter wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter Dr. **Winter:** Ist der Herr Minister in der Lage, dem Hause mitzuteilen, welche Gründe das Ministerkomitee veranlaßt haben, die Weitergabe der Berichte an die Beratende Versammlung zu verwehren?

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung der Zusatzfrage.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Kreisky:** Ich muß zu meinem Bedauern erklären, daß mir die Gründe für dieses Verhalten nicht bekannt sind. Ich kann nur annehmen, daß es — da der Ministerrat nur einstimmige Beschlüsse fassen kann — eine oder mehrere Regierungen geben muß, denen eine solche Berichterstattung unangenehm sein könnte. (*Heiterkeit.*)

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 155/M des Herrn Abgeordneten Lackner, betreffend Entschädigung für Verluste in der Tschechoslowakei:

Was kann Österreich angesichts der Tatsache, daß Volksdeutsche (Neuösterreicher) nunmehr auf Grund des deutsch-österreichischen Finanz- und Ausgleichsvertrages Entschädigungen erhalten werden, für jene Staatsbürger unternehmen, die immer Österreicher waren und in der ČSSR Vermögen und Existenz verloren haben?

Präsident: Ich bitte den Herrn Außenminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Kreisky:** Hohes Haus! Bei den Finanzverhandlungen mit der Bundesrepublik ist auch ein beträchtlicher Betrag als Entschädigung für jene in Österreich lebenden, heutigen österreichischen Staatsbürgern vereinbart worden, die ihr Vermögen in einem der Staaten im Donauraum verloren haben. Es wird immer wieder die Frage gestellt, ob diese Entschädigung nur den sogenannten Volksdeutschen zugute kommen wird oder auch den Österreichern, die ja zu Zehntausenden aus diesen Staaten nach Österreich geflüchtet sind oder nach Österreich vertrieben wurden. Es handelt sich um zehntausende sogenannte Altösterreicher. Es ist selbstverständ-

lich, daß bei der zukünftigen gesetzlichen Regelung österreichischen Staatsbürgern genauso der Status der Vertriebenen gewährt werden wird und daß es keine österreichische Gesetzgebung auf diesem Gebiete geben kann, die die Altösterreicher unberücksichtigt läßt.

Abgeordneter **Lackner:** Ich danke.

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 121/M des Herrn Abgeordneten Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß, betreffend Bedienstete der Zugförderung:

Welche Maßnahmen werden getroffen, um die durch die fortschreitende Elektrifizierung freigewordenen Bediensteten der Zugförderung einer anderweitigen Beschäftigung zuzuführen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Verkehrsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Herr Abgeordneter! Vorweg darf festgehalten werden, daß die bisher durch die Elektrifizierung freigewordenen Bediensteten des Zugförderungsdienstes ohne besondere Schwierigkeiten teilweise einer anderen Beschäftigung im eigenen Dienstzweig und teilweise einer solchen in artverwandten Diensten zugeführt werden konnten.

Die von der zuletzt abgeschlossenen Elektrifizierung des Streckenabschnittes St. Veit an der Glan—Knittelfeld betroffene Bedienstetengruppe ist verhältnismäßig klein. Es handelt sich im einzelnen um 10 Lokheizer der Zugföhrungsleitung Villach und 27 Lokheizer der Zugföhrungsstelle St. Veit an der Glan. Mit dem Verfügbarwerden dieser insgesamt 37 Bediensteten ist jedoch wegen des geringen Standes an Elektrolokomotiven und der dadurch bedingten Dampftraktion zunächst nur zögernnd zu rechnen. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß diese Bediensteten unter weitestgehender Rücksichtnahme auf die familiären Verhältnisse einer nach der Besoldungsordnung möglichst gleichbewerteten Beschäftigung zugeführt werden. Vornehmlich sind hier vorgesehen Dienstposten von Oberheizern und Schuppenaufsehern im Zugföhrungsdienst, von angelernten Facharbeitern im Werkstattendienst, von Verschiebern und Schaffnern im Bahnhofsdienst und, soweit Bedienstete im Besitz eines Führerscheines sind, von Kraftwagenlenkern beim Kraftwagendienst. Der Bedarf ist in diesen Dienstsparten wegen des natürlichen Abfalles durch Ruhestandsversetzung, Ausscheidung, Tod derart, daß die stellenplanmäßige Unterbringung, begünstigt durch das nur langsame Verfügbarwerden dieser Bediensteten, keinerlei Schwierigkeiten macht.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter Dr. Dipl.-Ing. Ludwig **Weiß:** Darf ich den Herrn Bundesminister fragen, ob bei einer allfälligen Versetzung dieses Personals in andere Dienstorte dafür Vorsorge getroffen wird, daß die Bediensteten dort Wohnungen bekommen, die für sie finanziell tragbar sind?

Präsident: Ich bitte den Herrn Minister um die Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Natürlich bemühen wir uns in dieser Richtung, selbstverständlich soweit Wohnungen verfügbar gemacht werden können. Ich glaube, Herr Abgeordneter, Sie wissen, daß die Bundesbahndirektion durch Beiträge aus dem Budget und durch Inanspruchnahme der Wohnbauförderung sehr umfangreiche Wohnbauten in den wichtigen Knotenpunkten durchführt, sodaß heute bei Dienstversetzungen die Bediensteten auch wohnungsmäßig besser als in vergangenen Jahren untergebracht werden können.

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 153/M der Frau Abgeordneten Anna Czerny, betreffend Vorheizanlage im Südbahnhof:

Wann wird die Vorheizanlage im Südbahnhof imstande sein, alle abfahrenden Züge so vorzuheizen, daß sie mindestens 10 Minuten vor Abfahrt erwärmt sind?

Präsident: Ich bitte den Herrn Verkehrsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Frau Abgeordnete! Die elektrische Vorheizanlage im Südbahnhof ist in Ordnung und war immer betriebsbereit. Es könnte nur sein, daß durch ein persönliches Versagen bei einem Zug zu spät eingeschaltet wurde.

Die Vorheizanlage für die dampfbeheizten Züge auf den Ostbahn-Bahnsteigen des Südbahnhofes ist fahrbar. Auch diese war immer betriebsbereit. In der Übergangszeit werden diese Züge aber aus wirtschaftlichen Gründen durch die Zuglokomotiven vorgeheizt. Es ist möglich, daß an einzelnen Tagen die Bestellung dieser Zuglokomotiven zu spät erfolgte, wodurch die Züge nicht entsprechend vorgewärmt waren. Die Bundesbahndirektion Wien beziehungsweise die zuständige Zugförderungsleitung Wien Ost wurde neuerlich zur sorgfältigen Vorheizung der Züge auf dem Südbahnhof angewiesen.

Abgeordnete Anna **Czerny:** Ich danke.

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 146/M des Herrn Abgeordneten Mitterer, betreffend Druckschrift der Post- und Telegraphenverwaltung:

Ist der Herr Bundesminister bereit, mitzuteilen, welche Kosten für die Herstellung der kürzlich an alle Abgeordneten verteilten, sehr schön ausgestatteten Druckschrift, betreffend die Post- und Telegraphenverwaltung, aufgewendet werden mußten?

Präsident: Ich bitte den Herrn Verkehrsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Die Gesamtkosten der Broschüre der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung, die unter anderem auch an alle Abgeordneten des Hohen Hauses verteilt wurde, betragen bei einer Auflage von 5000 Stück 281.333 S.

Präsident: Der Herr Abgeordnete wünscht eine Zusatzfrage zu stellen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Abgeordneter **Mitterer:** Herr Minister! Ich möchte bitte noch fragen, welchen Zweck es hat, daß man für einen Monopolbetrieb nicht nur hier im Hause, sondern auch anderwärts wirbt, da doch ohnedies keine andere Möglichkeit für einschlägige Dienstleistungen besteht, beziehungsweise da außerdem das, was in dieser Broschüre enthalten ist, ja gar nicht Leistungen betrifft, in bezug auf welche die Post- und Telegraphenverwaltung in Konkurrenz zu einem anderen Wirtschaftszweig steht.

Präsident: Ich bitte den Herrn Verkehrsminister um die Beantwortung dieser Zusatzfrage.

Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Wie mir berichtet wird, ist es doch eine sehr effektvolle Werbung, denn diese Broschüre wurde über das ganze Bundesgebiet verteilt, vor allem an Stellen der Wirtschaft und an die Presse. Diese Druckschrift hatte die Aufklärung über die Leistungen und die Möglichkeiten der Post- und Telegraphenverwaltung zum Zweck und in diesem Sinne wohl auch die Werbung um Mehrbeschäftigung für dieses Unternehmen, das doch letzten Endes mit einer ganzen Reihe von Wirtschaftsbetrieben in Konkurrenz steht, vor allem was den Transport von Personen und auch von Paketen, also von Waren, betrifft.

Präsident: Wir kommen zur Beantwortung der Anfrage 122/M des Herrn Abgeordneten Franz Mayr, betreffend die Artilleriekaserne in Steyr:

Ist der Herr Bundesminister bereit, mitzuteilen, ob es in absehbarer Zeit möglich sein

wird, eine Abteilung des Bundesheeres in die leerstehenden Räume der ehemaligen Artilleriekaserne in Steyr zu verlegen?

Präsident: Ich bitte den Herrn Verteidigungsminister um die Beantwortung dieser Anfrage.

Bundesminister für Landesverteidigung Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzer:** Hohes Haus! Es besteht schon seit längerem die Absicht, eine Artillerie-Einheit in die bestehende Kaserne nach Steyr zu verlegen. Diese Kasernenanlage steht uns gegenwärtig nur zum Teil zur Verfügung. Sie ist zu einem bestimmten Teil noch durch Mietparteien in Anspruch genommen, zum anderen befindet sich eine Gewerbeschule dort. Es wird aber für die Gewerbeschule ein Schulgebäude errichtet, und es ist damit zu rechnen, daß bis Ende des nächsten Jahres die Gewerbeschule aus dem Kasernengebäude herauskommt. Nach vorliegenden Zusagen ist auch damit zu rechnen, daß eine entsprechende Verlegung der Mietparteien wird stattfinden können, sodaß uns bis Ende des nächsten Jahres die Kasernenanlage zur Gänze zur Verfügung stehen dürfte. Ich habe jedenfalls Auftrag gegeben, daß mit den Instandsetzungsarbeiten sogleich begonnen wird, und wir rechnen damit, daß im Verlauf des kommenden Jahres vorläufig und zunächst eine Artillerie-Einheit von Siezenheim nach Steyr wird verlegt werden können.

Abgeordneter Franz **Mayr:** Ich danke.

Präsident: Somit ist die Fragestunde beendet.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage 239/J der Abgeordneten Dr. Kandutsch und Genossen, betreffend Erlassung einer Verordnung zwecks Errichtung einer Versteigerungshalle beim Kreisgericht Leoben, wurde den Antragstellern übermittelt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Machunze, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Machunze:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem das Kollektivvertragsgesetz neuerlich abgeändert und ergänzt wird (505 der Beilagen);

Bundesgesetz über das Dienstverhältnis der Richter und Richteramtswärter (Richterdienstgesetz — RDG.) (506 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 neuerlich abgeändert wird (6. Gehaltsgesetz-Novelle) (509 der Beilagen), und

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsüberleitungsgesetz neuerlich abgeändert wird (Gehaltsüberleitungsgesetz-Novelle 1961) (510 der Beilagen).

Es werden zugewiesen:

505 dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

506 dem Justizausschuß;

509 und 510 dem Finanz- und Budgetausschuß.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (473 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1962 (499 der Beilagen)

Spezialdebatte

Gruppe IX

Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie

Kapitel 21: Bauten

Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist die Spezialdebatte über die Gruppe IX.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kulhanek. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Kulhanek:** Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht zur Gruppe IX des Bundesvoranschlags für das Jahr 1962.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung vom 13. November 1961 die Gruppe IX des Bundesvoranschlags für das Jahr 1962 vorberaten. In dieser Gruppe sind die Kapitel 20, 21 und 22 zusammengefaßt.

Die Ausgabenansätze sehen in der ordentlichen Gebarung bei den drei Kapiteln zusammen 3.217,756.000 S vor, in der außerordentlichen Gebarung 3.637,756.000 S, sodaß im Jahre 1962 insgesamt gegenüber 1961 461,831.000 S mehr zur Verfügung stehen werden.

Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau ist an der Gesamtsumme des Voranschlags des Bundes im Jahre 1962 (Kapitel 1 bis 30, ordentliche und außerordentliche Gebarung) wieder mit 6,7 Prozent beteiligt. Die entsprechenden Vergleichsziffern in den Vorjahren betragen: 1961 6,7 Prozent, 1960 6,6 Prozent, 1959 6,7 Prozent.

Die Anteile an dem Verwaltungsaufwand (persönliche und sachliche Ausgaben) sowie an den Aufwandskrediten sind nahezu unverändert geblieben.

Hingegen hat die geringere Dotierung des Bundesbeitrages zum Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zu einer Senkung des Anteiles an den Förderungskrediten geführt. Die übrigen Förderungskrediten, die vorwiegend der Wirtschaft dienen, sind gegenüber dem Vorjahr in nahezu unveränderter Höhe veranschlagt.

Der höhere Anteil an den Anlagekrediten ergibt sich daraus, daß die Ausgaben für den

Kulhanek

Schulbau wiederum im Finanzgesetz ausgewiesen werden; ferner sind für den Straßenbau einschließlich der Autobahn etwas höhere Kredite als im Vorjahr vorgesehen.

Die für Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, veranschlagten Ausgaben betragen 346,049.000 S. Die Einnahmen sind mit 318,523.000 S veranschlagt; sie sind gegenüber 1961 um 16,614.000 S höher geschätzt.

Höhere Einnahmen ergeben sich insbesondere bei der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal (rund 3 Millionen Schilling) aus Ersätzen für Aufwendungen für die Internationale Eisenbahnversuchsanlage und gesteigerte Versuchstätigkeit, beim Österreichischen Patentamt (rund 2,5 Millionen Schilling) und beim Eichwesen (rund 6 Millionen Schilling). Ferner fallen höhere Einnahmen beim Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft an (rund 5 Millionen Schilling), die allerdings zweckgebunden sind und denen Mehrausgaben in gleicher Höhe gegenüberstehen.

Die Gesamtzahl der Bediensteten (3651) ist um 51 geringer als im Vorjahre, in dem der Berechnung des Personalaufwandes 3702 Dienstposten unterstellt wurden. Wenn trotz dieser Personalverminderung höhere Ausgaben anfallen, so ist dieser Umstand in erster Linie auf die ab 1. Jänner 1962 wirksame Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen. Ferner sind wegen der alljährlichen Vorrückungen und verbesserten Anrechnung von Vordienstzeiten höhere Zahlungen zu leisten.

Der sachliche Verwaltungsaufwand erfuh eine Steigerung um 1842 Millionen Schilling, der zur Abdeckung erhöhter Verwaltungskosten bei fast allen Dienststellen dient, die insbesondere durch die Erhöhung der Sätze der Reisegebührenverordnung hervorgerufen werden.

Die Anlagekredite, denen allerdings bei diesem Kapitel keine besondere Bedeutung zukommt, erfuhren eine verhältnismäßig starke Senkung, da der Ausbau der internationalen Eisenbahnanlage im Rahmen der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal beendet ist, andererseits im Sinne der Einsparungsmaßnahmen allgemein das Bestreben bestand, Anschaffungen zurückzustellen.

Die geringfügige Änderung, die die Förderungskredite erfuhren, ist im wesentlichen auf eine Verschiebung zugunsten der Aufwandskredite zurückzuführen, insbesondere bei der Exportförderung und beim Fremdenverkehr. Dies hat aber nur verrechnungstechnische Bedeutung. Die Ansätze für Exportförderung steigen von 0,1 auf 1,8 Millionen, die für Exportwerbemaßnahmen bestimmt sind; der Posten Ausstellungswesen sinkt, bedingt durch

die allgemeinen Sparmaßnahmen, von 2 auf 1,8 Millionen Schilling. Die Wirtschaftsförderung ist mit 36 Millionen Schilling um 6 Millionen Schilling höher präliminiert; das ist auf die höhere Dotierung der Förderungskredite und die Fortsetzung der seit 1952 durchgeführten Kreditaktionen (Kleingewerbekreditaktion und Kredite der Bürgerschaftsfonds Ges. m. b. H.) für gewerbliche Betriebe zurückzuführen. Es werden insbesondere solche Betriebe berücksichtigt, für die eine Kreditbeschaffung im Wege der Banken nicht möglich, trotzdem aber aus wirtschaftspolitischen Gründen erwünscht ist. Gerade diese kleingewerblichen Betriebe sind aber in volkswirtschaftlicher Hinsicht von Bedeutung und bedürfen der Hilfe.

Die bei Kapitel 21: Bauten, präliminierten Ausgabenansätze betragen 3.158,247.000 S. Die Einnahmen sind mit 88,082.000 S veranschlagt. Sie sind gegenüber 1961 mit 5,375.000 S höher angenommen.

Die Steigerung des Verwaltungsaufwandes um rund 2 Millionen Schilling ist wieder allgemein bedingt durch höhere Verwaltungskosten, vor allem durch die Erhöhung der Reisegebühren.

Schließlich ist noch festzuhalten, daß der Text der Erläuterungen zu Kapitel 21, Titel 5 a, Seite 219, rechte Spalte, ab Zeile 15 (Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds) undeutlich gefaßt ist. Nach den Worten: „Dem Fonds werden im Jahre 1962 vermutlich zufließen“ folgt die Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben in der gleichen Höhe von 1290 Millionen und damit die Aufklärung über die vermutliche Feststellung in den ersten Erläuterungen des Textes.

Die bei Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung, präliminierten Ausgabenansätze betragen 133,460.000 S. Gegenüber 1961 ergibt sich eine bessere Dotierung um 103,460.000 S.

In den Vorjahren mußten, da die Ansätze bei diesem Kapitel bei weitem nicht ausreichten, die für die Bauten der Landesverteidigung nötigen Mittel durch Einsparungen bei Kapitel 23 beschafft werden. Wenn auch die jetzige Dotierung noch keineswegs den gegebenen Notwendigkeiten entspricht, so wird doch durch ihre Höhe der Wunsch dargetan, einen Weg zu beschreiten, der den so oft geäußerten Anregungen des Parlaments und des Rechnungshofes besser entspricht.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Berichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Kos, Kostroun, Mitterer, Haberl, Grubhofer, Horr, Josef Wallner (Amstetten), Moser, Wührer, Roithner, Ehgartner,

Kulhanek

Rom, Dipl.-Ing. Pius Fink, Hoffmann, Franz Mayr und Chaloupek. Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Bock beantwortete ausführlich die in der Debatte an ihn gestellten Fragen.

Bei der Abstimmung am 20. November 1961 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Gruppe IX gemäß der Regierungsvorlage (473 der Beilagen) angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, dem Kapitel 21: Bauten, und dem Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1962 in der Fassung der Regierungsvorlage (473 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, darüber die Spezialdebatte zu eröffnen.

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Debatte. Zum Wort gemeldet ist als Kontraredner der Herr Abgeordnete Dr. Kos. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kos:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es gehört mit zu den Aufgaben der Opposition, bei allen Kapiteln dieses Voranschlages in die sachliche Kritik die unerledigten Fragen und Probleme einzubauen, die andere Redner aus den verschiedensten Gründen nicht behandeln oder nicht behandeln wollen. Eine der Fragen, die bis zu ihrer Lösung ständig in unserem Forderungsprogramm aufscheinen wird, ist zum Beispiel die Reform der Gewerbeordnung.

Die Gewerbeordnung, die nun über hundert Jahre alt ist, bedarf zweifelsohne einer Überarbeitung, damit sie den Erfordernissen des modernen Wirtschaftslebens, aber auch den Notwendigkeiten gerecht wird, die mit der fortschreitenden europäischen Integration zusammenhängen. Hier handelt es sich nicht um eine Forderung der Freiheitlichen allein, die ganze Wirtschaft, ohne Unterschied der Parteifarbe bekennt sich ja zu dieser Reform der Gewerbeordnung. Bisher habe ich vom Herrn Minister leider nur ausweichende Antworten erhalten, und zwar etwa in der Form, daß mir versichert wurde, eine einschlägige Kommission sei bereits an der Arbeit, sie sei damit beschäftigt, diese mühsame und verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen.

Daß diese Aufgabe einer Reform der Gewerbeordnung nicht leicht ist, wird niemand bestreiten wollen. Aber, Herr Minister, wenn wir immer nur hören, daß an dieser Reform gearbeitet wird, so ist das uns Freiheitlichen

zuwenig. Herr Minister, wir wollen mehr wissen: Wie setzt sich beispielsweise diese Kommission, die so „fleißig“ tätig ist, zusammen? Welche Teilgebiete sollen reformiert werden? Welcher Arbeitsplan besteht? Werden die verschiedenen Kammern, die zuständig sind, an diesen Arbeiten beteiligt? Und warum spielen sich alle diese Arbeiten praktisch noch immer unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der daran Interessierten ab? Es wäre genügend Gelegenheit gewesen, zur Reform der Gewerbeordnung in aller Öffentlichkeit und recht ausführlich Stellung zu nehmen, denn daß, wie wir gehört haben, etwas geschieht, ist zuwenig.

Gerade in diesen Tagen, nämlich am 25. November 1961, wurde bei der Jahrestagung der Wagner und Karosseriebauer in Salzburg die Notwendigkeit einer Reform der Gewerbeordnung neuerlich unterstrichen, von den Fragen der Berufsausbildung beginnend, die ein modernes Berufsausbildungsgesetz erfordert, das mit der Entwicklung der Technik Schritt hält, das die modernen geänderten Arbeitsmethoden berücksichtigt und vielleicht zusätzliche Forderungen an die menschliche Arbeitskraft stellt, bis zu den verschiedenen Problemen des Befähigungsnachweises, des Mitspracherechtes der Konkurrenz bei der Erteilung neuer Gewerbeberechtigungen. Denken wir doch an den Streit, der im Augenblick im Gange ist wegen der Errichtung einer Vielzahl von Tankstellen in unserem Bundesgebiet, die praktisch ohne jede Genehmigung, ohne jede Konzession aufgestellt werden können, denken wir doch auch daran, daß unter den derzeit bestehenden Verhältnissen kein Platz für den tüchtigen kleinen Gewerbetreibenden zu sein scheint, daß alle Möglichkeiten gegeben sind, ihn von seiten der Konkurrenz an seinem Aufstieg zu hindern. Mir ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender 17 Gewerbescheine in seiner Hand vereinigt. Er wird natürlich daran interessiert sein, den Aufstieg und das Auftreten der Konkurrenz mit allen Mitteln zu verhindern. All das sind doch Zustände, die reformiert gehören, sodaß also die Forderung nach einer Novellierung der Gewerbeordnung nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat.

Ich bin mir völlig darüber klar, daß diese Aufzählung absolut nicht vollständig sein kann. Andererseits ist aber gerade die Novellierung des § 59 Abs. 2 der Gewerbeordnung, der sich mit dem Aufsuchen von Bestellungen auf Waren befaßt, von höchst aktueller Bedeutung. Es ist leider nicht gelungen, schon in das neue Ratengesetz entsprechende Bestimmungen einzubauen. Aber wir brauchen uns ja nur den Bericht vor Augen zu halten, der gerade zu Beginn dieser Woche durch

3644

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Dr. Kos

alle österreichischen Tageszeitungen gegangen ist, nämlich die Meldung von jenem Waschmaschinenvertreter, der in seinem Hotel in einem Kleiderschrank den Betrag von 500.000 S einfach vergessen hatte. Man muß diese Meldung zweimal lesen, um sie überhaupt verstehen zu können, denn hier wird uns doch in aller Deutlichkeit vorgeführt, daß der besagte Vertreter durch seine Reisetätigkeit in der letzten Zeit so viel verdient hat, daß er einfach diesen Betrag von 500.000 S mit sich führen und ihn dann in einem Kleiderschrank des Hotels vergessen konnte. Er gibt selbst zu, bei einem Verkaufspreis einer Waschmaschine von 1590 S einen garantierten Bruttoverdienst von 650 S gehabt zu haben, wovon angeblich noch 20 Prozent für Werbespesen aufgehen. In dem mit seiner Firma abgeschlossenen Vertrag verpflichtet sich dieser Vertreter, monatlich, in der Presse steht 400 Maschinen, aber ich glaube, es sollte richtig heißen, 40 Maschinen abzusetzen, eine Stückzahl, die er jedoch regelmäßig überschritten haben will. Allein der Verkauf von 40 Waschmaschinen im Monat garantiert also einem solchen zungenfertigen Vertreter nach Abzug der Aufwandsspesen ein monatliches Mindesteinkommen von 20.000 S. Dann kann man allerdings den Betrag von 500.000 S in einem Kleiderschrank liegen lassen, ohne daß man den Verlust merkt.

Allein diese Tatsache beleuchtet doch die Notwendigkeit der Reform der Gewerbeordnung, ohne daß es dazu eines weiteren Kommentars bedarf.

Was sich auf diesem Gebiete bei dieser modernen Form des Hausierhandels abspielt, wo vor allem die zungenfertigen ausländischen Vertreter eingesetzt werden, davon kann der bodenständige Handel, davon können die Gewerbebehörden, aber auch unsere österreichischen Hausfrauen ein Liedchen singen. Wie oft sind langwierige Prozesse notwendig, damit man unseriösen Firmen, die sich in einer solchen Branche betätigen, das Handwerk legen kann! Der Geschädigte bei solchen Geschäften ist aber nicht nur der Erwerber von solchen Maschinen, der Geschädigte ist in allererster Linie auch der bodenständige Kaufmann, der vorderhand gegen diesen unlauteren Wettbewerb noch machtlos ist, aber seine Steuern pünktlich entrichten muß, der gewerberechtlich sehr streng überwacht wird.

Zu einem anderen Thema, meine Damen und Herren: Es gehört zu dem ständigen Repertoire der Freiheitlichen beim Kapitel Handel, die Handelskammerwahlordnung des Jahres 1949 zu urgieren, denn die derzeitige Wahlordnung beruht auf einer Verordnung des Ministeriums, sie ist kein Gesetz. Das

Wahlrecht, das für die Handelskammer gilt, ist unzeitgemäß, unübersichtlich und vor allem ungerecht. Sogar die sozialistischen Wirtschaftstreibenden teilen unsere Ansicht. Wenn der Herr Minister erklärt hat, er denke nicht daran, diese Wahlordnung zu novellieren, so ist das sein gutes Recht. Aber wir Freiheitlichen, Herr Minister, denken auch nicht daran, von dieser Forderung, die für uns selbstverständlich ist und die wir mit der Forderung auf Einführung eines amtlichen Stimmzettels verbinden, abzugehen. Wir werden diese offensichtlichen Ungereimtheiten der Handelskammerwahlordnung, die darin liegende ungleichmäßige Behandlung der Wahlberechtigten immer wieder aufzeigen und eine Abänderung verlangen.

Ich habe schon im Ausschuß Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen — auch diese Feststellung kehrt alljährlich wieder —, daß die Dotierung der Fremdenverkehrswerbung mit 20 Millionen Schilling im Budgetjahr 1962 völlig ungenügend ist. Die Genugtuung, die man darüber empfinden kann, daß sogar der Herr Minister meiner Feststellung zustimmen mußte, wird allerdings durch die Tatsache getrübt, daß wir im Jahre 1962 mit diesem völlig unzureichenden Betrag werden das Auslangen finden müssen. Wir wollen es doch einmal ganz offen aussprechen, meine Damen und Herren: Der Fremdenverkehr ist für uns Österreicher zu einer Lebensfrage geworden. Nur durch seine Devisenerlöse sind wir imstande, alljährlich das Handelspassivum abzudecken. Das Jahr 1961 wird uns mit dem Devisenerlös aus dem Fremdenverkehr voraussichtlich weit über die 6 Milliarden-Schilling-Grenze hinausführen. Wenn im Bereich von Ein- und Ausfuhr die EWG einen rund fünfmal so großen Anteil ihrer Handelsbeziehungen mit Österreich hat wie die EFTA, so beträgt dieses Verhältnis beim Fremdenverkehr 1 : 9. Jede Erschwernis im Verkehr mit den Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, auf der anderen Seite jede Reiseerleichterung innerhalb der EWG-Staaten selbst — man spricht zum Beispiel davon, daß im EWG-Raum ab dem Jahre 1970 völlig freier Reise- und Devisenverkehr herrschen soll, man denkt ernstlich daran, eine EWG-Reisewährung einzuführen —, alle diese Dinge, die Fragen der Zollbehandlung und vieles andere mehr können sich doch für uns sehr gefährlich auswirken. Über eines müssen wir uns im klaren sein: Es wird immer schwierig sein, den Reiseverkehr aus den EFTA-Staaten entscheidend zu steigern, denn immer wird der Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Einzugsbereich sein, der unseren Ausländerfremdenverkehr wird sicherstellen müssen. Die Konkurrenz anderer

Dr. Kos

Staaten ist beachtlich, und gerade deswegen müssen wir beispielsweise der Entwicklung auf dem Preissektor — auch dazu hat der zuständige Herr Bundesminister gerade in diesen Tagen Stellung genommen — die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Wir müssen uns außerordentlich anstrengen, damit es nicht künftig heißt, Österreich ist ein Land mit zu hohen Preisen. Wenn aber schon hohe Preise gefordert werden, dann muß man sich auch darüber im klaren sein, daß man dafür etwas bieten muß.

Daß gerade unser Fremdenverkehrsgewerbe eine außerordentlich hohe Last zu tragen hat, ist ein Thema, das von den meisten Rednern in irgendeiner Form abgewandelt werden wird. Ich muß im Zusammenhang damit an den Herrn Minister die ernste Bitte richten, in der Frage der steuerlichen Behandlung unseres Fremdenverkehrs und vor allem hinsichtlich der Dotierung des Fremdenverkehrsgewerbes die größten Anstrengungen zu machen, um durch Gewährung von Krediten mit niedrigem Zinsfuß unserem Fremdenverkehrsgewerbe die Konkurrenzfähigkeit zu sichern, die sie gegenüber dem Ausland benötigt. Der billigste ERP-Kredit erfordert doch beispielsweise einen Zinsaufwand von 5 Prozent. Die Schweiz stellt der Hotellerie Kredite für 3 Prozent zur Verfügung. Der Bankkredit kostet dort 4 Prozent. Das alles sind doch Tatsachen, die man mit einkalkulieren muß, wenn man davon ausgeht, daß das Fremdenverkehrsgewerbe eben vor einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation steht.

Wir müssen auch in aller Ruhe und in aller Offenheit eines feststellen: Wenn von den unterentwickelten Gebieten gesprochen wird, müßten wir daran denken, daß weite Teile unserer Heimat Österreich hinsichtlich der Komfortansprüche, die der reisende Gast zu stellen pflegt, noch zu diesen unterentwickelten Gebieten gerechnet werden müssen. Es wäre zu wünschen, daß vor allem aus den ERP-Mitteln, über die sich ja, wie wir gehört haben, die Koalition wiederum nicht einigen kann, hier entsprechende Möglichkeiten aufgeschlossen werden.

Beim Kapitel Soziale Verwaltung war Gelegenheit, auch zum Thema Fremdarbeiter Stellung zu nehmen. Es war auch eine unserer Forderungen, dafür zu sorgen, daß unserer Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte in einem entsprechenden Ausmaß zur Verfügung gestellt werden. Dabei hat sich ein ziemlich lebhaftes Echo auf dem linken Flügel dieses Hauses entwickelt. Meine Damen und Herren! Es ist sich wohl jeder in diesem Hause darüber im klaren, daß gerade auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs und des Gaststättengewerbes

personalmäßig eine außerordentlich schwierige Situation entstanden ist. Einerseits arbeiten 17.000 Österreicher auf diesem Sektor im Ausland, andererseits hat sich gerade zu den Stoßzeiten bei uns ein empfindlicher Personalmangel bemerkbar gemacht. Man kann auch nicht einfach damit argumentieren, daß man sagt, so wie es vielleicht im Baugewerbe möglich ist: Nun, dann wird eben langsamer gearbeitet und die Bauausführung dauert eben länger! Im Hotel kann man den Gast nicht damit trösten, daß er warten soll, daß es eben noch eine Weile dauert, bis er bedient werden wird. Der Gast will — und das wollen wir doch festhalten — sogleich und sofort bedient werden, und wenn das nicht geschieht, dann wird er sich eben ein anderes Reiseland aussuchen.

Der Fremdenverkehr ist aber auch ein saisonbedingtes Gewerbe mit Spitzen im Winter und vor allem im Juli und im August, während der Hauptreisemonate. Diese Saisonspitzen sind personalmäßig kaum mehr abzudecken. Man sollte sich doch ernstlich Gedanken machen, ob man nicht durch eine elastischere Handhabung der 45 Stunden-Woche dieses Problem teilweise lösen kann, denn die Einsparung von Personal durch eine stärkere Rationalisierung, wie mitunter vorgeschlagen wird, hat bald ihre Grenzen, nämlich dort, wo der Gast nicht mehr Gast ist, sondern zur Nummer wird. Daß man andererseits die Saison nicht verlängern kann, weil sie auch ihre Grenzen hat, das ist eben in dieser Branche das bedauerliche. In den Wintersportgebieten sind beispielsweise der Schnee und die Schneelage ein Faktor, den der Mensch nicht ändern kann, und im Sommer müssen sich die Familien mit Kindern an die Ferieneinteilung halten, während andererseits der Großstädter aus der Stadt hinaus in die grüne Natur strebt.

Wenn ich noch einmal auf die Werbung zurückkommen darf, so möchte ich doch noch ergänzen — damit will ich aber keineswegs davon abgehen, eine höhere Dotierung der Fremdenverkehrswerbung zu verlangen —, daß die beste und billigste Werbung auf weite Sicht immer noch der zufriedene Gast ist. Wir müssen uns davor hüten, zu glauben, der Gast sei für uns da und er müsse mit dem vorliebnehmen, was wir ihm gerade zu bieten bereit sind. Der Gast ist auch in der Republik „Seine Majestät der Gast“. Er will sofort bedient werden. Er entscheidet nämlich, wo er seinen Urlaub verbringen will, er entscheidet, wo er untergebracht werden will, und er trifft die Wahl, ob er im Gasthaus à la carte oder Wurst und Käse vom Greißler zu Mittag essen will.

Lassen sie mich das Kapitel Fremdenverkehr mit einer Feststellung abschließen, auf die

Dr. Kos

wir Österreicher besonders stolz sein können. Wir sind ein Fremdenverkehrsland geworden, das an der Spitze Europas marschiert. Damit verbindet sich unwillkürlich die Frage: Warum kommt man so gerne zu uns nach Österreich? Wenn wir darauf eine ehrliche Antwort geben wollen, so müssen wir sagen: Die Landschaft, die Siedlungsart, der Baustil unserer Häuser, die Verkehrslage und vieles andere beeinflussen hier bei uns, aber auch anderwärts den Fremdenverkehr. Das Wetter, ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung, ist leider nicht immer unser Bundesgenosse, und es sind auch nicht die niedrigen Preise, die die Entscheidungen unserer Gäste beeinflussen. Was bleibt dann aber noch übrig? Was kommt zu all dem Schönen, das unsere Natur bietet, noch als das Besondere hinzu?

Ich möchte hier offen und aus innerer Überzeugung sagen: Es ist der Mensch, der hier die Waagschale zu unseren Gunsten beeinflusst. Es ist die besondere österreichische Note, die uns einfach niemand nachmachen kann, die uns eigen ist, die wir aber nur selbst verlieren können. Denn man sucht in Österreich nicht das, was man sowieso überall finden kann. Man darf nicht vergessen, daß auch wir, wenn wir in ein fremdes Land kommen, dort eben das Typische suchen. Und nur dann, wenn es uns gelingt, das, was uns eigen ist, zu erhalten, werden wir auch in der Zukunft die vielen Gäste bei uns haben, die wir brauchen und die wir uns wünschen.

Darum verlangt die Arbeit im Fremdenverkehr so viel Anteilnahme und so viel persönlichen Einsatz, denn nirgends sonst wie hier spricht man den Menschen so unmittelbar und so direkt an. Ich möchte beinahe sagen: Hier stehen sich Erzeuger, Lieferant und Verbraucher Aug in Aug gegenüber und erkennen den Wert oder Unwert dessen, was geboten wird, aus ihrer persönlichen Begegnung heraus. Darum müssen wir gerade auf dem Sektor der Werbung mehr tun, als bisher geschehen ist.

Bevor ich mich mit der Frage der Autobahn, die anzuschneiden für uns Freiheitliche selbstverständlich ist, beschäftige, möchte ich noch ganz kurz an den Herrn Handelsminister appellieren, und zwar im Zusammenhang mit dem derzeit anhängigen Streik im Drogenhandel. Herr Minister! Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß Sie so schnell wie möglich hier einen Kontakt mit dem Herrn Sozialminister herstellen, denn wir stehen bereits — man braucht ja nur die heutige Presse durchzugehen — vor einem ernstem Medikamentenmangel.

Ich möchte hier eines zurückweisen, was ein Politiker — es wird davon gesprochen, es habe sich um einen Kärntner SP-Politiker gehandelt — gesagt hat. Dieser Politiker der Sozialistischen Partei hat nämlich bei einem gefährlichen Fall von Keuchhusten erklärt, daß der Keuchhusten keine lebensgefährliche Krankheit sei und es daher nicht notwendig wäre, ein entsprechendes Medikament auszugeben. Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, haben in diesen Tagen Gelegenheit gefunden, in Ihren Betrachtungen und in Ihren Ausführungen den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Aber gerade hier, wo es um die ärztliche Versorgung und um die Gesundheit von Mitmenschen geht, sollte man doch so weit Mensch sein, daß man dann eingreift, wenn ein Menschenleben in Gefahr ist. (*Abg. Rosa Jochmann: Herr Abgeordneter! Das ist aber eine sehr vage Behauptung! Wer war denn das?*) Hier steht es. Bitte, ich kann es vielleicht feststellen. Vielleicht fragen Sie selbst bei Ihren Leuten in Kärnten nach, wer dieser Politiker war, der das gesagt hat. (*Abg. Rosa Jochmann: Wo steht es?*) Hier, in der „Presse“ von heute ist es zu lesen. Vielleicht steht es auch in der „Arbeiter-Zeitung“, ich weiß es nicht. Aber ich meine, daß ein Streik, der gewiß seine Berechtigung hat — wir Freiheitlichen unterstützen den Streik als solchen als ein gewerkschaftliches Kampfmittel absolut —, doch nicht so weit führen darf, daß Menschenleben gefährdet werden. Ich glaube, Frau Abgeordnete Jochmann, hier sind wir uns einig: So weit darf das nicht führen! (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist ganz meine Meinung!*)

Daher richten wir an den Herrn Handelsminister, der ja für dieses Ressort auch irgendwie zuständig ist, den Appell, diesbezüglich das Einvernehmen mit dem Herrn Sozialminister herzustellen, daß wenigstens in Fällen von Lebensgefahr die notwendigen Ausnahmen gemacht werden.

Meine Damen und Herren! Es müßte Sie wundern, wenn wir Freiheitlichen uns nicht mit dem Autobahnbau beschäftigen würden. Wenn nun der Herr Minister auf die verschiedenen Anfragen, die in der Fragestunde an ihn gestellt worden sind, auch Antworten gegeben hat, so möchte ich doch feststellen, daß wir uns mit den Antworten deswegen nicht begnügen können, weil wir der Ansicht sind, daß sie unzureichend sind und hier mit einer Methode vorgegangen wird, mit der man die Angelegenheit auf die lange Bank schieben will.

Wenn auch festgestellt wurde, daß die derzeitigen Verpflichtungen im Straßenbau 760 Millionen Schilling betragen sollen, von

Dr. Kos

denen 286 Millionen Schilling offene Rechnungen sind, zu denen bis zum Jahresende — wie der Herr Minister mitgeteilt hat — noch weitere 80 Millionen Schilling kommen werden, so kann ich doch nicht umhin, mich mit den verschiedenen Presseausführungen zu befassen, die diesbezüglich anderer Meinung sind. Meine Parteifreunde und ich sind ja in weitestgehendem Maße darauf angewiesen, unsere Informationen aus der Presse zu beziehen, und ich muß hier ganz offen aussprechen: Solange uns der Herr Minister nicht das Gegenteil beweisen kann, müssen wir der Presse mehr Glauben schenken als seinen Versicherungen.

Ich verstehe aber die Haltung des Herrn Ministers, hier die Karten nicht offen auf den Tisch zu legen, deswegen nicht, weil man ja auf die Dauer diese Dinge vor der Öffentlichkeit doch nicht verbergen kann. Es wird doch in aller Öffentlichkeit davon gesprochen, daß die Verpflichtungen, die sich aus dem Bau der Autobahn ergeben haben, die Milliarden-Grenze weit überschritten haben sollen. Hier wäre doch nur Ehrlichkeit und Offenheit am Platze, denn mit einem System der Geheimnistuerei und der Verschleierung wird man nichts ausrichten.

Warum, Herr Minister, treten Sie nicht vor die Öffentlichkeit und enthüllen den wahren Stand der Dinge? Warum sagen Sie nicht: So liegen die Dinge, nehmen Sie — die Abgeordneten — dazu Stellung!? Was wäre dabei, wenn Sie offen eingestehen würden, wie die Situation wirklich ist? Worauf gründen sich denn die Feststellungen, die in aller Öffentlichkeit diskutiert werden, daß die Verpflichtungen des Ministeriums den Betrag von 1 Milliarde weit überschreiten? Hier kommt man doch mit der Feststellung: Schulden sind für mich nur das, was an offenen Rechnungen zahlbar in meinem Ministerium liegt!, nicht aus! Es muß sich doch mit verhältnismäßig einfachen Mitteln errechnen lassen, welche Forderungen die Wirtschaft auf Grund der geleisteten Arbeiten an das Ministerium stellen kann. Denn darauf kommt es ja letzten Endes an und nicht darauf, welche Rechnungen im Ministerium zahlbar aufliegen. Entscheidend ist einzig und allein, wieviel Aufträge erteilt sind, wieviel davon ausgeführt und welche Kosten damit verbunden sind. So arbeitet doch der solide Kaufmann, wenn er bilanziert: daß er die Summe seiner Verpflichtungen in die Bilanz einstellt und diese Verpflichtungen ermittelt.

Wir Abgeordnete und die Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Dinge stehen. Denn nirgendwo, meine Damen und Herren, herrscht so viel Unklarheit wie gerade im Bereich des Handelsministeriums.

Und keine andere Gelegenheit als die Budgetdebatte wäre besser dazu geeignet, daß sich die Regierung mit den Abgeordneten offen ausspricht und auch gleichzeitig Rechnung legt, und wir Abgeordnete lassen uns dieses Recht auf Information nicht beschneiden. Die Budgethoheit des Hohen Hauses ist ja durch den Koalitionsausschuß ohnehin schon weitgehend beschnitten worden, und die Redner der beiden Koalitionsparteien beschäftigen sich mit einer Materie, die im Koalitionsausschuß schon längst entschieden worden ist. Das schließt aber nicht aus, daß wir Freiheitlichen von unserem Recht Gebrauch machen, an dem Konzept der Bundesregierung, das in so vielen Belangen und gerade im Bereich des Handelsministeriums so mangelhaft ist, und an dem vom Koalitionsausschuß erstellten Budget die Kritik zu üben, die uns geeignet erscheint.

Die bei der Autobahn eingerissene Schuldenwirtschaft wirkt sich für die österreichische Wirtschaft und vor allem für die am Autobahnbau direkt beteiligten Firmen höchst nachteilig aus. Wer am 7. Oktober dieses Jahres Gelegenheit hatte, die anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen in Oberösterreich von hohen und höchsten Funktionären dieses Staates gehaltenen Ansprachen zu hören, war davon höchst beeindruckt — sofern er selbstverständlich nicht der freiheitlichen Opposition angehört. Dort wurde nämlich die frohe Kunde vermittelt, daß der Autobahnbau völlig gesichert sei und daß die notwendigen Gelder auf Jahre hinaus zur Verfügung stünden, daß es diesbezüglich überhaupt keine Hindernisse mehr gäbe. Wie die Wirklichkeit aussieht, das steht auf einem anderen Blatt. Wir stehen nämlich vor der Tatsache, daß nicht vorgesorgt worden ist, daß man im Gegenteil bemüht sein muß, die aufgelaufenen Schulden unter größten Schwierigkeiten abzudecken, denn von dem seinerzeitigen 15-Jahresplan ist ja nur noch ein Torso übriggeblieben, davon sind nicht weniger als 2 Milliarden Schilling Schulden aufgelaufen. Aus der Erkenntnis dieser Situation heraus haben wir Freiheitlichen ja schon seinerzeit den Vorschlag gemacht, für den Autobahnbau eine Anleihe aufzulegen. Man hat diesen Vorschlag nicht einmal diskutiert. Doch jetzt ist man soweit, daß man plant, aus Anleihen oder aus irgendwelchen anderen Mitteln den Betrag von 200 Millionen Schilling zusammenzukratzen, um wenigstens den dringendsten Bedarf decken zu können.

Nach dieser Stellungnahme zu den finanziellen Gegebenheiten muß ich mich aber doch auch, selbst auf die Gefahr hin, daß mir vielleicht der Vorwurf gemacht wird, ich sei ein Laie auf technischem Gebiet, mit einigen

Dr. Kos

Dingen befassen, von denen der Herr Minister behauptet hat, sie aufgeklärt zu haben, was aber keineswegs der Fall ist.

Vorerst möchte ich die Frage der Vergabe der Aufträge ansprechen. Es hat sich wiederholt ereignet, daß die vom Ministerium erteilten Bauaufträge von den dazu herangezogenen Firmen gegen entsprechende Ablösen an Partner ihrer Arbeitsgemeinschaft oder auch an andere Firmen vergeben worden sind. Das bedeutet also: Man schließt pro forma eine Arbeitsgemeinschaft ab, bewirbt sich um die Vergabe, erhält einen Auftrag und scheidet, wie vorher abgesprochen, aus, läßt sich aber seinen Auftrag gegen eine entsprechende Summe ablösen. Dies alles, ohne daß überhaupt irgendeine Tätigkeit außer der der Einreichung entfaltet wird! Aber das ist wahrscheinlich möglich, weil man die entsprechenden guten Verbindungen und Beziehungen hat. Es wird zum Beispiel davon gesprochen, daß eine oberösterreichische Bau-firma auf diese Art mühelos weit über 1 Million Schilling eingesteckt hat, ohne daß sie auch nur eine einzige Schaufel in Bewegung gesetzt hat. Der Herr Minister sagt dazu nur, das sei ihm bekannt, man habe auf diese Praktiken keinen Einfluß und — jetzt kommt das Unglaubliche — dadurch würde keine Verteuerung der Kosten entstehen.

Meine Damen und Herren! Glaubt denn jemand in diesem Hohen Haus ernstlich, daß an diesen Ablösen nichts verdient wird und daß diese Ablösesummen nicht schon vorher in den Angeboten einkalkuliert werden? Denn wer sich auf solche Art und Weise einen Bauauftrag erkaufen will, der kalkuliert doch vorher die Kosten ein, und wir Freiheitlichen sind der festen Überzeugung, daß man diese Dinge abstellen kann, wenn man nur will. Es kommt aber auf das Wollen an, diese Art von Kettenhandel abzustellen, und ich könnte mir sogar vorstellen, daß man bei einer Abstimmung darüber in diesem Hohen Hause sogar eine Mehrheit finden könnte.

Da ich gerade bei der Kostenverteuerung bin, so darf ich in diesem Zusammenhang den Parteifreund des Herrn Handelsministers, den Herrn Finanzminister Dr. Klaus zitieren, der in einem Interview mit einer Tageszeitung davon gesprochen hat, daß man beim Autobahnbau eine runde Milliarde Schilling hätte einsparen können, wenn man nicht in Form eines Fleckerlteppichs, sondern nach einem logischen und zügigen Konzept den Ausbau der Autobahn entweder in der West-Ost-Richtung oder in der Ost-West-Richtung durchgeführt hätte. (*Bundesminister Dr. Bock: Herr Abgeordneter! Das haben eine Reihe von Nichtfachleuten gesagt, aber nicht der Finanz-*

minister!) Der Herr Finanzminister hat es in einem Interview gesagt! Herr Minister! Ein Zwischenruf von der Ministerbank ist so wenig üblich, daß ich einen Minister, der gleichzeitig Abgeordneter ist, doch bitten möchte, seine Zwischenrufe von seinem Abgeordnetenplatz aus zu machen! (*Abg. Zeillinger: Das ist in allen Zeitungen gestanden, Sie haben es nicht dementiert! — Bundesminister Dr. Bock: In den Zeitungen steht so viel!)* Wir sind dafür — die Zeitung und die Presse stellen die Öffentlichkeit dar —, uns hier öffentlich darüber zu unterhalten, was in der Presse steht. Sie, Herr Minister, sind dazu berufen, den Gegenbeweis zu führen und zu erbringen. (*Abg. Hartl: Tu's euch nicht aufregen! — Abg. Zeillinger: Es sind Ihre Parteifreunde, die das sagen, Herr Hartl, wegen dem Autobahnbau! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Prinke: Der Zeillinger baut die Autobahn demnächst! — Abg. Zeillinger: So wird das Geld hinausgeschmissen noch und noch!)* So wird das Geld hinausgeschmissen — sehr richtig!

Derselbe Herr Finanzminister Dr. Klaus hat seinerzeit, als er noch im Lande Salzburg tätig war, auch davon gesprochen — der Herr Handelsminister hat ihn dabei unterstützt —, als es um das Salzburger Festspielhaus ging. Da hieß es auch zuerst: 110 Millionen Schilling, und dann waren es weit über 200 Millionen Schilling! Sie sind sich also im eigenen Hause nicht einig darüber, was die Dinge kosten sollen und wie diese Dinge abgestellt werden sollen.

Aber ich möchte noch einmal feststellen: Unsere Aufgabe ist es, die Budgetansätze durchzusprechen, darüber zu reden. Es wäre sehr angebracht, wenn der Herr Minister nun wirklich klar und unmißverständlich die Karten auf den Tisch legen würde. Denn nicht nur wir von der Opposition, sondern genauso Sie von der Linken und Sie von der Rechten haben einen Anspruch darauf, daß hier offene Worte gewechselt werden. Mit der Verschleierungstaktik kommen wir nicht weiter! Wenn aber weiter verschleiert wird, werden wir so lange von den Dingen nicht „heruntersteigen“, bis es Ihnen zu dumm wird und Sie das sagen, was wir von Ihnen verlangen können.

Ich glaube, die Frage der Beantwortung durch den Herrn Handelsminister interessiert nicht nur meine Freunde in der Freiheitlichen Partei; sie interessiert ja weiteste Kreise der Bevölkerung und vor allem die Wirtschaft.

Genauso notwendig wie die Beantwortung dieser Fragen wäre doch auch, daß man dazu Stellung nimmt, warum bei uns in Österreich so aufwendig Betondecken verbaut wer-

Dr. Kos

den, während das ganze Ausland dazu übergegangen ist, weitestgehend Asphaltdecken zu verwenden. Hier hört man vielfach die Begründung, wir hätten den Zement, die Zementindustrie im eigenen Lande, und andere Dinge mehr wie: man könnte Betondecken besser ausbessern. Erinnern wir uns doch nur an die Engpässe in der Bauwirtschaft, die jedes Jahr dadurch entstehen, daß zuwenig Zement zur Verfügung steht. Allein damit wäre dieses Argument entkräftet. Man sagt auch beispielsweise, die Betondecke wäre haltbarer, und man müßte daher in Beton bauen.

Meine Damen und Herren! Entscheidend — ich sage das, obwohl ich kein technischer Fachmann bin — ist doch wohl der solide Unterbau: denn wenn der Unterbau in Ordnung ist, können vor allem in bezug auf die Fahrsicherheit auch mit Asphalt erstklassige Straßeneigenschaften erzielt werden. Man hört, daß der jetzige Unterbau der Autobahn Wien—Salzburg für eine Asphaltdecke völlig ausreichend gewesen wäre und daß man mit einer solchen Asphaltdecke auf den bisher fertiggestellten Strecken rund 900 Millionen Schilling hätte einsparen können.

Uns macht man oft den Vorwurf: Ihr fordert Geld, aber ihr könnt nicht nachweisen, wo man einsparen soll. Untersuchen wir doch die Frage, ob man auf diesem Gebiet nicht hunderte Millionen hätte einsparen können, die man für andere Zwecke so dringend gebraucht hätte. Erinnern wir uns an den zivilen Luftschutz, erinnern wir uns an die gestrige Diskussion in Sachen Landesverteidigung! Erinnern wir uns an das, was ich vorhin gesagt habe: Die Fremdenverkehrswerbung ist zu niedrig dotiert.

Vor kurzem mußte im benachbarten Bayern jedenfalls die Autobahnstrecke München—Holzkirchen ausgebessert werden, weil die Betonfahrbahn schadhafte geworden war. Da man festgestellt hat, daß die Reparatur unter Zuhilfenahme von Beton zu kostspielig gewesen wäre, hat man einfach über die schadhafte Fahrbahndecke eine Asphaltdecke gelegt.

In der Nähe von Loosdorf bei Melk mußte die Autobahndecke nunmehr schon zum zweitenmal innerhalb einer kurzen Zeit ausgebessert werden, weil sich die Fahrbahn gesenkt und die Betondecke Sprünge aufgewiesen hat. Das gleiche gilt für die Bundesstraße 1, für das Teilstück bei Blindenmarkt, wo die Betondecke auch bereits zum zweitenmal ausgebessert worden ist. Ich kann kein Argument für eine Feststellung finden, daß Betondecken eine größere Haltbarkeit als Asphaltdecken aufweisen.

Man sprach schon sehr viel — und auch diese Frage ist uns durch den Herrn Minister in unzureichender Weise beantwortet worden — über die Frage der zweckmäßigen Autobahnauffahrten bei Vorchdorf, Steyermühl und Regau, und es ist auch schon allerlei geschrieben und geredet worden, daß dort überflüssige Brücken sehr kompliziert angelegt worden seien. Allein dabei soll sich ein Mehraufwand von je 10 Millionen Schilling pro Brücke, also insgesamt ein Mehraufwand von 30 Millionen Schilling ergeben haben. Dasselbe stellt man ja von der aufwendigen Ausstattung der Brücken fest, die selbst dort, wo sich Fuchs und Has gute Nacht sagen, mit kostspieligen Steinverzierungen, die 2000 S pro Quadratmeter erfordern, versehen werden. Auch das ergibt einige Millionen Schilling.

Zur Frage des Brückenbaues sagte das Ministerium vor kurzem in einer Stellungnahme, daß dieser gesetzlich geregelt sei. Das stimmt sicherlich, allerdings nur hinsichtlich der Brückenhöhe und hinsichtlich der Brückenweite. Durch den Bau von Brücken über kleine Feldwege, deren jede rund 2 Millionen Schilling kostet, statt gewöhnlicher Durchlässe, die sich auf 250.000 S stellen würden und allerdings gewölbt sein müßten, sind viele Beträge vergeudet worden, die man anderswo hätte zweckmäßiger einbauen können. Gerade die Frage der Brückenbauten erschwert doch den beteiligten Firmen auf dem noch fehlenden Verbindungsstück zwischen Amstetten und Enns die Arbeit deswegen unerhört, weil wohl der Fahrbahndamm zum Teil bereits aufgeschüttet ist, aber die notwendigen Brücken fehlen und kostspielige und weitläufige Umfahrungen für die Baufirmen notwendig geworden sind.

Schließlich und endlich möchte ich noch der Behauptung entgegenreten, daß den Baufirmen die Vorfinanzierungskosten auf Grund der von den Unternehmern selbst angebotenen Zinssätze vergütet werden. Hier darf ich wohl entgegnen, daß die Firmen, die bei Banken Kredite in Anspruch genommen haben, dafür Zinsen im Ausmaß von 10 Prozent zahlen müssen. Der Bund vergütet ihnen allerdings nur 5 Prozent. Es würde mich außerordentlich interessieren, vom Herrn Minister zu hören, ob es zutrifft, daß die Baufirmen, die man zuerst zu einer Vorfinanzierung genötigt hat, nun mit dem Ministerium einen erbitterten Kampf um einen echten Kostenersatz führen müssen. Vielleicht wird mir der Herr Minister auch die schon einmal getroffene Feststellung bestätigen, daß eine Wiener Baufirma das Handelsministerium, also den Bund, auf Rückerstattung von 500.000 S Kreditkosten verklagt haben soll, bei zwei gerichtlichen Instanzen recht behielt,

Dr. Kos

aber trotzdem auf die Eintreibung des Geldes deswegen verzichten mußte, weil ihr aus dem Ministerium der Wink gegeben worden sein soll, daß man von weiteren Aufträgen absehen müsse, wenn man auf Begleichung der Forderung bestehen werde.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen sind der festen Überzeugung, daß es nun unbedingt notwendig geworden ist, in der so viel umstrittenen Angelegenheit Autobahnbau endlich Ordnung und volle Klarheit gegenüber den Beteiligten und gegenüber der österreichischen Öffentlichkeit zu schaffen. Solange diese Dinge nicht einwandfrei geklärt sind und solange man versucht, durch die Verschleppung der in aller Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe fortzuwursteln, werden wir Freiheitlichen nicht aufhören, vom zuständigen Herrn Ressortminister jene Aufklärung zu verlangen, auf die wir als Abgeordnete dieses Hohen Hauses einen Anspruch haben.

Bei der gegebenen Sachlage fällt es uns Freiheitlichen wirklich nicht schwer — es wird uns sogar leicht gemacht —, dem Kapitel Handel unsere Zustimmung zu versagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kostroun zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kostroun:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenngleich man heuer der Genugtuung Ausdruck geben kann, daß es gelungen ist, dem Parlament rechtzeitig ein — wie ich es bezeichnen will — wirklichkeitsnahes Budget vorzulegen, so werden die Vertreter der einzelnen Volksschichten bei Überprüfung der einzelnen Gruppen unvermeidlich zu völlig unterschiedlichen Stellungnahmen kommen.

Herr Präsident Wallner hat bei der Behandlung der Gruppe Landwirtschaft seiner Genugtuung über die erhöhte Dotierung der landwirtschaftlichen Förderungsmittel Ausdruck gegeben. Als Vertreter der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere als Vertrauensmann der gewerblichen und kaufmännischen Klein- und Mittelbetriebe kann ich leider die gleiche Befriedigung über die Dotierung dieser Gruppe, die jetzt zur Behandlung steht, nicht zum Ausdruck bringen.

Im Spezialbericht zur Gruppe IX wird festgestellt, daß das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau an der Gesamtsumme des Bundesvoranschlags in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung praktisch unverändert wie bisher mit 6,7 Prozent beteiligt ist.

Auf Seite 191 der Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz lesen wir, daß für das

Ausstellungswesen für das heurige Jahr noch 2 Millionen Schilling veranschlagt waren, für das nächste Jahr aber nur mehr 1,8 Millionen Schilling präliminiert werden konnten.

Aus diesen Erläuterungen geht auch hervor, daß die Mittel zur Förderung des Fremdenverkehrs für das nächste Jahr um nahezu 1 Million Schilling gekürzt werden mußten.

Aus der Einleitung zum Spezialbericht zu dieser Gruppe, die wir jetzt behandeln, geht hervor, daß der Anteil der Förderungsausgaben bei der Gruppe IX an dem Gesamtbetrag der Förderungsausgaben des Bundesbudgets von 5,66 Prozent im Jahre 1961 auf 3,59 Prozent im Jahre 1962 reduziert werden mußte.

Bei einem Vergleich der staatlichen Förderungsmittel für die Landwirtschaft mit denen für die gewerbliche Wirtschaft in den Bundesvoranschlägen für 1961 und 1962 habe ich festgestellt, wie ungeheuer groß die Diskrepanz bei den staatlichen Förderungsmitteln zwischen den beiden großen Teilen unserer Wirtschaft ist.

Ich will Sie weder mit vielen Zahlen langweilen, noch will ich mißverstanden werden. Ich möchte vorerst einmal feststellen, daß wir Sozialisten die Notwendigkeit der Förderungsmaßnahmen für unsere Landwirtschaft und insbesondere für die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe voll bejahen.

Unbeschadet unserer Auffassung, daß wir gemeinsam ein sozial gerechteres und mehr den Klein- und Mittelbauern dienendes System der Förderungsmaßnahmen finden müßten, haben wir die in diesem Budget bei dieser Gruppe vorgesehenen Ansätze und die mit unserer Zustimmung zu diesem Budget erhöhten landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen für das nächste Jahr möglich gemacht.

Gestatten Sie mir aber doch, mit wenigen Zahlen nachzuweisen, wie ansehnlich hoch schon bisher und erst recht für das nächste Jahr die Förderungsmittel für unsere Agrarwirtschaft angesetzt wurden und wie dürftig und völlig unzulänglich dagegen schon bisher und erst recht für das nächste Jahr die Förderungsmaßnahmen insbesondere für die gewerblichen und kaufmännischen Klein- und Mittelbetriebe dotiert wurden.

Ich habe mir hier die Mühe gemacht und die im Budget einerseits für die Landwirtschaft und andererseits für die gewerbliche Wirtschaft vorgesehenen Förderungsmittel einem Vergleich unterzogen. Ich habe mir zum Beispiel die bei Kapitel 18 Titel 11, Kapitel 18 Titel 12, Kapitel 19 Titel 8, Kapitel 19 Titel 8 a, Kapitel 19 Titel 8 b und so weiter angeführten Beträge ganz genau aufgeschrieben. Ich komme bei der Prüfung

Kostroun

der direkten Förderungsmittel für die Landwirtschaft nach dem Voranschlag für das Jahr 1961 auf eine Summe von rund 2208 Millionen Schilling und auf die Summe von rund 2696 Millionen Schilling für das Jahr 1962.

Wenn ich die entsprechenden Einnahmen, also die Beträge, die durch eigene Beiträge aufgebracht werden, von diesen Ausgabensummen, die präliminiert wurden, abziehe — ich weiß nicht, ob das, was ich da mache, richtig ist —, so komme ich zu dem Ergebnis, daß der Landwirtschaft im heurigen Jahr an Förderungsmitteln eine Summe von rund 2,127 Millionen Schilling zur Verfügung steht und daß diese Summe im nächsten Jahr rund 2,528 Millionen Schilling betragen wird. Es ist also im Jahre 1962 gegenüber 1961 ein Plus von etwas mehr als 400 Millionen Schilling zu verzeichnen.

Nun komme ich auf die Förderungsmittel zu sprechen, die dem Handelsministerium im Budget für das heurige Jahr zur Verfügung gestanden sind beziehungsweise im Budget für das kommende Jahr zur Verfügung stehen werden. Auch hier möchte ich wiederum nur einige Ansätze hervorheben: Kapitel 20 Titel 2, Kapitel 20 Titel 3 und so weiter und so weiter.

Für die Exportförderung — ich gebe der Wahrheit die Ehre — standen dem Handelsministerium neben den Außenhandelsförderungsbeiträgen der Bundeskammer im Ausmaß von 153 Millionen Schilling im Jahre 1961 135.000 S zur Verfügung. Im Jahre 1962 werden 1,8 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Ich weiß, daß dieser größere Betrag, den die Wirtschaft selbst aufbringt und an dem sogar die Landwirtschaft beteiligt ist, vor allem für die Erhaltung und für den Ausbau unserer Außenhandelsstellen verwendet wird.

Ich sehe im Kapitel 20 unter „Allgemeines Ausstellungswesen“ eine Förderungszuwendung von 1,755 Millionen Schilling im Jahre 1961. Im Budget 1962 wurde dieser Betrag auf 1,557 Millionen gekürzt.

Für das „Handwerkliche Ausstellungswesen“ sind für das Jahr 1961 234.000 S präliminiert gewesen — also wahrlich wenig —, und im Budget 1962 stellen wir eine Kürzung auf 207.000 S fest. (*Präsident Hillegeist übernimmt den Vorsitz.*)

Für die „Förderung des Fremdenverkehrs“ — ich habe es schon erwähnt — waren im Voranschlag für 1961 rund 44 Millionen präliminiert, im Budget 1962 sind hierfür rund 43 Millionen Schilling eingesetzt worden.

Für die „Wirtschaftsförderung“ ist für 1961 eine Gesamtsumme von 30 Millionen Schilling veranschlagt gewesen, und — das ist ein erfreuliches Zeichen — für 1962 ist eine Erhöhung der Dotierung um 6 Millionen Schilling vorgenommen worden.

Für die „Förderung des technischen Versuchswesens“ ist im Budget 1961 ein Betrag von 3,6 Millionen Schilling vorgesehen gewesen, im Budget 1962 sind rund 3,2 Millionen Schilling vorgesehen — also wieder eine Kürzung!

Die Ansatzpost für die „Förderung der friedlichen Anwendung der Atomenergie in der gewerblichen Wirtschaft“ war für 1961 mit 1 Million Schilling dotiert; im Budget 1962 sind hierfür nur 900.000 S präliminiert.

Für die „Förderung der Energiewirtschaft und Elektrotechnik“ waren für 1961 100.000 S vorgesehen, im Budget 1962 ist ein etwas höherer Betrag präliminiert.

Wenn ich wieder so vorgehe wie bei der Beleuchtung der Gruppe Landwirtschaft und in den Voranschlägen 1961 und 1962 von den Ausgabensummen die Einnahmensummen abziehe, so ergibt sich, daß 1961 dem Handelsministerium inklusive der Aufwandskredite eine Summe von rund 42 Millionen zur Verfügung steht, im kommenden Jahr aber eine Summe von rund 45 Millionen Schilling, das ist eine Steigerung um 3 Millionen Schilling. Die Förderungsmittel der Landwirtschaft betragen nach dieser Berechnung also im Budget 1962 2,5 Milliarden Schilling, für die gewerbliche Wirtschaft 45 Millionen Schilling. Das ist eine Differenz von rund 2,4 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Wir wissen sehr wohl, daß unabhängig von diesen Zahlen, die im Budget aufscheinen, den größeren und insbesondere den großen Betrieben der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft durch die Bewertungsfreiheit und den Exportbetrieben dazu noch durch die Regelung der Umsatzsteuerrückvergütung geholfen wird. Von dieser Regelung haben aber alle Mittelbetriebe, selbst wenn sie eine normale Ertragslage haben, blutwenig, die zehntausenden anderen Klein- und Mittelbetriebe mit einem Gewinn, der kaum zu einem einfachen Leben reicht oder denen man wegen ihrer geringen Umsätze und Einkünfte vor allem aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung die Pauschalierung zuerkannt hat, überhaupt nichts, so wie diese Klein- und Mittelbetriebe blutwenig oder überhaupt nichts von den Möglichkeiten haben, von denen man hüben und drüben auf der Arbeitnehmerseite manchmal unter dem Titel „Steuerabsetzposten“ schreibt und redet. Gerade diese Klein- und Mittelbetriebe ohne

Kostroun

Kapital, die jetzt — ein Blick nach Amerika und nach allen modernen Industriestaaten, nach allen besser entwickelten Industriestaaten beweist es — und auch in Zukunft in einem demokratischen Staatswesen unentbehrlich sind, brauchen aber zur Anpassung ihrer Produktions- und Verkaufsstätten an die Erfordernisse der Zeit mehr Förderungsmittel als bisher, weil ihnen ja wenig oder gar keine Möglichkeiten auf dem Gebiet der Steuerabsetzung, auf dem Gebiet der anderen indirekten oder direkten Förderungsmaßnahmen, also der Bewertungsfreiheit oder der Umsatzsteuerrückvergütung, zur Verfügung stehen. Ihnen sind im Gegensatz zu den Großunternehmen in der Regel normale Bankkredite überhaupt verschlossen. Wer ist darauf neugierig, einem Kleinen etwas zu kreditieren; der kann ja viel zuwenig Sicherheiten bieten. Oder diese Betriebe müssen auf die Aufnahme solcher Investitionskredite — ich rede gar nicht von den Betriebsmittelkrediten — verzichten, weil sie nicht imstande sind, Kreditkosten von 9, 10 oder noch mehr Prozent zu erarbeiten.

Daher, meine Damen und Herren, bin ich der Auffassung, daß wir uns in Hinkunft mehr als bisher und gemeinsam dazu durchringen müssen, die Notwendigkeit erhöhter Förderungsmaßnahmen für die Klein- und Mittelbetriebe zu erkennen und den Weg zu finden, der auch diesen Betrieben mit hunderttausenden Beschäftigten mehr als bisher hilft, ihre Produktions- und Verkaufsstätten zu modernisieren, auszugestalten, um konkurrenzfähig zu bleiben oder konkurrenzfähiger zu werden.

Weil ich die bisher zur Verfügung gestellten Förderungsmittel zur Durchführung verbilligter Kreditaktionen für Klein- und Mittelbetriebe der gewerblichen Wirtschaft für völlig unzulänglich halte, habe ich schon bei der Behandlung dieser Voranschlagsgruppe im Finanz- und Budgetausschuß darauf verwiesen, daß es unumgänglich notwendig erscheint, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit gleich wie durch das Landwirtschaftsgesetz das Landwirtschaftsministerium auch das Handelsministerium das Recht und den Auftrag bekommt, im Einvernehmen mit der zuständigen Kammer, ihren Bundesinnungen, Gremien und Fachverbänden jährlich der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaft, dem Parlament, einen Bericht über die Lage der gewerblichen Wirtschaft mit Vorschlägen für notwendige Förderungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Ich habe diese Anregung schon im Vorjahr anlässlich der Verabschiedung des Landwirtschaftsgesetzes oder unmittelbar nach der

Übermittlung des ersten Jahresberichtes der Landwirtschaft, also des Grünen Berichtes, im Präsidium der Bundeshandelskammer gegeben. Es ist mir bisher leider unbekannt — ich bekenne es —, warum man in einer bestimmten Kammermitteilung die Landeskammern verständigt hat, daß nicht die Absicht besteht, die Initiative zur Schaffung eines solchen jährlichen Berichtes über die Lage der gewerblichen Wirtschaft für Regierung und Parlament zu ergreifen.

Ich bin darüber nicht nur deshalb verwundert, weil sich bisher gar kein zuständiges beschlußfähiges Kammerorgan mit dieser Frage beschäftigt und zu einer ablehnenden Stellungnahme aus welchen Gründen immer durchgerungen hat, sondern auch deshalb verwundert, weil ich mir einfach nicht vorstellen kann, daß man zu dieser Anregung eine ablehnende Stellung einnehmen kann.

Der Herr Handelsminister hat dankenswerterweise im Finanz- und Budgetausschuß zugesagt, diese Frage mehr als bisher zu studieren. Ich bitte ihn nur, dafür zu sorgen, daß meine Anregung möglichst bald — und da stelle ich mir vor: in den nächsten Monaten — aus dem Stadium der Prüfungen heraus- und einer Realisierung zugeführt wird. Zumindest wollen wir wissen, daß diese Frage nicht wie üblich auf die lange Bank geschoben wird. Wir müssen uns pro oder kontra bekennen mit einer Begründung, die stichhältig ist.

Unhaltbar ist bei der Gliederung unserer Kammerorganisationen etwa die Begründung, daß es zu schwer ist, bei der Vielfalt der gewerblichen Wirtschaft einen solchen Bericht jährlich dem Parlament oder der Regierung zu übermitteln. Wir haben eine Bundeskammer mit den zuständigen Referaten, wir haben neun Landeskammern. In den Landeskammern ist jeder Zweig der Wirtschaft in einer eigenen Sektion vereint, und im Rahmen jeder Sektion sind die zuständigen Innungen, Gremien, Fachgruppen vorhanden. Im Rahmen der Bundeskammer sind alle Landeskammern zusammengefaßt; alle Sektionen sind zu Bundessektionen, alle Innungen zu Bundesinnungen, alle Gremien zu Bundesgremien und alle Fachgruppen zu Bundesfachverbänden zusammengefaßt. Die organisatorischen Voraussetzungen sind bei uns also gegeben, um im Zusammenwirken mit den zuständigen Fachleuten so, wie es bei der Landwirtschaft bereits geschieht, der Bundesregierung und dem Parlament eine Untersuchung über die Situation in der gewerblichen Wirtschaft zu übermitteln.

Schon im Finanz- und Budgetausschuß habe ich darauf verwiesen — ich muß es

Kostroun

hier wieder tun —, daß auch dem Deutschen Bundestag auf Grund eines Initiativantrages der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 20. Jänner 1960 am 13. Juli ein Bericht des Wirtschaftsministers Erhard vorgelegt wurde, der auf 195 Druckseiten „über die wirtschaftliche“ — ich muß jetzt zitieren — „und gesellschaftliche Lage der in Handwerk, Handel, dem übrigen Gewerbe und in den freien Berufen selbständig Tätigen und der bei diesen oder in anderen Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer“ Aufschluß gibt. Es ist mir bekannt, daß dieser Bericht die Grundlagen für eine Reihe von positiven, realisierbaren gesetzlichen Maßnahmen geschaffen hat.

Wie sich zeigt, hat man in der deutschen Bundesrepublik — auch das möchte ich besonders unterstreichen — nicht nur die Notwendigkeit einer Untersuchung der Situation in den einzelnen Wirtschaftszweigen der gewerblichen Wirtschaft, ja einer Prüfung und Schilderung der Lage der Selbständigen in diesen Wirtschaftszweigen und der bei ihnen Beschäftigten eingesehen, obwohl es dort nicht diese umfassende und feingegliederte Kammerorganisation wie bei uns gibt, sondern man hat sogar nichts daran gefunden — und das muß positiv vermerkt werden, so weit müssen wir kommen, so weit müssen wir uns gemeinsam durchringen —, daß die Anregung zu diesem Bericht im Interesse der Selbständigen in den Klein- und Mittelbetrieben von der Fraktion unserer sozialistischen Bruderpartei ausging.

Wenn vielleicht bei uns aus mir unbekanntem, aber vermutbaren Gründen etwa die Industriellenvereinigung gegen die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Erstellung eines Berichtes über die Lage der gesamten gewerblichen Wirtschaft, also auch der verschiedenen Industriezweige, sein sollte — ich weiß es nicht, aber ich könnte es mir vorstellen —, so dürfte diese ablehnende Stellungnahme kein Hindernis für die Gesetzgebung sein, für die Kammerorganisation und meiner Meinung nach auch — das ist eine Bitte an den Herrn Handelsminister — für das Handelsministerium und für seinen Ressortchef als Minister selbst, initiativ wenigstens dafür vorzusorgen, daß — ich bin auch damit einverstanden — bald die Möglichkeit dafür geschaffen wird, daß Regierung und Parlament und die breite Öffentlichkeit durch einen solchen Bericht davon Kenntnis erhalten, wie wenig rosig die Situation vieler Klein- und Mittelbetriebe in Gewerbe und Handel, im Verkehr und Fremdenverkehr in Wahrheit ist.

Wenn dieser Bericht vorliegt, werden manche Illusionen hüben und drüben zerstört werden,

erst dann wird man objektiver als bisher die Dinge beurteilen und besser als bisher erkennen, daß man es sich nicht so einfach machen kann, daß man nur die Großen sieht und bereit ist, die Kleinen zu vergessen.

Es wird aber auch nur dann, wenn dieser Bericht vorliegt, möglich sein, zu erkennen, wie unaufschiebbar notwendig es im gesamtwirtschaftlichen Interesse unseres Landes ist, Wege zu finden, die geeignet sind, vor allem den Klein- und Mittelbetrieben der gewerblichen Wirtschaft zu helfen, damit sie auch in Hinkunft und im Hinblick auf die Entwicklung zum europäischen Markt ihre volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen können und nicht — das ist kein Idealziel, und kann kein Idealziel für uns Österreicher sein — etwa zum Schluß in der Flut ausländischer kapitalstarker Unternehmungen untergehen. Im gegenwärtigen Stadium unserer Konjunktur und der Entwicklung in unserem Lande ist es wahrscheinlich noch möglich, rechtzeitig rettende Maßnahmen in dieser Richtung zu ergreifen.

Ich bitte darum nochmals den Herrn Handelsminister wie auch unsere Kollegen in der Koalition, sich vor der Erstellung des Budgets für das Jahr 1963 zur Einsicht durchzuringen, daß erst mit der Schaffung dieses Berichtes über die gewerbliche Wirtschaft oder nennen Sie das, wie immer Sie wollen, meinerwegen eines Gewerbeplanes, also eines Berichtes über die Lage der Klein- und Mittelbetriebe in der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeitnehmer, die bei ihnen beschäftigt sind, die grundlegenden Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, daß wir auch im Rahmen unserer Gesetzgebung auf den mannigfachsten Gebieten zu gerechteren Lösungen für alle Wirtschaftszweige, zu einem angemessenen Ausgleich der staatlichen Fördermittel und endlich auch zu einer Verstärkung der Hilfsmaßnahmen für die kleineren Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft kommen.

Gestatten Sie mir in Zusammenhang mit meinen bisherigen Ausführungen, aber auch in Zusammenhang mit unserer bisherigen Aussprache — ich will nicht sagen Diskussion, ich will nicht sagen Debatte, sondern ich will von einer Aussprache reden, denn wir müssen ja versuchen, uns zu verständigen, das ist ein Element der Demokratie, und die Verständigung über mannigfache Fragen ist nur möglich durch eine Aussprache, durch das Wecken des gegenseitigen Verständnisses für noch unerledigte Notwendigkeiten — die Frage zu beleuchten, inwieweit ein Grund zu einer allgemeinen Klage darüber besteht, wie schlecht es angeblich allen Bevölkerungsteilen geht, und die Frage zu beleuchten,

Kostroun

wer wirklich Grund zu dieser Klage hat und wem wir daher durch geeignete Maßnahmen helfen müßten, aus den Schatten der heutigen Konjunktur ins Licht zu kommen.

Wenn man heute — ich glaube, das ist eine objektive Betrachtung — wirklich gut verdienende Unternehmer oder Bauern, aber auch gutbezahlte Arbeiter oder Angestellte dort und da reden hört, so sieht es manchmal so aus, als ob es gegenwärtig allen schlechter ginge als in der Zeit des Kriegsinfernos oder in den ersten Nachkriegsjahren.

Ich halte es für notwendig, in dieser Budgetdebatte auch einiges anzuführen, was durch objektive Statistiken festgestellt wurde, denn man kommt angesichts des allseitig bemerkbaren Unbehagens oder Klagens unwillkürlich zur Stellung der Frage: Wie schlecht geht es heute wirklich weitesten Teilen aus allen Bevölkerungsschichten?

Nur einige Zahlen — ich will Sie nicht ermüden — aus dem Wirtschaftsstatistischen Handbuch: Im Jahre 1953 hat es in Österreich bereits 74.000, im Jahre 1960 404.000 Personenkraftwagen gegeben. Im Jahre 1953 hat es in Österreich bereits 40.000 Mopeds gegeben, die im Verkehr benützt wurden, im Jahre 1960 jedoch 380.000 Mopeds. Im Jahre 1953 gab es 110.000 Elektroherde, im Jahre 1960 430.000; im Jahre 1953 gab es 70.000 Heißwasserspeicher, 1960 270.000; Waschmaschinen gab es 1953 8000, im Jahre 1960 230.000; Fernsehgeräte 1953 4000, im Jahre 1960 rund 250.000; jetzt werden es wahrscheinlich schon viel mehr sein. (*Abg. Hartl: Dank der Wohlstandspolitik der ÖVP!*)

Ich habe den Herrn Kollegen Wallner in Erinnerung, wie er aus dem Beispiel eines Bauern auf die Notlage aller Bauern geschlossen hat. Darum muß ich auch hier einige Zahlen bringen. Im Jahre 1946 hat es in Österreich 7314 Traktoren gegeben, 1953 waren es bereits 30.992. (*Abg. Dipl.-Ing. Pius Fink: Weil es zuwenig Arbeitskräfte gibt!*) Wir reden jetzt nicht über Arbeitskräfte, wir sind glücklich, daß wir gemeinsam so weit gekommen sind. Wir werden richtige Schlüsse ziehen. Gerade von Ihnen, Herr Kollege Fink, erwarte ich, daß Sie mir nicht ins Kräutl pfuschen! (*Heiterkeit.*) Ja, das ist auch eine Frage, das weiß ich; aber ich beleuchte jetzt einmal diese Frage: 1959 hat es 113.000 Traktoren gegeben und am 1. April 1961 126.300; Mährescher gab es im Jahre 1953 919, im Jahre 1959 7500; Einachs-Traktoren über 6 PS 1953 395, jetzt 3000; Motormäher im Jahre 1946 3834, 1953 rund 28.000 und 1959 65.000; Melkmaschinenanlagen im Jahre 1946 rund 3500, jetzt immerhin schon 21.000.

Meine Damen und Herren! Aus diesen wenigen nüchternen Zahlen ergeben sich bei

einer objektiven Betrachtung einige logische Schlüsse. Die gigantischen Steigerungszahlen innerhalb weniger Jahre zeigen vorerst einmal auf, was durch die Arbeit und durch den Fleiß aller arbeitenden Bevölkerungsschichten erreicht werden konnte. Diese Zahlen widerlegen alle, die mit unterschiedlichen Argumenten immer wieder den Wert der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien unserer Volkes herabzusetzen oder zu bezweifeln versuchen. Sie beweisen im Gegenteil eindeutig den Erfolg dieser Zusammenarbeit und auch den Wert des bisherigen Zusammenwirkens der Vertreter der drei großen Kammern mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund.

Durch dieses immer wieder erreichte Zusammenreden und Zusammenfinden am Verhandlungstisch ist aller Fortschritt auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet unter Sicherung des inneren sozialen Friedens in unserem Lande erreicht worden. Es ist leider so, daß man das zeitweise bei geeignetem Anlaß allen Menschen zum Bewußtsein rufen muß. Wie durch einwandfreie statistische Erhebungen festgestellt wurde, haben alle Bevölkerungsschichten, ob selbständig oder unselbständig tätig, an der Vergrößerung des Wohlstandes, an dem Besitz von Fahrzeugen und technischen Geräten einen erheblichen Anteil.

Unsere gemeinsame Aufgabe — das ist meine Auffassung — muß es vor allem sein, daß das Erreichte von allen, die es erreicht haben, gewürdigt wird. Wir müssen bemüht sein, das Erreichte weiterhin zu sichern und wenn möglich zu mehren. Vor allem aber wird es unsere Aufgabe sein müssen, denen, die bisher am Fortschritt, am Lebensstandard unseres Volkes einen zu geringen Anteil hatten, einen größeren Anteil zu verschaffen und auch ihnen — ich möchte sie als die vielfach unverschuldet wirtschaftlich Zurückgebliebenen bezeichnen — den Anschluß an die Entwicklung der Zeit zu ermöglichen.

Unverschuldet wirtschaftlich Zurückgebliebene aber gibt es in allen Bevölkerungsteilen. Wir Sozialisten denken da an die kleinen Bauern ebenso wie an die nach wie vor schwer um ihre Existenz ringenden kleineren Gewerbetreibenden. Wer einen Blick für die Wahrheit hat, wird nicht nur die kleineren Bauern ohne 45 Stunden-Woche sehen, er wird mir beipflichten müssen, daß er selbst viele kleinere Gewerbetreibende und Kaufleute kennt, für die es fast keine Begrenzung der Arbeitszeit, trotzdem aber nur Einkommen gibt, die kaum über den Durchschnittslöhnen liegen.

Mein Parteifreund Abgeordneter Hoffmann hat im Rahmen dieser Budgetdebatte bei

Kostroun

einer anderen Gruppe auch aufgezeigt, wo es offenkundig lohnmäßig noch weit zurückgebliebene Arbeitergruppen gibt. Er hat nur einige Beispiele aus der Textilwirtschaft angeführt. Wenn man von den Stundenlöhnen dieser Arbeiterinnen hört, dann muß man sich sagen: Unsere gemeinsame Aufgabe muß es sein, allen diesen wirtschaftlich Zurückgebliebenen den Anschluß an die Entwicklung der Zeit, an die Erhöhung des Lebensstandards und an den Wohlstand zu verschaffen.

Zu diesem Kreis von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, die auch heute noch nur einen so kleinen Platz an der Sonne haben, sind nach wie vor auch noch bestimmte Rentnerkreise zu zählen. Für sie alle bessere Existenzbedingungen und Lebensgrundlagen zu erreichen, bleibt das Bestreben von uns Sozialisten. Wir haben nur den einen Wunsch, daß wir gemeinsam den Weg zu einer Realisierung dieser unserer Bestrebungen finden.

Dieser Weg wird meiner Meinung nach aber nur gefunden werden können, wenn die bisherige Zusammenarbeit zwischen den beiden großen wirtschaftlichen und politischen Gruppen dieses Landes nicht nur aufrecht bleibt, sondern sich sogar noch vertieft und sich — ich sage jetzt ein sehr gewagtes Wort — in den Beziehungen der Verantwortlichen vermenschlicht.

Seit dem Bestand der Paritätischen Lohn- und Preiskommission, also einer der Formen des Zusammenwirkens von zwei Sozialpartnern mit unterschiedlichen Interessen und Auffassungen, gibt es hüben und drüben unter allen Sozialpartnern Diskussionen und Stimmen, die diese Zusammenarbeit für überflüssig, ja für ihren Teil sogar für unbequem und schädlich betrachten. Die eine Seite, die Produktions- oder Handelsseite, sagt bei jeder Preiserhöhung: Wir sind unfrei, wir müssen zur Paritätischen Lohn- und Preiskommission gehen und belegen, ob die Preiserhöhung berechtigt ist oder nicht. Ja, sicher, es gibt auch Arbeiter- und Angestellten-Gruppen, die in ihren Entscheidungen frei sein wollen und ihre Wünsche einem objektiven Urteil einer gemeinsam gebildeten Kommission nicht gerne unterbreiten.

Diese Diskussionen gibt es seit dem Bestehen der Lohn- und Preiskommission. Aber ich möchte sagen: Alle, die auf beiden Seiten Träumen und Illusionen nachhängen und frei in ihren Entscheidungen sein wollen, sollten sich nicht nur vergegenwärtigen, daß wir den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ohne diese Zusammenarbeit niemals erreicht hätten (*Beifall bei der SPÖ*), ohne diese Disziplin niemals imstande gewesen wären, das alles für einen so großen Teil zu erreichen,

sondern sie sollten angesichts der weltpolitischen Spannungen und unserer geographischen Situation auch daran denken, daß es ohne Disziplin auf jeder Seite, ohne Vertiefung der demokratischen Zusammenarbeit bei einer vermeintlichen Freiheit für alle über gefährliche soziale Spannungen und wirtschaftliche Rückschläge unter Umständen wiederum auch bald zu einer allseitigen politischen Unfreiheit kommen könnte!

Darum müßte, Hohes Haus, die gegenwärtige Diskussion um eine gesetzliche Verankerung der Paritätischen Lohn- und Preiskommission für alle, denen die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Landes nicht gleichgültig ist und am Herzen liegt, in die Erkenntnis münden, den Fragenkomplex wie bisher am Verhandlungstisch — illusionsfrei auf beiden Seiten, das möchte ich sagen — positiv zu lösen. Dasselbe gilt aber auch für alle anderen Fragen, über die im wirtschaftlichen Interesse unseres Landes gegenwärtig verhandelt wird: Illusionsfrei und bereit, eine positive Lösung herbeizuführen, der eine bereit, den anderen zu verstehen, ihm nicht Unzumutbares zuzumuten, der andere bereit, für die Notwendigkeiten des anderen Verständnis aufzubringen, sich durchzuringen zur Verständigung beider Teile, ohne Illusionen den Mittelweg, der zum Erfolg führt, zu finden und zu suchen — das ist trotz aller gegenteiligen Auffassungen die Grundlage des bisherigen Erfolges gewesen.

Ich will in diesem Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck geben, daß man zusammen mit den bereits beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen auch bei den nun laufenden Verhandlungen bald zu einem Ergebnis kommt, das sowohl auf dem Preis- wie auch auf dem Lohnsektor zu positiven Ergebnissen und zu einer Beruhigung führt, damit eine weitere gesunde Entwicklung unserer Wirtschaft im Interesse aller Bevölkerungsschichten möglich gemacht wird.

Wir Sozialisten bejahen trotz aller Schönheitsfehler, die aufzuzeigen ich mir heute erlaubt habe, den vorliegenden Budgetvorschlag, weil — ich habe es am Anfang meiner Rede festgestellt und möchte mit diesen Worten schließen — wir glauben, daß dieses Budget für 1962 wirklichkeitsnäher als die Budgets der Vorjahre erstellt wurde und darum geeignet erscheint, einen wesentlichen Beitrag für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und darum auch für die Mehrung eines allseitigen Wohlstandes zu schaffen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Hillegeist**: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mitterer in die Rednerliste eingetragen. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Mitterer: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns über die Fragen der Wirtschaftspolitik unterhalten, so zeigt es sich, daß diese Fragen so komplex und so weitläufig sind, daß sie zweifellos immer wieder in andere Ressorts hineinreichen und in andere Ressorts hineinstoßen und daß es daher sehr schwierig sein würde, sich genau an diesen Rahmen zu halten, daß es aber dennoch unvermeidlich scheint, zu allen Fragen, die in der gewerblichen Wirtschaft heute zu so besonders schwierigen Diskussionen führen, einige Worte zu sagen. Gestatten Sie daher bei dieser Art tour d'horizont, daß ich mit einer wichtigen Feststellung beginne, und zwar mit der Relation der öffentlichen Hand zur Privatwirtschaft.

Charakteristisch ist in Österreich die intensive Teilnahme des Staates, der Länder, der Gemeinden an dem Wirtschaftsgeschehen in allen Bereichen, wie etwa bei der Grundstoffindustrie, bei der Elektrizitätswirtschaft, bei Bahn, Verkehr, bei den Monopolbetrieben, den Banken und deren Konzernbetrieben. Bereits 1959 betrug die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich rund 30 Prozent aller Dienstnehmer, der Anteil am Sozialprodukt etwa 29 Prozent, hievon 9 Prozent für den öffentlichen Dienst und 20 Prozent für die verstaatlichte Wirtschaft ohne Einschluß der Konzernbetriebe. Der Anteil an den Bruttoinvestitionen beträgt 54 Prozent ohne Konzernbetriebe. Man kann also feststellen, daß die verstaatlichte Industrie sehr wesentlich Nutznießer der Investitionsbegünstigung war, sonst wäre es ja niemals zu diesem Prozentsatz gekommen.

Der Nominalwert der Kapitalbeteiligungen des Bundes betrug 1956 rund 2,8 Milliarden Schilling, 1960 6,6 Milliarden Schilling! Am Aktienkapital — und das erscheint sehr wesentlich — der 526 Aktiengesellschaften war Ende 1960 die öffentliche Hand direkt mit 60,2 Prozent und indirekt — durch die verstaatlichten Banken — mit 11,4 Prozent beteiligt. Rund 72 Prozent, direkt und indirekt, sind somit praktisch der Verstaatlichung unterworfen, und nur der Rest ist effektive, wirkliche Privatwirtschaft. Ich bringe das deshalb in diesem Zusammenhang, weil so gesehen die Dinge wesentlich anders zu betrachten sein werden. Mit Recht hat hier einmal ein sozialistischer Abgeordneter gesagt: In keinem westlichen Land ist die Verstaatlichung so weit fortgeschritten wie in Österreich. Das ist zweifellos richtig, ja sogar im Handel, durch die werkseigenen Betriebe der verstaatlichten Industrie, im Fremdenverkehr, durch die indirekte Verstaatlichung der Hotel-Aktiengesellschaft, fin-

den wir dieselben Erscheinungen. Diese Betriebe arbeiten sehr oft mit einem verzerrten Kostengefüge, nämlich verzerrt in der Richtung, daß man nicht immer feststellen kann, ob die dort als Kosten gebuchten Beträge tatsächlich alles ausmachen. Sie weisen daher nach innen einen sehr teuren Apparat aus, nach außen aber einen scheinbar sehr billigen Apparat. Für die private Wirtschaft ergibt sich daraus daher eine sehr schwere und mit verschobener Ausgangsbasis verbundene Konkurrenzierung.

Die Gemeinwirtschaft bringt als letzten Slogan immer das Wort „Dienen statt verdienen“. Ich glaube, daß hiezu zum Beispiel die Frage der Sozialdividende keine richtige Relation darstellt, denn sie ist weder eine Dividende noch sozial, sondern sie ist, des Parteichinesischen entkleidet und ins Deutsche übersetzt, einfach der Beginn eines 15. Monatsgehaltes. So gesehen ist natürlich die Privatwirtschaft in der Hinterhand, und wir dürfen uns dann nicht wundern, wenn entsprechende Kostenerhöhungen auch auf dieser Seite eintreten werden. Man kann nun sagen, daß man die Leistung pragmatisieren will; aber ich frage dagegen: Woher werden wir dann Steuern einnehmen? Was bleibt dem Volk als Eigentümer bei diesen Betrieben? Woher soll dann neues Kapital gebildet werden? Wenn die Steuern aus der Privatwirtschaft zur Verfütterung an die Verstaatlichte verwendet werden, dann wird damit eine schwere Konkurrenzierung der Privatwirtschaft ausgelöst, die natürlich ihre Konsequenzen eindeutig ausweist. Auch die Privatwirtschaft arbeitet sehr oft mit gebundenen Preisen, mit gestoppten Preisen — denken Sie nur an einen erheblichen Teil der Lebensmittelwirtschaft, aber auch an andere Relationen —; dennoch muß die Privatwirtschaft Erträge ausweisen, weil ja die Inhaber von diesen Betrieben leben müssen, und sie müssen daher auch eine Steuerleistung erbringen.

Der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann hat erklärt, daß er daran denke, die Gemeinwirtschaft, also die verstaatlichte Wirtschaft, auch auf die Finalindustrien auszudehnen, weil sich dort im Auslandsgeschäft gewisse Verdienstmöglichkeiten ergeben. Nun möchte ich eine sehr wesentliche Frage an die sozialistischen Koalitionsfreunde richten, und ich möchte das deshalb wie folgt formulieren, damit Sie nicht glauben, daß das irgendeine Polemik beinhaltet. Ich möchte nur eine ganz konkrete Frage im Anschluß an die sich von der Rede meines sehr verehrten Herrn Vordredners, die sehr vom Willen zur Zusammenarbeit und vom Begriff der Zusammenarbeit getragen war, unterscheidenden Ausführungen, die der Herr Kollege Eibegger vor einigen

Mitterer

Tagen in diesem Hause von sich gegeben hat, stellen.

Nehmen wir nun an, es würde gelingen, daß Sie eines Tages die von ihm gewünschte Mehrheit bekämen, dann ergibt sich doch ganz konsequent die Frage: Wo in der ganzen Welt gibt es einen Staat mit fast totaler Gemeinwirtschaft nach sozialistischem Muster und Wunsch, bei dem die Privatwirtschaft nur mehr auf die Kleinstbetriebe beschränkt ist, der nicht zwangsläufig in der Volksdemokratie endet? Das ist die entscheidende Frage! (*Lebhafter Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Rosa Jochmann: Hören Sie auf damit!*) Denn wenn alle großen und interessanten Betriebe in die Gemeinwirtschaft eingegangen sind (*Abg. Rosa Jochmann: Das glaubt Ihnen keiner mehr!*), dann bleibt für die Privatwirtschaft nur ein ganz kleiner Rest. Leider Gottes ist das nicht eine Erfindung von mir. Auch in Ihren eigenen Enunziationen, sogar in Ihrem neuen Parteiprogramm haben Sie geschrieben, daß die großen Betriebe der Gemeinwirtschaft angegliedert werden sollen (*Abg. Holoubek: Wo steht das? — Abg. Rosa Jochmann: Das zeigen Sie mir!*) und daß nur die Betriebe mit kleinerem Umfang in der Privatwirtschaft verbleiben sollen. (*Abg. Rosa Jochmann: Das glauben Sie selber nicht! — Abg. Holoubek: Wo steht das, Herr Kollege?*) Das ist leider eine Tatsache, meine Damen und Herren! Ich habe dieses Programm nicht zu verantworten, Sie haben es selber aufgelegt, und schon Ihre Nervosität zeigt ja, wie sehr Sie eine solche Frage trifft. (*Abg. Dr. Migsch: Lesen Sie es, bevor Sie darüber reden!*)

Wo an Stelle von tausenden Kleinbetrieben und Mittelbetrieben einige monopolartige verstaatlichte Großbetriebe vorhanden sind, dort ist die Freiheit verloren (*Abg. Dr. Migsch: Eiferer!*); wir haben das in anderen Staaten schon zu wiederholten Malen feststellen können. (*Abg. Konir: Zum Beispiel in Amerika!*) Dort steht dann nicht, wie sich der Herr Abgeordnete Moser ausgedrückt hat, im Mittelpunkt der Mensch, sondern dann stehen im Mittelpunkt die Bürokratie und der Terror des Konsumenten. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Rosa Rück: Bei Ihnen steht im Mittelpunkt der Profit!*)

Der Herr Kollege Eibegger hat hier gesagt, daß wir von der Österreichischen Volkspartei alle Sozialisten mehr oder weniger für eine Art Kommunisten halten. Das ist nicht wahr, auch das möchte ich hier deponieren, das ist unrichtig, das ist falsch. (*Abg. Dr. Migsch: Danke schön!*) Aber wenn sie einmal in diesem Staate die erträumte Macht bekämen, dann würden sie von ihrer eigenen Entwicklung überrollt werden, und diese könnten Sie dann

nicht mehr aufhalten, so wie der Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr loswurde. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Holoubek: Nur keine Sorge! — Abg. Rosa Jochmann: Lassen Sie das unsere Sorge sein! — Abg. Flöttl: Denken Sie an den Oktober 1950! Damals haben die Sozialisten die Demokratie verteidigt!*)

Sie haben sich ja immer einen Grundsatz zu eigen gemacht: Wenn wir gewinnen, dann sind wir die Sieger, und wenn wir verlieren, dann sind wir die Brüder! Nach diesem Grundsatz haben Sie gehandelt. Wenn Sie noch glauben sollten, daß das nicht richtig ist, dann hätte ich Ihnen, Herr Kollege Kostroun, gewünscht, daß Sie die Äußerungen des Herrn Dr. Auracher von der Arbeiterkammer vor zwei Tagen bei einer Besprechung mit dem Herrn Justizminister gehört hätten. Ich muß Ihnen sagen: Das waren Urtöne schon sehr kommunistischer Art und haben mit etwas anderem nichts mehr zu tun. (*Abg. Rosa Jochmann: Das, was Sie sagen, sind Urtöne!*)

Den Staat als Marktregelungsfaktor betonen und bejahen wir, aber nicht als ein superstaatskapitalistisches Unternehmen, das den Menschen verstaatlicht und dann sagt: Wir wollen einen verstaatlichten Menschen. (*Abg. Rosa Jochmann: Das sind Urtöne! Bei Ihnen jedesmal!*)

Meine Damen und Herren! Sie haben selber in Ihrer Zeitung — ich weiß nicht, ob Sie sie heute so wie seinerzeit bei einer Diskussion mit Herrn Kollegen Prinke als nicht Ihr Blatt bezeichnen —, in der „Arbeiter-Zeitung“, ein solches Exempel praktiziert, und zwar haben Sie in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. Oktober 1961 auf Seite 3 unter dem Titel „Wer ist ein Kapitalist?“ geradezu ein Kabinettstück vorexerziert, das deshalb mit unserer Frage sehr zusammenhängt, weil es auf die Frage der Privatwirtschaft, des Privatbesitzes und seiner Bekämpfung sehr eingeht.

Es handelt sich hier darum, daß am Ufer des sogenannten Donau-Oder-Kanals kleine Badehütten und kleine Strandbesitze entstanden sind. In einem vorhergehenden Artikel wurde dagegen polemisiert. Daraufhin hat sich ein Eigentümer einer solchen Strandhütte, der Mitglied Ihrer Partei ist, dagegen zum Wort gemeldet, und darüber wird nun in dem Artikel geschrieben. Es steht hier erstens einmal: „Kapitalismus ist kein Schimpfwort“. Für uns ist das nichts Neues, für Sie aber offenbar ja.

Sie schreiben hier dann einen Satz, und den sollte man sich doch sehr gut merken: „Geldgier bringt Segen und Fluch.“ Ich

Mitterer

höre das zum erstenmal von Ihrer Seite, aber Sie müssen es ja besser wissen. Aber wenn hier steht — ich lese das jetzt deshalb vor, damit Sie nicht sagen, ich hätte das irgendwie anders gebracht —: „Eine weise Gesellschaftsordnung wird sowohl die sozialen wie auch die egoistischeren Antriebe des Menschen“ entsprechend lenken müssen, dann muß ich sagen: Wohl Ihnen, wenn Sie solche Weise haben! Bis jetzt haben wir davon allerdings nichts bemerkt. (Abg. Dr. Migsch: Sie merken ja gar nichts! Sie merken ja überhaupt nichts! Sie leben ja auf dem Mond!)

Was nun weiter hier steht, ist sehr interessant, und ich würde alle Damen und Herren aus Ihrer Partei, die Badehütten und dergleichen besitzen, fragen, ob sie das auch jetzt schon tun, denn es gibt ja außerhalb des Donau-Oder-Kanals schon andere solche Besitzungen. Es heißt nämlich in diesem Artikel: „Freilich, Sozialismus am Donau-Oder-Kanal wäre anders. Er würde ungefähr so aussehen: Ein gepflegtes Parkufer für Ausflügler und Wildbadende, öffentliche Parkplätze, ein Strandbad mit Eintrittsgeld,“ — hoffentlich nicht von der Gemeinde Wien, sonst würden die Preise erhöht, wie Sie es jetzt tun — „am Wochenende eine gute Autobusverbindung, auf einem Teil des Ufers moderne Strandhäuser, die aber nur tage-, wochen- oder auch saisonweise vermietet werden — so daß viel mehr Leute in den Genuß einiger Erholungstage ... kommen könnten.“ (Abg. Holoubek: Was ist da schlecht daran?)

Ich glaube, sehr viele Ihrer Mitglieder wären nicht bereit, ihre wohl erworbenen Wochenendhäuser in den Badeanlagen abzugeben und jedes Jahr jemand anderen dort einziehen zu lassen. Es sind ja einige Prominente unter ihnen, ich habe aber noch nie gehört, daß sie das tun. (Abg. Rosa Jochmann: Davon ist keine Rede! Davon reden ja nur Sie!) Das steht ja hier wortwörtlich: Das wäre die sozialistische Ordnung. (Abg. Rosa Jochmann: In der Zukunft wird manches anders sein! — Abg. Holoubek: Was ist denn schlecht daran? — Abg. Kunst: Ist der Vorschlag schlecht?)

In dem Artikel heißt es am Schluß: „Wir können also unseren Briefschreiber beruhigen: Er ist kein Kapitalist. Das hat aber gar nichts mit der Frage zu tun, ob die Verbauung und Vergebung des Erholungsraumes am Rande von Wien nach kapitalistischen Methoden erfolgt — oder nach besseren.“ Der Briefschreiber ist offenbar der Auffassung, daß seine Art, selbst dieses Häuschen zu besitzen, die bessere Auffassung sei, und ich glaube nicht, daß er sich Ihrer Auffassung anschließen wird. (Abg. Rosa Jochmann: Stellen Sie

sich vor: Das gibt es in Amerika auch!) Das weiß ich, gnädige Frau, aber trotzdem kann man nicht sagen: das ist kapitalistisch oder nicht kapitalistisch. Das ist mir vollkommen bekannt. (Abg. Rosa Jochmann: Wunder schön ist das sogar!) Ich kenne es ganz genau. Die Theorie ist ja sehr schön, aber da man genau weiß, daß das praktisch nie durchführbar sein wird, ohne in jene Richtung abzukommen, die Sie selbst nicht haben wollen, wie Sie behaupten, so sollten wir doch erkennen (Abg. Dr. Migsch: Der Mann hat keine Ahnung, was in der Welt vor sich geht!), daß die gemeinwirtschaftliche Entwicklung Österreichs nicht dazu führen darf — wie wir es etwa bei der Tagung der Gemeinwirtschaft erlebt haben —, daß kommunistische Delegationen en masse hier sitzen, noch dazu auf unsere Kosten, weil das nämlich als Regie bei den Staatsbetrieben abgebucht wurde, während sich der Westen völlig davon distanziert hat. Das war bezeichnend genug. Diese Tagung hat über 1 Million Schilling gekostet, die damit praktisch den Betrieben entzogen worden sind. (Abg. Dr. Migsch: Reden Sie über die ÖVP-Mandatäre, die an den Kohlegeschäften der Kommunisten beteiligt sind! Reden Sie darüber!)

Die Privatwirtschaft mit tausenden Betrieben, die selbstverantwortlich und initiativ arbeiten, ist zweifellos der Garant einer Freiheit, wie wir sie uns alle zusammen nur wünschen können. Der Herr Kollege Kostroun hat ja schon darauf hingewiesen — und ich bin ganz seiner Auffassung —, daß es richtig ist, wenn wir diesen kleinen privatwirtschaftlichen Betrieben eine entsprechende Würdigung angedeihen lassen, denn sie sind letzten Endes jene, die am Schlusse immer wieder eingesprungen sind, wenn es zu Notzeiten gekommen ist.

Bei dauernd steigenden Kosten die Preise zu senken — dieses Verlangen ist eine Illusion. Wir haben die 45 Stunden-Woche und ihre Folgen zu überwinden. (Ruf bei der SPÖ: In Amerika arbeiten sie 35 Stunden!) Wir haben bei der „zementierten“ Vollbeschäftigung einen Leistungsrückgang. Wir haben eine Produktivitätssteigerung, die dieser Kostenentwicklung nicht mehr folgen konnte. Daher sind zwar die Eingänge bei der Umsatzsteuer und bei der Lohnsteuer gestiegen, weil ein größeres Lohnvolumen zur Auszahlung gelangt, aber die Einkommen und damit die Einkommensteuer der Betriebe sind zurückgegangen. Das ist eine Entwicklung, die Sie heute in ganz Österreich — Herr Kollege Kostroun hat darauf hingewiesen — selbst überprüfen können.

Es gibt ständig Kostensteigerungen. Wir haben doch heute wieder gehört, daß man mut-

Mitterer

willig Beträge hinauswirft für eine Propaganda, für eine Institution, die sowieso besteht, der man sich ja nicht entziehen kann. Was hier zu lesen steht, sind keine Autobusverbindungen, sondern Einrichtungen eines Monopolbetriebes, für die es praktisch keiner Propaganda bedürfte, denn ich glaube nicht, daß es eine private Briefträgervereinigung gibt. (*Abg. Rosa Jochmann: Es gibt außerhalb Österreichs auch so etwas! — Ruf bei der SPÖ: Was für eine Propaganda macht der Mautner Markhof?*)

Die Erhöhungen der Löhne, der Tarife, die Freizeitentwicklung, die Abgabenerhöhungen, sie alle haben dazu geführt — erst kürzlich erfolgte eine 9prozentige Erhöhung im Bereiche des Handels —, daß die Kosten pausenlos gestiegen sind. Es gibt sicherlich überall gut Verdienende; Herr Kollege Kostroun hat mit Recht darauf hingewiesen. Aber das ist für uns keine Basis, darüber zu diskutieren, denn die gibt es bei allen, meine Damen und Herren! Ein Generaldirektor in den großen verstaatlichten Betrieben hat heute auch ein Einkommen, das sich ein mittlerer Betrieb nicht träumen läßt. Wir können aber deswegen nicht sagen: Wir reden nicht über Lohnfragen, weil der Herr Soundso viel verdient. Wenn es mehrere andere private Betriebe gibt, die heute auch noch sehr gut abschneiden, so bildet das doch keine Basis, keinen Vergleich und läßt keine Schlußfolgerungen zu auf die Einkommensverhältnisse in der breiten Masse unserer Betriebe. Ihr eigener Parteifreund hat darauf hingewiesen, wie es dort wirklich aussieht, wie die Verhältnisse wirklich sind.

Nun hat man einen Entwurf für ein Preisüberwachungsgesetz vorgelegt, der nicht darauf Rücksicht nimmt, daß es noch nie, nicht einmal in Rußland mit allen Diktatur- und Terrormaßnahmen, und auch nicht in der nationalsozialistischen Ära gelungen ist, den Grauen und Schwarzen Markt zu verhindern, wenn man ökonomische Grundgesetze auf den Kopf stellt. Das ist also keine Frage von Kapitalisten oder Nichtkapitalisten, sondern das sind ökonomische Grundgesetze, die selbst in diesen Ländern nicht verachtet werden können. Weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer haben etwas zu verschenken, und mit der Polizei wird man ökonomischer Entwicklungen nicht Herr werden.

Es ist zum Beispiel doch auch der Nachtstrom — ich kritisiere das nicht, ich gebe es nur als Beispiel an — billiger als der Tagstrom, obwohl die Erzeugungskosten bei beiden völlig gleich sind. Es sind ökonomische Überlegungen, die jedes Elektrizitätswerk, ob es nun privat oder gemeinwirtschaftlich geführt

wird, dazu zwingen, entsprechende Preisunterschiede zu machen. Herr Abgeordneter Winkler hat hier im Hause selbst gesagt: Die Preise macht der Markt. Offenbar dämmert es doch auch dort auf, daß man die ökonomischen Grundgesetze nicht auf den Kopf stellen kann.

Zur Marktentlastung, zur Entlastung des Preisauftriebes gibt es bewährte klassische Methoden. Ein Herr hat damals den Zwischenruf gemacht: „Ich weiß, die Umsatzsteuer-rückvergütung!“ (*Zwischenruf bei der SPÖ: Senkung der übertriebenen Zwischenhandlungs-spannen!*) Das hat damit überhaupt nichts zu tun, sondern es gibt jene klassischen Methoden zur Bekämpfung des Preisauftriebes, die heute in der Wissenschaft, in der Nationalökonomie, eindeutig feststehen, und es hat keinen Sinn, weiter darüber zu diskutieren. Das sind: Herabsetzung der Einfuhrspesen, das heißt der Zölle, Liberalisierung der Einfuhren und entsprechende Liberalisierung des Arbeitsmarktes. (*Abg. Dr. Migsch: Dagegen wehrt ihr euch ja!*) Das kann man aber nur in einem Akt durchführen. Man kann nicht auf der einen Seite die Liberalisierung des Arbeitsmarktes auf den Nimmerleinstag vertagen und auf der anderen Seite die anderen Maßnahmen setzen (*Beifall bei der ÖVP*), das muß in einem Akt erfolgen.

Wir können nicht, so wie es in den Diktaturstaaten einmal üblich war und heute im Osten auch noch üblich ist, die Kaufkraft nach Diktaturmethoden abschöpfen. Daher müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß laut Angaben der Statistik, die man auch dann gelten lassen muß, wenn sie einmal gegen das eigene Konzept sprechen, die Masseneinkommen dauernd gestiegen sind, die Gütermenge aber mangels einer in gleicher Weise steigenden Produktivität nicht. Daß die Löhne im letzten Jahr eine Erhöhung um rund 11 Prozent und die Preise um rund 5 Prozent erfahren haben, wie aus den „Statistischen Nachrichten“ und aus den Erhebungen hervorgeht, ist also keine bloße Behauptung, die ich hier aufstelle. (*Ruf bei der SPÖ: Trotzdem sind die Löhne noch weit zurück!*) Wir reden nicht von der Höhe der Löhne, weil wir auch nicht von der Höhe der Preise reden. Es gibt eine Reihe von Preisen, die noch nicht den Weltmarktpreis erreicht haben, und es gibt Löhne, die noch nicht den Weltmarktlohn erreicht haben. Aber man kann nicht abstreiten, daß die Relation 5 : 11 steht, wie Sie es selber in den „Statistischen Nachrichten“ nachlesen können.

Es gibt natürlich überall schwarze Schafe. Es gibt Arbeitnehmer, die schwarz arbeiten, und es gibt Arbeitgeber, die Dinge machen, die nicht gemacht werden sollen. Aber das kann kein Maßstab sein für die Beurteilung

Mitterer

der gesamten Wirtschaft. Wenn Sie nun in diesem Gesetzentwurf wieder die Hexenverbrennung und den Pranger einführen wollen, dann muß ich sagen: Diese Zeit ist Gott sei Dank vorüber. Wenn Sie glauben, daß Sie dadurch das Wachstum gleichmäßig fördern werden — wie es in der Legende zu diesem Gesetz heißt —, dann wird Ihnen jeder Volkswirt sagen, daß das blühender Unsinn ist. (*Abg. Horr: Prinke, heute ist der 6. Dezember, der Krampus kommt!*)

Es ist immer wieder von „kostendeckenden Preisen“ gesprochen worden. Ich möchte dazu eine Feststellung treffen: Dieser von Ihnen als etwas besonders Schönes erfundene kostendeckende Preis ist in vielen Fällen ein blühender Unsinn, wenn Sie ihn als Basis für Preisüberlegungen nehmen, denn es gibt Kosten, die nachweisbar sind und die in das Kostengefüge eingehen — man kann nur über eines streiten: ob sie auch notwendig sind. Es gibt Elektrizitätswerke, die ein Hotel führen, es gibt privatwirtschaftliche Betriebe, die Dinge machen, die nichts mit den direkten Kosten zu tun haben, und sie werden dennoch als Kosten gerechnet. Man kann daher speziell bei Monopolbetrieben den kostendeckenden Preis nicht a priori als richtig anerkennen, sondern man muß erst prüfen, ob diese Kosten auch gerechtfertigt sind. Sehr oft sind sie es nicht, und daher ist die Anwendung von kostendeckenden Preisen nur beschränkt gerechtfertigt. (*Zwischenruf bei der SPÖ: Siehe die verstaatlichten Betriebe!*) Die verstaatlichten Betriebe, natürlich! Es ist die Frage, ob das, was hier an Aufwand getrieben wird, notwendig ist. Das sind zwar Kosten, aber ob sie notwendig sind, darüber ist in diesem Hause schon sehr viel diskutiert worden.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie in dem Gesetzentwurf den Schleuderer als das Wirtschaftsidol des 20. Jahrhunderts hinstellen, jeden, der den Preis unterbietet, auch wenn er schleudert und sein eigenes Kostengefüge unterbietet, dann können wir uns allerdings nicht finden. Wir werden uns finden, wenn Vorschläge gemacht werden, um das zu erreichen, was wir beide wünschen, nämlich eine Beruhigung auf dem Lohn- und Preissektor, aber nicht auf einem Sektor allein.

Das bestehende Preistreibergesetz bietet genügend Handhaben, es ist ja da, es muß nicht erst geschaffen werden. Es wird aber deshalb sehr wenig angewendet, weil es sehr wenige Anzeigen gibt, weil sich die Behauptungen, die dauernd aufgestellt werden, daß die Preise immerfort überzogen werden, offenbar als Hypothesen und nicht als beweiskräftige Argumente entpuppen. Andernfalls müßten wesentlich mehr Anzeigen erstattet werden.

Es gibt dafür ein sehr typisches Beispiel: Der Herr Bundesminister für Inneres hat 450 Fleischhauereibetriebe überprüfen lassen, und er hat einen einzigen Preisanstand feststellen können — bei der WIFLAG, die eine gemeinwirtschaftliche Unternehmung ist. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Thema zu sprechen kommen, das uns alle — das ist absolut nicht polemisch — sehr interessieren sollte. Es ist die Frage einer besseren Käuferdisziplin — im Zusammenhang damit werde ich dann auf die Konsumentenberatung zu sprechen kommen —, die sich auch darin auswirken müßte, daß die Käufer nicht im Februar Tomaten, im Dezember Salat und im Mai Kirschen essen, dafür aber die Produkte, wenn sie wirklich qualitativ hochwertig und billig sind, in den Mistkorb werfen. Wir sollten in der Konsumenteninformation noch mehr als bisher den Käufer darauf aufmerksam machen, daß er marktkonform einkaufen müsse, daß er bestimmte Produkte nicht immer dann verlangen soll, wenn sie nach dem eisernen Gesetz des Wachstums und der klimatischen Verhältnisse besonders teuer sind.

Ich weiß, daß die Konsumentenberatung hüben und drüben einer herben Kritik unterzogen wird. Beide Exponenten dieser Konsumentenberatung — sowohl Frau Abgeordnete Weber als auch ich — haben sicherlich keinen leichten Stand. Aber ich glaube, es war richtig, daß sich alle zusammengefunden haben, um sicherzustellen, daß eine echte, neutrale und wirklich objektive Konsumentenberatung, wie sie heute in der ganzen Welt Geltung hat, auch bei uns Einzug hält. Der Grundsatz: objektiv, neutral und fachlich mit keinerlei Diskriminierung, die gegenseitige Aussprache des Konsumenten mit der Erzeugung und mit dem Handel, das ist es, was alle in diesem Lande zweifellos begrüßen. Es ist gewiß nicht leicht, für manche Artikel eine Konsumentenberatung durchzuführen, weil die Fragestellung oft sehr verschieden ist, wie dies erst jüngst ein Referent aus Deutschland in der Konsumentenberatungswoche zum Ausdruck gebracht hat.

Wir sollten doch etwas mehr als bisher versuchen, den Ursachen auf den Grund zu gehen und nicht nur immer die Folgen dieser oder jener Dinge zu bekämpfen. Wir haben Preissteigerungen in der ganzen Welt erlebt, und es ist unsere Aufgabe, sie in möglichst niedrigen Grenzen zu halten, wie es auch unsere Aufgabe sein wird, jene Gruppen, die sich noch nicht in der Konjunktursonne wärmen können, entsprechend nachzuziehen.

Mitterer

Das darf aber nicht so erfolgen, daß gerade von jenen Gruppen, die an sich gar nicht schlechtgestellt sind, immer wieder Forderungen gestellt werden, die von den anderen erst nachgezogen werden. Wir haben eine ganze Reihe solcher Fälle erlebt, und ich bin der Ansicht, daß hier die Wurzel der Schwierigkeiten liegt. Wenn wir nur jene Gruppen echt nachziehen, die es wirklich notwendig haben, dann werden wir zweifellos leichter zu einer Regelung kommen.

Und nun zu dem Zwiegespräch, das der Herr Abgeordnete Winkler damals in der Debatte mit mir geführt hat. Er hat mich ununterbrochen apostrophiert und hat gefragt: Wie vereinbaren sich diese Theorien, die Sie vertreten, mit den Maßnahmen, die für die Bauern getroffen werden? Erstens möchte ich sagen: Wir vertreten nicht den schrankenlosen Manchester-Liberalismus, sondern wir vertreten die soziale Marktwirtschaft. Das ist zweifellos etwas ganz anderes, und wir sollten einmal davon abgehen, a priori gegen irgendeine neue Entwicklung Stellung zu nehmen, nur weil es nicht die geliebte Planwirtschaft ist. Meine Damen und Herren! Den Aufstieg aller in der deutschen Bundesrepublik verdankt dieses Land nicht planwirtschaftlichen Maßnahmen, sondern dem sozialen marktwirtschaftlichen Konzept. Natürlich hat das auch Schattenseiten wie jedes System, selbstverständlich! Aber wir können wohl sagen: Der Erfolg für den arbeitenden Menschen ist auch dort wesentlich besser gewesen als in den Diktaturstaaten des Ostens, die alles planwirtschaftlich regeln.

Er hat weiter gefragt: Warum vertreten wir diese Grundsätze nicht auch für die Landwirtschaft? Ich darf darauf sagen: Erstens läßt sich die Sonne und die Bodenbeschaffenheit nicht liberalisieren, zweitens haben die Tiere noch nicht die Fünftageweche eingeführt, und der Bauer hat es heute äußerst schwer, sich den Gegebenheiten der modernen Marktwirtschaft anzupassen. Und noch etwas, meine Damen und Herren! Wenn eines Tages hier in diesem Lande die Sturmglocken wieder läuten sollten, dann erwarten und verlangen wir vom Bauern das Brot, und daher müssen wir ihm auch das Lebensrecht sichern! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Hillegeist**: Ich muß leider den Herrn Redner wegen der bevorstehenden Abstimmung unterbrechen, außer er wäre in der Lage, seine Rede innerhalb ganz kurzer Zeit zu beenden.

Die Debatte ist also zunächst unterbrochen. Wir kommen nun zur Abstimmung über die bisher behandelten Gruppen und die hiezu eingebrachten Entschließungsanträge,

soweit über diese nicht bereits das letzte Mal abgestimmt wurde. Es ist daher heute über die Gruppen III, IV, VII, VIII und XII abzustimmen.

Ich lasse zuerst über die Gruppe III abstimmen. Diese umfaßt das Kapitel 8: Äußeres.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — *(Abg. Doktor Hurdes: Gibt es hier keine Berichterstatter?)* Ich danke. Dies ist die Mehrheit. Angenommen.

Zu dieser Gruppe liegen keine Entschließungsanträge vor.

Die Herren Spezialberichterstatter werden gebeten, bei den sie betreffenden Kapiteln ihre Plätze einzunehmen. *(Abg. Zeillinger: Auch die Regierung!)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Gruppe IV. Diese umfaßt Kapitel 9: Inneres.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Mehrheit. Angenommen.

Auch zu dieser Gruppe liegen keine Entschließungsanträge vor.

Ich reagiere auf den Zwischenruf, der soeben gefallen ist, und darf den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Vizeminister und den Herrn Bundesminister für Inneres entschuldigen. Sie haben ihr Fernbleiben ausdrücklich erbeten, weil sie augenblicklich mit einer dringenden Beschäftigung belastet sind und daher nicht hieherkommen können. Die Regierung ist vertreten. *(Präsident Hillegeist weist auf den Bundesminister für Justiz Dr. Broda, der auf der Regierungsbank Platz genommen hat.)*

Sodann wird den Gruppen

VII: Kapitel 15: Soziale Verwaltung, und Kapitel 28 Titel 9: Bundesapotheken,

VIII: Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28 Titel 3: Österreichische Bundesforste, sowie

XII: Kapitel 23: Landesverteidigung, in der beantragten Fassung — unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen zu den Gruppen VII und VIII — mit Mehrheit die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Der gemeinsame Entschließungsantrag der Abgeordneten **Hillegeist, Vollmann und Dr. Kandutsch** zu Gruppe VII (S. 3525) wird einstimmig angenommen.

Präsident **Hillegeist**: Wir setzen die unterbrochene Debatte fort.

Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Mitterer, dessen Rede ich vorhin unterbrechen mußte.

Abgeordneter **Mitterer** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Es ist bekannt, daß auch die landwirtschaftlichen Produkte in der ganzen Welt eine Sonderstellung genießen. Es wird Ihnen ebenso bekannt sein, daß zum Beispiel in Amerika gestützte landwirtschaftliche Preise in Form der Abnahmeverpflichtung und eines bestimmten Abnahmepreises bestehen. Ich glaube daher, daß man nicht davon sprechen kann, daß die Exporte aus den großen Überschußländern zum Normalpreis erfolgen, sondern hier handelt es sich um Exporte zu manipulierten Preisen, die daher auch nicht ein Maßstab für die eigenen landwirtschaftlichen Preise sein können.

Sicherlich gibt es auch in der Landwirtschaft Ungereimtheiten, wie wir sie ja in der ganzen Volkswirtschaft in Österreich heute finden. Solange es aber politische Preise gibt und „zementierte“ Subventionen, wird es sehr schwierig sein, zu echten Lösungen zu kommen. Sie wissen, daß es nahezu unmöglich ist, den Milchpreis zu ändern, und sei es nur um 10 oder 20 Groschen, daß aber bei anderen Tarifregelungen, die zum Beispiel in Wien erfolgt sind, Beträge, die wesentlich höher sind, keine solche politische Diskussion ausgelöst haben. Wenn also solche Kompromisse immer getroffen werden müssen, dann werden sie sicherlich nicht alle befriedigen, und es ist eine Folge des überspitzten Wohlfahrtsstaates, daß er auch den Besitzenden in den Genuß von irgendwelchen Wohlfahrtsaktionen bringt, die dieser eigentlich gar nicht brauchen würde. Der Herr Abgeordnete Kulhanek hat das sehr gut in die Worte gekleidet, daß man zuerst die Existenz des wirtschaftlich selbständigen Menschen gefährdet, um ihn nachher umso liebevoller zu betreuen. Der Wohlfahrtsstaat für Bedürftige findet unsere volle Billigung; aber mehr Eigenleistung für jene, die diese Wohlfahrt nicht brauchen! Das wäre zweifellos ein probater Vorschlag, um in dem Budget echte Umschichtungen vorzunehmen.

Hierher gehört zum Beispiel die Frage der Dotierung der Forschung. Es ist bekannt, daß für die Forschung statt bisher rund 3½ Millionen jetzt 3,2 Millionen Schilling eingesetzt sind, ein Betrag, der nicht einmal ausreicht, um für die notwendigsten Dinge vorzusorgen. Hier müßte eine Änderung eintreten. Für die Forschung sind 0,6 Prozent des Budgets eingesetzt, also ein lächerlicher Betrag. Wir müssen erkennen, daß es ohne

Forschung keine fortschrittliche Wirtschaft geben kann und daß daher alle, gleichgültig in welchem Lager sie stehen mögen, an der Forschung besonders interessiert sein müßten.

Nun zu einer anderen Frage, die erst jetzt in die Verhandlung gezogen wird und für die schon eine Reihe von Vorbesprechungen stattgefunden hat: die Kartellgesetznovelle, an die man so große Hoffnungen knüpft. Es gibt überhaupt nur 67 Kartelle, davon 23 Preiskartelle, und davon wieder nur 12 Preiskartelle, die für den Konsumenten überhaupt in Erscheinung treten. Der Rest betrifft Investitionsgüter und jene Güter, die nicht direkt an den Konsumenten gelangen. Der Anteil der Inlandware am Preiskartell beträgt 4,1 Prozent, der von Investitionsgütern 3,5 Prozent. Es ist nachgewiesen, daß der Preisanstieg bei kartellierten Waren weniger rasch erfolgte als bei anderen Waren, weil der Marktmechanismus hier nicht voll zum Tragen kommen kann und erst ein sehr kompliziertes Bewilligungsverfahren einsetzen muß. Es ist also nicht so, daß alles das, was im Kartell geschieht, schlecht ist, wie auch sicher am Kartell nicht alles gut ist. Wir sollen uns daher zu dem Begriff des Mißbrauchsprinzips und nicht des Verbotsprinzips durchringen, weil man auch hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten soll. (*Abg. Kunst: Dazu gehören aber auch die Preisabsprachen!*) Ich komme schon auf diese Frage zurück, Herr Kollege, nur keine Angst, es kommt alles!

Was nun die Preisbindung in der zweiten Hand anlangt — ich nehme an, daß Sie an diese denken —, so existiert sie auch in jenen Ländern, wo die Kartelle überhaupt nach dem Verbotsprinzip behandelt werden, und Sie wissen ganz genau, daß der kleine Betrieb ohne eine solche Preisempfehlung praktisch überhaupt nicht in die Werbung einbezogen werden könnte.

Beweis: Ein Großbetrieb, der mehrphasig geschichtet ist, kann, ohne gegen eine Kartell- oder Preisempfehlungsbestimmung zu verstoßen, für seine Produkte bis zur Endphase mit einer Preisangabe werben. Wenn aber das gleiche von einer vorgelagerten Industrie für die nachgelagerten Detailgeschäfte gemacht würde, was ja in tausenden Fällen geschieht und in einer mittelständisch organisierten Wirtschaftsform wie in Österreich ununterbrochen vorkommt, so wäre dies bereits nicht zulässig, sodaß also der Großbetrieb für den Kleinen — und so ist es doch immer — gar nicht mehr mit Preisangaben werben könnte, es sei denn mit dem Zusatz „unverbindlich empfohlen“, womit aber nicht gesagt ist, was die Ware wirklich kostet. Es wäre das wieder nur ein Schlag gegen den Kleinbetrieb,

Mitterer

der nicht selber die Werbung vornimmt, sondern der Nutznießer der Werbung der vorgelagerten Stufe ist.

Im übrigen noch eine Feststellung. Denken Sie nur an irgendeinen Artikel, wie etwa an Zahnpasta. Die Konkurrenzierung ist ja dann nicht ausgeschaltet, wenn es eine Preisempfehlung gibt, denn untereinander kämpfen diese Firmen — Sie sehen es doch an der ganzen Werbung und am Propagandaaufwand — auch mit dem Preis erbittert beim Konsumenten. Und Sie werden nicht sagen können, daß diese verschiedenen Firmen alle einen abgesprochenen Preis haben, sondern Tatsache ist, daß sie sich auch im Preis schwerstens bekämpfen. Es ist damit nicht der Preis ausgeschaltet, sondern nur ein unerträgliches Schleudern einigermaßen aufgehalten.

Ich habe schon vorhin gesagt, daß der Preisschleuderer, der dann letzten Endes in Konkurs geht und vorher schon in seiner Konkursquote den Preis mitkalkuliert, nicht das Idol unserer wirtschaftlichen Entwicklung sein kann. Wenn also Preisempfehlungen gegeben werden, die anständig und in Ordnung sind, dann weiß ich nicht, warum man sich dagegen so wehrt; es ist auch eine ausgesprochene Diskriminierung der öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung, wenn man sagt, auch sie dürfe keine Preisempfehlungen mehr geben. Im Gegenteil, das ist eine der wesentlichen Aufgaben der Betriebsberatung und der Geschäftsführungsberatung, die diese Körperschaften durchzuführen haben.

Und noch eine Feststellung erscheint mir als sehr wesentlich — Herr Kollege Kostroun hat heute bereits darauf hingewiesen. Das ist nachweisbar und nachprüfbar; ich stehe also nicht an, dafür jederzeit den Beweis anzutreten. (*Abg. Kunst: Es sind aber nicht immer Empfehlungen, sondern auch teilweise bindende Bestimmungen!*) Rund 80 Prozent der in der Sektion Handel in Wien organisierten Firmen — Sie wissen ja, daß eine Zwangsmitgliedschaft sowohl bei der Arbeiterkammer als auch bei der Wirtschaftskammer besteht — haben ein Monatseinkommen, das unter 2000 S liegt. Wenn Sie also das berücksichtigen, dann kann es nicht stimmen, daß man sagt, diese Firmen sind die Nutznießer eines überhöhten Preises, denn dann könnten sie nicht heute noch immer so lächerlich kleine Einkommen ausweisen. Wenn Sie aber — ich wiederhole, was ich eingangs gesagt habe — ein paar Großfirmen als Beispiel nehmen, dann muß man auch ein paar Großverdiener von der Arbeitnehmerseite in Gestalt von Generaldirektoren — die Ihrer als auch unserer Seite angehören — heranziehen. Das ist also kein Beweis. Der Beweis ist dadurch

erbracht, daß die überwiegende Mehrheit der in der gewerblichen Wirtschaft tätigen Firmen — ich führe hier die Wiener Sektion Handel als Beispiel an — heute noch für sich ein Einkommen annehmen darf, für das kaum ein Arbeitnehmer besserer Qualität zu finden wäre.

Die Preisempfehlungen sind also durchaus nicht das, was man immer meint. Sie ziehen durchaus keine Erhöhung nach sich. Im Gegenteil, es hat sich sehr oft und auch zum Beispiel in Deutschland, wo man ursprünglich dagegen aufgetreten ist, herausgestellt, daß jene vernünftigen Preisempfehlungen, die von der öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung gegeben wurden, viel niedrigere Allgemeinpreise nach sich gezogen haben als die Einzelkalkulationen der Firmen, gegen die man dann überhaupt nichts machen kann, wenn diese die entsprechenden Kosten nachweisen.

Auswüchse soll man da und dort beseitigen, das wird gar nicht bestritten. Aber gegen die Verdächtigung, die man immer gleich gegen den gewerblichen Mittelstand ausspricht, müssen wir uns ganz entschieden zur Wehr setzen. Der gewerbliche Mittelstand ist heute in einer Situation, wie wir sie vielleicht kaum mehr oder nur mehr in wenigen Gruppen bei den Arbeitnehmern feststellen können.

Eine Frage, die uns sehr beschäftigt und die ja hoffentlich nun auch zu einer Lösung kommen wird, ist die der Fremdarbeiter. Und zwar nicht deshalb, weil das irgendein Modeschrei ist, sondern weil alle modernen Industriestaaten Europas für sich Fremdarbeiter geworben haben, allerdings in einer Zeit, wo man auch noch genügend bekommen hat. Heute wird es, selbst wenn wir zu einer Regelung kommen, viel schwieriger sein, Fremdarbeiter noch zu bekommen, weil uns die guten Fremdarbeiter von anderen Ländern, die nicht so engstirnig waren, schon lange weggeschnappt wurden. (*Abg. Kunst: Weil sie dort besser bezahlt sind!*) Nicht, weil sie besser bezahlt sind, denn wir haben Leute gehabt, aber man durfte sie nicht hereinnehmen, weil das Bewilligungsverfahren so kompliziert war, daß bis zur Erledigung des Verfahrens der Fremdarbeiter weg war. Der Fremdarbeiter, meine Damen und Herren, richtet sich nicht nach der österreichischen Bürokratie, sondern nach seinem Wunsch, Arbeit zu finden und zu verdienen. (*Abg. Kunst: Stimmen Sie halt einem Fremdarbeitergesetz so wie in der Schweiz zu!*) Wir sind gerne bereit. (*Abg. Horr: Hören Sie auf mit den Witzen!*) Wenn Sie eine Regelung bringen, die der Schweizer Fremdarbeiterregelung entspricht, dann werden Sie uns zweifellos als Zustimmende finden. Aber das ist bisher nicht der Fall gewesen. Gerade in der Schweiz

Mitterer

gibt es eine Fremdarbeiterregelung, die durchaus erstrebenswert erscheint, weil sie die Möglichkeit bietet, bei einem Anwachsen der Arbeitslosenzahl die Fremdarbeiter sofort wieder abzuschieben. (*Abg. Horr: Schauen Sie sich das einmal an! Sie wissen doch gar nicht, wie das Schweizer Gesetz aussieht!*) Ich kenne das sehr genau, Herr Kollege, vielleicht besser als Sie, weil Sie es aus der Zeitung wissen und ich es aus den Betrieben kenne. (*Lebhafte Rufe und Gegenrufe.*) Die Schweizer Gesetze und die Schweizer Betriebe kenne ich besser als Sie, Herr Kollege! (*Erneute Zwischenrufe. — Präsident Hillegeist gibt das Glockenzeichen!*)

Was nun die Frage einer Wohlstandsmehrung, die wir uns alle immer aufs Panier schreiben wollen, anlangt, so ist eine Fremdarbeiterregelung eine der Voraussetzungen für eine Normalisierung des Arbeitsmarktes. (*Zwischenrufe.*) Ich weiß nicht, warum Sie so nervös werden, wenn man ruhig über rein sachliche Dinge diskutiert. Anscheinend paßt es Ihnen nicht, wenn man die Dinge beim Namen nennt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials hat gegenwärtig Formen erreicht, die dazu führen, daß Betriebe Auslandsaufträge nicht mehr ausführen können. Wir verzichten damit bewußt auf Exportmöglichkeiten, weil wir einfach das Arbeitspotential nicht mehr aufbringen können. Und ich glaube, daß die orthodoxe Einstellung, die bis dahin in dieser Frage geherrscht hat, nun endlich einer etwas liberaleren Lösung Platz machen sollte, denn nur dann wird das gelingen, auf was es nämlich wesentlich ankommt: nicht eine dauernde Umverteilung des Kuchens, sondern eine Vergrößerung dieses Kuchens; denn nur wenn wir zusammen mehr haben, wird es auch allen besser gehen. (*Abg. Kunst: Dann brauchen nicht hunderttausende Österreicher im Ausland zu arbeiten!*) Herr Kollege, wenn Sie der Meinung sind, daß es richtiger wäre, die Österreicher nicht mehr ins Ausland reisen zu lassen und über sie eine Sperre zu verhängen — bitte, dann tun Sie es. (*Abg. Kunst: Nicht eine Sperre! — Abg. Lackner: Wer hat von einer Sperre geredet?*) Ich glaube aber, daß das nicht der richtige Weg ist. Im Ausland zahlen sie weniger Steuer, arbeiten länger, verdienen aber mehr, meine Herrschaften, das ist der wahre Grund! (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Sie wissen ganz genau, daß es in der Schweiz keine 45 Stunden-Woche, sondern eine 48 Stunden-Woche gibt. Sie wissen ganz genau, um wieviel die Österreicher, die im Ausland im Gastgewerbe arbeiten, wöchentlich mehr leisten müssen, allerdings dann auch wesentlich mehr verdienen. (*Abg.*

Holoubek: Wie lange arbeiten sie bei uns im Gastgewerbe? — Abg. Dr. Haselwanter: In der Schweiz gibt es schon die 40 Stunden-Woche!) Ja, aber nur in Ihrer Einbildung und nur in Ihrer Phantasie, nicht in Wirklichkeit! (*Abg. Kunst: Glauben Sie, daß gastgewerbliche Arbeiter nur in die Schweiz gehen?*) Sie gehen in die Schweiz, ich habe es Ihnen bereits gesagt, weil man sie dort arbeiten und auch mehr verdienen läßt. (*Weitere Zwischenrufe. — Abg. Horr: Keine Ahnung haben Sie! — Abg. Pölzer: Es kommt der Krampus und der Nikolo, und der Wirbel ist fertig!*)

Die Ausländerbeschäftigung, die durch eine gesetzliche Maßnahme geregelt werden soll und nicht durch eine Verordnung, wenn wir es auch zwischenzeitlich auf dem Verordnungswege regeln wollen, ist eine Voraussetzung — ich wiederhole es nochmals —, um endlich auch hier eine vernünftige Lösung zu schaffen, die den inländischen Arbeitern nicht schadet, die aber die Möglichkeit gibt, unsere Produktivität und den Gesamtkuchen des volkswirtschaftlichen Ergebnisses zu erhöhen.

Und nun zu der Frage der Straßen, die heute schon von einem Herrn besprochen wurde. Ich möchte mich nicht auf die Beantwortung der Fragen, die hier gestellt wurden, einlassen, sondern nur etwas feststellen. Wenn Sie heute in andere Länder fahren, in Länder, die ebenfalls einen gebirgigen Charakter aufweisen, dann können Sie wohl feststellen, daß in Österreich weiß Gott nicht so wenig geschehen ist, wie immer gesagt wird. Der Zustand der Straßen ist zweifellos nicht ideal. Aber gemessen an dem, was wir 1945 vorgefunden haben und was in anderen Staaten, die ebenfalls solche Straßen gehabt haben, geschaffen worden ist, ist allerhand geleistet worden.

Was nun die Autobahn anlangt, so bin ich der Auffassung — sie muß nicht von allen geteilt werden —, daß es richtiger wäre, und zwar deshalb, weil es ein gesamtpolitisches und langfristiges Konzept ermöglichen würde, doch an die Einführung einer Maut zu denken, wie sie die Italiener schon seit Jahren einheben. Wenn wir hier eine solche Lösung finden würden, dann könnte auf den Normalstraßen jeder wie bisher fahren. Wenn jemand aber auf der Autobahn fahren will, dann soll er etwas dafür bezahlen. Es wäre dann zwar nicht möglich, alle Kosten hereinzubringen, es wäre aber möglich, ein langfristiges Finanzkonzept zu entwickeln, das es gestatten würde, hier auf Jahre hinaus zu planen und rascher vom Fleck zu kommen. (*Abg. Lackner: Zurück ins Mittelalter!*) Wenn die Italiener ihre Mautstraße, die modernste Straße der Welt, die Strada del Sole, nach mittelalterlichen Prinzipien bauen, dann gehen Sie ins Mittel-

Mitterer

alter! Wir gehen in die Zukunft! (*Abg. Lackner: Die Maut ist eine mittelalterliche Einrichtung!*) Nein, auch die Maut ist keine mittelalterliche Einrichtung! Ihr Pranger, den Sie in den Gesetzen haben wollen, ist mittelalterlich! Die Maut ist so gehalten, daß sie jeder, der vernünftig mit seinem Wagen kalkuliert, ohne weiteres bezahlen kann. Sie reicht dazu aus, den Zinsendienst für ein langfristiges Anleiheprojekt entsprechend zu sichern. (*Abg. Horr: Das ist wieder einmal etwas für die Reichen!*) Nun, das ist eben für die Reichen! Diejenigen, die es sich leisten können, dort zu fahren, werden eben dort fahren. Sie sind ja immer dagegen, daß es denen, die mit dem Auto fahren, so gut geht. (*Abg. Horr: Wir wollen haben, daß der, der ein kleines Auto hat, auch dort fahren kann!*) Oder wissen Sie das jetzt selber, da Sie selber so viel mit dem Auto fahren? (*Abg. Lackner: Also weg mit den Kleinen von der Autobahn!*) Ihre eigenen Leute wollen es Ihnen wahrscheinlich nicht mehr abkaufen, daß der Autobesitzer der Kapitalist ist, denn heute haben mehr Unselbständige als Selbständige Autos. (*Abg. Lackner: Es ist verboten, mit einem Volkswagen auf der Autobahn zu fahren; nur für Mercedes und amerikanische Wagen ist es gestattet!*)

Die Frage des Exportes stellen wir immer wieder an die Spitze unserer Überlegungen. Die Diskriminierung durch den EWG-Raum macht uns arge Schwierigkeiten. Sie alle wissen selbst, wenn Sie in Exportbetrieben stehen, daß die Exportbetriebe sehr schwer zu kämpfen haben, um sich auf dem Weltmarkt durchzusetzen. Die Exporthilfen anderer Länder sind sehr groß. Ich werde darauf noch zurückkommen. Und gerade in dem Augenblick, wo wir an einer Wende im gesamtwirtschaftlichen Konzept Europas stehen — wie immer diese Wende und diese Konstruktion auch heißen möge —, sollten wir etwas sparsamer mit Vorschlägen sein, die leichthin gefaßt vielleicht in einer Versammlung wirken, in ihrem Effekt aber verheerende Folgen auslösen könnten.

Es ist Ihnen heute zwar gesetzlich möglich, die Umsatzsteuerrückvergütung drastisch zu reduzieren, Sie werden aber zweifellos einen wesentlichen Umsatzrückgang im Export gerade bei lebenswichtigen Exportsparten, nämlich beim arbeitsintensiven Export, herbeiführen. (*Abg. Horr: Sie meinen die „schlecht verdienenden“ Holzhändler?*) Ich weiß, Sie sind ja nicht gegen Exportrückvergütungen bis zur Gruppe 3, denn da sind schon die verstaatlichten Unternehmungen anderer Auffassung. Nur bei der Gruppe 4, bei der es sich um Fertigwaren handelt, sind Sie erklärte Gegner, obwohl heute jedes Kind weiß, daß erstens diese Exportrückvergütungen weniger ausmachen als die

Allphasensteuer, die heute auf diesen Betrieben lastet, und daß zweitens diese Exportvergütungen überhaupt erst die Kalkulation beim Export ermöglichen. Wenn man also den Fertigwarenexport nicht reduzieren und damit nicht einen schweren volkswirtschaftlichen Schaden auslösen will, wird man diese Maßnahme sehr genau überlegen müssen, bevor man auch hier das Kind mit dem Bade ausschüttet. Denn dann geht auch die berühmte Milchmädchenrechnung nicht auf: „Das habe ich mir an Exportrückvergütungen erspart.“ Wenn die Exporte nicht mehr getätigt werden, dann hat man sich eben nichts mehr erspart. Es ist daher eine Illusion, zu glauben, daß man im Export solche Bocksprünge machen kann. (*Abg. Dr. Haselwanter: „Bock“-Sprünge!*) Sie wissen alle ganz genau, daß die Frage des Exportes eine Lebensfrage für ein Land ist, das zu mehr als 60 Prozent auslandsabhängig ist. Die Rückwirkungen haben wir in anderen Ländern ja gesehen.

Heute gibt es in Frankreich Exportsubventionen bis zu 20 Prozent, und auch andere Länder geben Exportvergütungen. Nur sind sie nicht so unpatriotisch, das an die große Glocke zu hängen und damit Anstoß für die anderen Länder zu geben, darüber immerfort zu diskutieren. Sie machen es sehr ruhig und still. Wir sehen dann nur, was auf dem Auslandsmarkt wirklich gespielt wird. Die Polemik, die gegen die heimische Wirtschaft entfaltet wird, ist unverantwortlich. Das muß ich Ihnen ganz offen sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Erst dann, wenn der Export zurückgeht, werden Sie, meine Damen und Herren, verstehen, was das bedeutet! Das bedeutet nämlich eine Reduktion des Lebensstandards für alle, nicht nur für irgendeine bevorzugte Gruppe. (*Abg. Kunst: Bei uns ist es möglich, Millionen an Exportprämien für Lieferungen einzustecken, die überhaupt nicht existieren!*) Außerdem ist diese Hilfe kein Geschenk, sondern eine Kalkulationshilfe. Ich wiederhole, daß die heute als Allphasensteuer auf jedem Produkt lastende Umsatzsteuer größer ist als die in der Gruppe 4 vergütete Exporthilfe. (*Abg. Kunst: Das ist ein Skandal mit den 40 Millionen! Das müssen Sie doch selber zugeben, daß eine Überprüfung notwendig ist!*) Ich darf Ihnen noch etwas sagen: Es hat auch andere Skandale mit 150 Millionen gegeben, auch sie prüfen wir. Das ist doch kein Beweis dafür! (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Es wird immer Einbrecher geben, deswegen können Sie nicht vor jedem einen Rollbalken herunterlassen. (*Abg. Kunst: Es gab Unternehmer, die das bezogen haben, die nicht einmal ein Büro gehabt haben!*) Wenn es da und dort eine Ungereimtheit in dieser Frage gegeben hat, meine Herrschaften, dann

3666

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Mitterer

kann man der Sache ohne weiteres nachgehen. Hier hat das Gericht zu entscheiden, nicht irgendeine Polemik. Aber man kann doch die Tatsache, daß es da und dort eine Durchstecherei gab, nicht zum Anlaß nehmen, gegen die ganze Einrichtung zu polemisieren. Meine Herrschaften! So gesehen dürfen Sie überhaupt kein Gesetz mehr beschließen. Denn es gibt kein Gesetz, das nicht von irgendeinem Rechtsbrecher schon durchbrochen wurde. Das ist keine Polemik seriöser Art, das ist nur so in die Versammlungen hinausgesprochen.

Wenn es Durchstechereien gegeben hat — und diese wird es immer geben, überall, auf allen Sektoren in der ganzen Welt —, hat man sie energisch zu bestrafen. Dafür treten wir ein. Wir stellen uns vor keinen solchen Blitzer. Daß man aber deshalb diese gute Sache ablehnt, ist doch ein bißchen zuviel. *(Abg. Dr. Haselwanter: Bei Polcar hat es lange genug gedauert! — Abg. Kostroun: Herr Abgeordneter! Wir lehnen die Exportrückvergütungen in keiner Weise ab, wir verlangen nur die Überprüfung! Wo sie gerechtfertigt sind, da sollen sie weiterhin bestehen!)* Ich muß sagen, Herr Kollege, ich danke Ihnen sehr für diese Erklärung. Diese Erklärung werden wir uns sehr gut merken. Hoffentlich sind auch Ihre Kollegen dieser Auffassung. *(Abg. Holoubek: Freilich!)* Das ist also eine wunderbare Formulierung. Gegen die Überprüfung ist gar nichts zu sagen. *(Abg. Lackner: Gegen diese Kontrolle nehmt ihr ja Stellung!)* Aber nur eines, meine Herrschaften: Wenn aus dieser Überprüfung eine Abstellung der Gruppe 4 wird und nur mehr die Rohstoffe und Halbfabrikate subventioniert werden, dann werden wir uns dagegen zur Wehr setzen.

In diesem Zusammenhang darf ich auf ein Thema zurückkommen, das der Herr Kollege Kostroun ebenfalls erwähnt hat: die Frage der Kredite, der Wirtschaftsförderung und auch der ERP-Kredite. Es ist klar, daß bei der Diskussion über Kleinbetriebe immer wieder die Frage der Kredite angeschnitten wird. Erst jüngst hat in Amerika bei einer Diskussion ein Referent auf die Frage: *What is small business?* — Was ist ein Kleinbetrieb? — geantwortet: Das ist jener Betrieb, der bei einer Bank keinen Kredit bekommt. Man ist fast wirklich dazu verleitet, so zu formulieren. Für diese Betriebe müssen wir eine Ausdehnung des Kreditvolumens zu erreichen versuchen.

Es ist sehr bedauerlich, daß infolge einer sehr harten Besteuerung dem Mittel- und Kleinbetrieb eine Kapitalbildung aus eigener Kraft kaum möglich ist, obwohl er auch

heute noch das Rückgrat der gesamten Wirtschaftsordnung Österreichs darstellt und obwohl es bei allen Sonderaktionen, die für diesen gewerblichen Mittelstand gemacht worden sind, nahezu keinen Ausfall gegeben hat. Das beweist, daß diese Klein- und Mittelbetriebe eine sehr hohe Schuldnermoral aufweisen. Das Beispiel aus der Kammer für Wien, wo wir einige solcher Aktionen auch im Zusammenhang mit dem Lebensmittelhandel hatten, hat das bewiesen. Dort wurde ein Ausfall von 0,4 Prozent gebucht.

In diesem Zusammenhang möchte ich mitteilen, daß es Gott sei Dank durch die Hilfe des Herrn Handelsministers Dr. Bock gelungen ist, die BÜRGES-Aktion mit einer Aufstockung für das Haftungskapital im Ausmaß von 20 Millionen zu versehen und damit eine Erhöhung des Kreditvolumens in der BÜRGES von 200 Millionen auszulösen. Denn Hand in Hand damit ist eine Stützungsaktion für die Zinsensubventionierung gegangen, so daß es nun gelingen wird, BÜRGES-Kredite für 200 Millionen Schilling mehr zu einem günstigen Zinsfuß auszugeben. Das sollten wir auch mit Dank registrieren, weil man nicht immer nur kritisieren soll, sondern weil man das, was wirklich geschaffen wurde, auch anerkennen soll.

Der für die Wirtschaftsförderung vorgesehene Betrag ist leider — und hier teile ich die Ansicht des Herrn Kollegen Kostroun — zu klein. Meine Damen und Herren! Es ist uns hoffentlich klar, daß allein eine Umschichtung zum Ziele führt. Denn wenn wir überall dort, wo im Budget zuwenig eingesetzt ist, einfach hinaufnumerieren, dann werden wir zu einem Budget kommen, das noch viel mehr überfordert ist als dieses. Ich glaube, das wollen wir alle nicht. Daher müssen wir uns sehr genau überlegen, wo es möglich sein wird, Umschichtungen vorzunehmen, um die Beträge für die Wirtschaftsförderung entsprechend zu erhöhen. Denn mit 30, 36 und 40 Millionen ist natürlich letzten Endes niemandem gedient. Ich werde mich sehr freuen, wenn Sie auch auf Ihrer Seite zustimmen werden, Umschichtungen vorzunehmen, die natürlich immer zu Lasten irgendeiner anderen berechtigten Forderung gehen werden. Aber mit dem Fordern und der Additionsmaschine allein werden wir wahrscheinlich nicht weiterkommen!

Nun zu einem weiteren sehr heißen Eisen, zur Frage der ERP-Regelung. Es ist ja bekannt, daß ein Vorschlag des zuständigen Ministeriums, ein Regierungsentwurf ausgearbeitet wurde, den der Herr Sektionschef Preglau verfaßt hat. Dieser Entwurf konnte aus dem folgenden, ganz klaren Grund nicht

Mitterer

unsere Billigung finden. (*Abg. Kunst: Sie treten also gegen den eigenen Bundeskanzler auf?*) Ja, bei uns gibt es noch eine freie Meinungsäußerung! Es entscheidet nicht das Sekretariat, meine Herrschaften! (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Bei Ihnen gibt es das nicht, daß weiß ich sowieso, da ist nur das Sekretariat mächtig! Der Herr Vizekanzler hat sehr richtig gesagt: Vom Patriarchat zum Sekretariat! Er hat es selber bestätigt. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Man spricht von der Legalisierung des De-facto-Zustandes. Ich möchte feststellen, daß das nicht richtig ist, denn der De-facto-Zustand war völlig anders: Erstens haben die Amerikaner selbst noch das letzte Wort bei der Verteilung gehabt. Daher wußte jede Organisation, daß darüber noch die amerikanische Zustimmung stand. Zweitens war man damals mit Recht der Auffassung, daß die großen und ganz großen Betriebe zuerst ausgestattet werden müssen, weil die Grundstoffindustrie und die tragenden Industrien wieder auf die Beine gebracht werden mußten. Das war in Ordnung, und daher haben diese großen Betriebe noch unter der Überwachung durch die Amerikaner entsprechende Mittel zugeführt bekommen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Aber heute, meine Damen und Herren, wollen wir den Mittelbetrieb einmal zum Zuge kommen lassen und nicht nur die arrivierten Großen, die überall und immer wieder den Rahm abgeschöpft haben! Heute soll der Mittelbetrieb zum Zuge kommen. Aber diese Steeplechase von -zig Kommissionen, die hier errichtet worden ist, wird kein Mittelbetrieb durchreiten können, sondern es wird immer einer sagen: Geben wir das lieber den Großen, dann haben wir sicher gut getan! (*Abg. Holoubek: Wie war es bisher?*) Wenn Sie glauben, daß Sie durch Kommissionen das ersetzen können, was man andererseits an Verstand braucht, dann ist das ein großer Irrtum!

Die Frage der Kreditlenkungscommission wurde ebenfalls in die Diskussion gezogen. Es wurde gesagt: wir wollen sie. Hier sollte erstmalig der Proporz ex lege verankert werden. Dann hat man erklärt, man wolle eine gleichrangige Kommission schaffen. Als die ÖVP zehn Mandate mehr hier im Hause hatte, wurde die KLK nicht geändert. Sie hat bisher zu Ihrer und zu unserer Zufriedenheit gearbeitet. (*Abg. Lackner: Jetzt sprechen Sie nicht für die Volkspartei, sondern als Wirtschaftsbündler! Sie nehmen gegen den Kanzler Stellung!*) Herr Kollege! Ich teile Ihnen Fakten mit, wie sie wirklich sind! Die Kreditlenkungscommission hat zur vollen Zufriedenheit gearbeitet. Nun will man auch

die KLK ändern und will sie gleich proporzmäßig besetzen, damit überall und bis in den letzten Winkel hinein auf den Proporz Rücksicht genommen ist, den der Herr Abgeordnete Eibegger aber gar nicht sehr gern sieht, er hat selbst gesagt ... (*Ruf bei der SPÖ: ... daß Kontrolle und Mitbestimmung möglich ist!* — *Abg. Kunst: Vier zu fünf!*) Nein, die Kontrolle haben Sie auch, wenn Sie vier zu fünf stehen! Nur wenn Sie nichts davon wissen, können Sie so reden! Die Kontrolle ist auch bei einem Forum von vier zu fünf weidlich gegeben. Dagegen ist gar nichts zu sagen.

Wir sind aber der Auffassung: Soweit es sich um die oberen Organe handelt, ist das alles gut und schön. Sie sollen politisch besetzt sein. In Österreich ist das gar nicht anders möglich, überall muß der Proporz verankert sein, dann erst bekommt es den Sanctus. Aber wir wollen nicht, daß in der praktischen Durchführung in den untersten Organen Proporz und Unfachlichkeit herrschen, sondern wir wollen, daß dort diejenigen zu tun haben ... (*Abg. Horr: Dort wollt ihr allein sein!*) Nein, wir wollen gar nicht allein sein, das steht jederzeit unter Kontrolle! Wenn Sie das Aktiengesetz nicht kennen, tut es mir leid. Sie haben als Aufsichtsrat jederzeit die Möglichkeit, Einblick zu nehmen. Aber wir wollen eine praktisch funktionierende Unterorganisation haben, in der nicht der einzelne vor der Bürokratie ersterben muß, damit er überhaupt zum Zuge kommt. Nur dieses wollen wir nicht. Alles andere kann ruhig so bleiben, wie es im Entwurf war. Wir wollen also weder die politische Besetzung noch das Einspruchs- oder Kontrollrecht weg haben, alles das wollen wir erhalten. Aber in den unteren Organen sollen Fachleute und nicht irgendwelche Proporzpersonen tätig sein, die keine Ahnung vom Tuten und Blasen haben! (*Abg. Kunst: Bestimmen Sie, wer die Fachleute sind?*) Nein, die Fachleute bestimmen sich durch ihre Vorbildung und durch das, was sie gelernt haben, Herr Kollege! Das ist nämlich der Unterschied zwischen Ihrer Weltanschauung und der unseren. Sie sagen: Ein Fachmann ist der, der von Ihnen die Punze bekommt! Wir sagen: Ein Fachmann ist der (*Abg. Kunst: ... den Sie bestimmen!*), der etwas gelernt hat! Das ist der Unterschied! (*Widerspruch bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP.*)

Der Oesterreichischen Nationalbank gehören zum Beispiel 40 Prozent dieser Mittel, aber Sie sehen, daß nicht einmal ein Mitspracherecht dieser Institution vorgesehen ist. Sie ist ganz uninteressant, obwohl sie einen wesentlichen Teil dieser Beträge zu verwalten hat.

Ich glaube also, wir werden gut daran tun, eine Lösung zu finden, die den politischen und den fachlichen Umständen Rechnung trägt,

Mitterer

damit auch der Mittelbetrieb jetzt, wo er vor der Integration steht, zum Zuge kommt. Den großen Betrieben ist es nämlich möglich, auf den Kapitalmarkt zu gehen, um dort ihre Kapitalausstattung zu erwerben. Dieser Weg ist dem Klein- und Mittelbetrieb verschlossen. Daher sollten diese bei den ERP-Krediten zum Unterschied von bisher — deshalb soll es sich nicht um eine Photographie des bisherigen Zustandes handeln — mehr zum Zuge kommen. Ich glaube, das ist eine gerechte und anständige Forderung.

Die Wirtschaft wartet dringend auf die ERP-Mittel, das ist richtig. *(Abg. Lackner: Dann hindern Sie die Lösung nicht! — Abg. Kunst: Warum dann Ihre Widerstände?)* Nur langsam, meine Herren! Lassen Sie mich doch auch einmal reden! Sie haben es immer so eilig! — Die Wirtschaft wartet auf diese Mittel, aber sie wartet dann nicht darauf, wenn Sie mit diesem Wartenlassen eine Lösung erzwingen wollen, die uns für unabsehbare Zeit an die Kandare der Bürokratie nimmt! *(Abg. Kunst: Die Bundeshandelskammer macht doch die Schwierigkeiten! Die Schwierigkeiten machen Sie selbst! Die Regierung ist sich einig, nur die Bundeshandelskammer will nicht!)* Ich habe es Ihnen gerade erklärt, worin die Schwierigkeiten liegen, hätten Sie zugehört!

Nun komme ich zu einer anderen Frage, die uns sehr beschäftigt hat und die heute auch schon kurz gestreift wurde: zur Frage der Streiks und des Streikrechtes und zu den Ereignissen, die wir beim Handelsarbeiterstreik in diesem Lande erlebt haben. Niemand wird das Streikrecht bestreiten, niemand wird sagen, es soll nicht gestreikt werden. Zu streiken ist das gute Recht jedes Arbeitnehmers. Aber was war beim Handelsarbeiterstreik? Von 15.000 Handelsarbeitern haben nur 3000 gestreikt. Ein paar hundert — die Gewerkschaft hat sich dann davon distanziert — haben Rollkommandos gebildet, und was die nach guter kommunistischer Manier aufgeführt haben, indem sie einmal dorthin und einmal dahin mit Autos geführt wurden und verhindert haben, daß Lebensmittel beeist wurden, wodurch ein Millionenschaden ausgelöst wurde — diese Schäden sind bereits in Klage gehalten, es ist also keine nur theoretische Behauptung, was ich vorbrachte —, das geht zu weit! *(Zwischenruf des Abg. Pölzer.)* Wenn es so ist, daß die Polizei nicht bemerkt haben sollte, wie sich die Handelsarbeiter mit den Marktarbeitern in einer Schlacht auseinandergesetzt haben, dann muß ich sagen, daß das sehr traurig ist und daß man den Eindruck hat, daß eine Weisung von oben vorgelegen ist, sich nicht einzumischen. *(Abg. Kunst: Herr Abgeordneter Mitterer! Ist Ihnen auch*

bekannt, daß in Innsbruck zwei Arbeitgeber die Streikposten angefahren haben? Haben Sie davon auch gehört?) Ich habe von sehr vielen Dingen gehört! Ich rede nur von jenen, die heute bereits unter Klage stehen. Wenn jemand glaubt, daß ihm unrecht geschehen ist, steht ihm in Österreich noch immer das Gericht zur Verfügung. Unsere Leute haben es in Anspruch genommen. Hoffentlich werden das auch Ihre Leute machen. Wir decken nicht, was ungesetzlich ist. Aber daß in diesem Fall gar keine Hilfe geleistet wurde, daß man nicht einmal die Lebensmittel beeisen konnte und daß ein Millionenschaden ausgelöst worden ist, das ist nackter Terror und hat mit dem normalen Streikrecht überhaupt nichts zu tun! *(Abg. Horr: Erzählen Sie da keine Märchen!)* Die Gewerkschaften selber — ich sage das, Herr Kollege, für den Fall, daß Sie es nicht wissen sollten — haben sich davon distanziert und selbst gesagt, daß sie diese Methode nicht billigen. Ihre eigenen Gewerkschaften, Herr Kollege! *(Abg. Pölzer: Ja freilich! Aber dort gibt es nämlich auch ein paar „Wilde“!)* Herr Kollege! Von den Wilden rede ich, und wahrscheinlich von denen, die Ihnen sehr nahe zustehen scheinen, sonst würden Sie sie nicht verteidigen! *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Pölzer: Gehen Sie! Reden Sie nicht so einen Blödsinn daher! Das ist nur Blödsinn, was Sie reden! — Heiterkeit. — Präsident Hillegeist gibt das Glockenzeichen.)*

Präsident **Hillegeist** *(zum Redner gewendet, der seine Rede unterbrochen hat)*: Ich habe mich nur auf die Zwischenrufe bezogen. *(Abg. Doktor Haselwanter: Das hat der Abgeordnete Mitterer herausgefordert!)*

Abgeordneter **Mitterer** *(fortsetzend)*: Danke schön! Ich werde darauf zurückkommen!

Was die Frage der Konzentration anlangt, die uns sehr, sehr beschäftigen muß, darf ich darauf hinweisen, daß in einem Vortrag, den Herr Professor Dr. Heinrich in einer Organisation gehalten hat, zum Ausdruck gekommen ist, daß die Entwicklung zur Konzentration in der Wirtschaft immer bedrohlichere Formen annimmt. Es ist so, daß in manchen Bereichen die Konzentration nicht durch wirtschaftliche Umstände bedingt entsteht, sondern geradezu gefördert wird. Darüber möchte ich heute noch etwas sagen; es wird auch bei der Behandlung der Gruppe Finanzen noch Gelegenheit sein, über die Frage der eindeutig konzentrationsfördernden Umsatzsteuer, wie wir sie heute haben, zu sprechen. Ich möchte mich heute nur darauf zurückziehen, daß ich feststelle, daß die heutige Steuergesetzgebung eindeutig konzentrationsfördernd ist und daß sie den normal gelagerten Betrieb förmlich animiert und zwingt, in die Vertikalkonzentration zu

Mitterer

gehen, um der steuerlichen Vorteile teilhaftig zu werden. Es ist daher keine Strafe und kein Neid und keine zusätzliche Steuer gewesen, was ich seinerzeit in meinem ursprünglichen Antrag diesem Hause vorgelegt habe, als wir forderten, daß die Betriebe, die sich mindestens 6 bis 8 Prozent an Umsatzsteuer ersparen, wenigstens ein halbes Prozent von dieser Ersparnis wieder abgeben, damit wir in die Lage versetzt werden, den Kleinbetrieben entsprechende Hilfe zu geben. Ich werde, wie gesagt, auf diese Frage bei der Gruppe Finanzen noch zurückkommen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Aber ich glaube, man kann doch nicht sagen, man wolle den Kleinen helfen, wenn man dann, wenn es zur konkreten Tat kommen soll, das vergessen hat und nichts mehr davon hören will. (*Abg. Horr: Das müssen Sie Mayer-Gunthof sagen!*) Der Herr Dr. Mayer-Gunthof regelt nicht die Frage der Umsatzsteuer, die wird hier geregelt, meine Damen und Herren! Von Ihnen verhindert! So schaut das in Wahrheit aus. (*Abg. Lackner: Sie sind doch nur der Briefträger vom Mayer-Gunthof!*)

Die Scheinheiligkeit Ihrer Argumente ist ja sehr deutlich. In Ihrer eigenen Zeitung schreiben Sie, den Kleinen soll Kapitalbildung ermöglicht werden, indem der nichtentnommene Gewinn steuerlich begünstigt wird. Wenn wir das fordern, dann sind Sie die ersten, die sagen, das kommt nicht in Frage. So schaut diese scheinheilige Argumentation in der Praxis aus und Ihre Zwischenrufe, die so unsachlich und falsch sind. (*Abg. Holoubek: Sie reden sachlich! — Weitere Zwischenrufe.*) Seien Sie versichert, daß ich in der Frage der Umsatzsteuer vielleicht mehr Widerstände zu überbrücken habe, als Sie glauben. Dennoch habe ich eine Reform der Umsatzsteuer gefordert. (*Abg. Probst: Also doch! Sie haben doch gerade gesagt, die Widerstände kommen nur von uns! Jetzt sagen Sie selber, daß Sie auch welche haben!*) Jawohl, weil ich im Gegensatz zu Ihrer Einstellung, Herr Kollege, nicht das tue, was ein paar Große — bei Ihnen die GÖC — vorschreiben, sondern das, was mir mein Gewissen vorschreibt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Sie haben selbst gesagt, daß Sie Widerstände haben!*) Ganz richtig, aber wir haben sie überwunden, aber bei Ihnen sind sie nicht überwunden, bei Ihnen entscheidet die GÖC mehr als alles andere. So ist es nämlich. (*Abg. Kunst: Wie handhaben Sie es in der Tiroler Freihandelszone? Da lassen Sie die Wagen durchlaufen, damit Sie die 5 Prozent ersparen können!*) Wo nun einige solcher Monopolbetriebe tätig sind, ist es äußerst schwierig, für den Mittelstand etwas zu tun, weil die Beati possidentes, die glücklichen Besitzenden, die diesen Vorteil bei der Steuer

haben, natürlich nicht bereit sind, davon abzurücken.

Meine Damen und Herren! Wir sollten doch eines erkennen: Ob Sie es nun jetzt hier anerkennen oder nicht — Sie dürfen es wahrscheinlich nicht, ich weiß nicht was Ihnen Ihr Sekretariat vorschreibt —, aber eines steht fest: Wo die Monopolbetriebe nur mehr allein den Konsumenten bedienen, dort ist auch der Konsument ein Sklave, der unter dem Terror dieser Monopolbetriebe steht. Die kleinen und mittleren Betriebe haben in den finstersten Zeiten dieses Landes und auch heute noch dafür die Gewähr gegeben, daß sie den Konsumenten am besten, billigsten und anständigsten bedienen, sonst wären sie nämlich schon lange zugrunde gegangen durch die unerhörte Konkurrenz, die ihnen diese Großbetriebe auf den Hals jagt. Sie haben den Beweis erbracht und ebenso die Frauen, die in diesen Betrieben bis zu 16, 17 Stunden arbeiten, um ihre Existenz zu erhalten und damit auch die Existenz unserer Freiheit zu sichern. Denn wenn es nur mehr ein paar monopolartige Großbetriebe gibt, dann ist die Freiheit auch des Konsumenten vorbei. (*Abg. Horr: Reden Sie nicht so viel von der Freiheit!*) Ich werde von der Freiheit reden, solange es mir paßt, auch wenn es Ihnen nicht recht ist, Herr Kollege! (*Abg. Rosa Jochmann: Nur reden!*) Ich weiß schon, daß Sie das nicht gerne hören. (*Abg. Kunst: Die Freiheit, die Sie meinen! Die Zwangswirtschaft, das ist die Freiheit, die Sie meinen!*) Warum sind Sie so erregt? Ich weiß, das hören Sie nicht gerne. Das ist ja nichts Neues. Sie wollen das nicht hören. (*Abg. Kunst: Die Freiheit, die Sie meinen, ist die Zwangswirtschaft!*) Die Freiheit, von der ich rede, die ist schon in Ordnung. (*Abg. Rosa Jochmann: ... die Sie meinen!*) Nur Ihre Freiheit ist eine gelenkte Freiheit vom Sekretariat aus. (*Abg. Staffa: Ihre Freiheit von 1934, die kennen wir! — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich glaube aber sagen zu können: Geben Sie dem Mittelstand eine Lebensmöglichkeit, ein Lebensrecht und eine Chance (*Abg. Horr: Nur nicht so laut schreien! Die Hosen habt ihr voll, alle miteinander!*), und er wird beweisen, daß er fähig ist, seine Funktionen zu erfüllen!

Und nun noch zu der Frage, die heute sehr oft diskutiert wurde, der Frage EFTA und EWG, und zwar nur von der rein wirtschaftlichen Seite her. Ich glaube, daß wir eines dazu sagen müssen. Der ganzen Frage des europäischen Konzeptes muß ein Bekenntnis zum geistigen Europäertum vorangestellt sein, daß man also da nicht immer nur von wirtschaftlichen Dingen spricht, sondern daß man auch geistig zu diesem Europäertum steht. Es war eine Zeit, da wurden hier über die Kapi-

Mitterer

talisten im EWG-Raum, über die Gefahr, die durch einen EWG-Anschluß entstünde, sehr gehässige Äußerungen losgelassen. Diese Zeit ist vorbei. Sie haben Ihre Meinung um 180 Grad geändert, das haben wir zur Kenntnis genommen, jetzt geht es uns darum, unsere Wirtschaft der europäischen Entwicklung anzupassen, um unser Exportvolumen und unsere Lebenskraft zu erhalten. Es geht praktisch darum, der Realität Rechnung zu tragen. Es ist nicht mehr die Frage EWG — ja oder nein? Es ist nur mehr die Frage: Wie und wann?

Daß wir als einzelner Staat nicht gegen alle zusammen bestehen werden können, das ist doch hoffentlich allen klar. Auch irgendwelche Neutralitätsgedanken sind hier fehl am Platze, weil kein Mensch in diesem Lande daran denkt, diese Neutralität irgendwie in Gefahr zu bringen. Wenn wir uns wirtschaftlich sichern, meine Damen und Herren, dann ist das doch ein Beitrag zu unserer Neutralität. Denn was würde die Neutralität nützen, wenn wir wirtschaftlich nicht mehr bestehen können. Wenn wir aber wirtschaftlich bestehen wollen, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß ein überwiegender Teil unseres Exportes in den EWG-Raum geht, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß der Fremdenverkehr zum überwiegenden Teil vom EWG-Raum abhängig ist. (*Abg. Kostroun: Das ist unbestritten!*) Wir müssen daher jene Maßnahmen setzen, die notwendig sind, um eine Harmonisierung dieser Überlegungen herbeizuführen.

Tatsächlich ist es so, daß alle eine echte große Sorge haben, auch die Teile der Wirtschaft, weil das ja nicht so ist, daß das für die Wirtschaft vom Startschuß an eine wunderbare Sache ist, sondern weil es Schwierigkeiten geben wird und Opfer notwendig sein werden, die alle bringen müssen. Wir müssen uns einer neuen Entwicklung anpassen. Wir werden daher eine Reihe von Maßnahmen setzen müssen, um harmonisierend wirken zu können. Wichtig sind vor allem die Frage des Zollabbaues, die Rücksichtnahme auf den wichtigen Osthandel bei der Harmonisierung der Zölle, der koordinierte Ausbau der Aus- und Einfuhrschranken, die Gleichstellung der gewerblichen Produkte außer Agrarstoffen mit den Agrarprodukten selbst, die Freizügigkeit des Arbeitsmarktes und die Rücksichtnahme auf unsere verkehrspolitische Randlage sowie letzten Endes die Sicherstellung, daß die Eisen- und Stahlwirtschaft mit den anderen Organisationen im EWG-Raum entsprechend koordiniert wird. Das sind alles sehr wesentliche, sehr große und schwierige Aufgaben.

Kein Mensch denkt daran, in irgendeiner Form die leider sehr böse Vergangenheit wieder

heraufzubeschwören, und niemand denkt daran, die Neutralität, die eine militärische Neutralität ist, irgendwie zu gefährden. Vorsicht, Ruhe, Vernunft und gute Nerven werden notwendig sein, um über diese Periode hinwegzukommen. (*Abg. Dr. Haselwanter: Die guten Nerven fehlen Ihnen!*)

Ich glaube aber, daß wir trotz dieser Schwierigkeiten, die wir nun kennen, eines feststellen müssen: Andere Staaten haben schon längst eine solche Vereinbarung. Der Osten, der sich besonders dagegen stemmt, hat schon längst seinen eigenen großen, gigantischen wirtschaftlichen Ostblock. Es ist also nicht so, daß wir hier vorangehen, sondern wir sind nur der Schlußpunkt in einer solchen Entwicklung, der heute weltweit geschaffen ist. (*Abg. Probst: Warum erzählen Sie das?*) Gestern hat der Herr Kollege Czernetz auch gesagt, warum er das hier erzählt. Auch ich habe es gewußt. Gestatten Sie, daß ich das hier feststelle, oder ist das auch verboten? (*Abg. Probst: Das müssen Sie jemand anderen vortragen!*)

Wenn die Vollbeschäftigung und der Lebensstandard erhalten werden sollen, dann wird es notwendig sein, diese Frage möglichst bald und möglichst rasch zu lösen und alle Schwierigkeiten klar zu erkennen, die dieser Zusammenschluß nach sich ziehen wird. Es wird nicht leicht sein, es wird manche bange Stunde geben. Aber wir müssen diese Frage endlich angehen, weil wir sonst wieder einmal die letzten sein würden. Ich glaube, in der Zwischenzeit sollen wir dem Außenhandel eine möglichst freie Bahn geben, damit dieser Anpassungsprozeß möglichst reibungslos vollzogen werden kann und damit man sich auch da und dort daran gewöhnt, sei es in der verstaatlichten oder der privaten Wirtschaft, den stärkeren Wind der Konkurrenz zu spüren. (*Abg. Probst: Lauter Phrasen!*)

Am Schluß möchte ich noch eine Feststellung treffen, die sehr wesentlich ist — sie gehört zu den allgemeinen Budgetfragen —, die uns aber immer wieder frappt.

Während auf der Bundesebene alle Lasten dem Finanzminister aufgehastet werden — er soll für alles aufkommen, er soll alles bezahlen, er soll das Geld aus dem Boden stampfen —, geht man in verschiedenen Bundesländern wie etwa in Wien mit ganz anderen Maßstäben vor, nämlich mit kostendeckenden Tarifen. Die Tarife werden erhöht, sogar drastisch erhöht, der Straßenbahntarif, der Kindergartentarif, alles wird erhöht und kostendeckend geführt. Wenn man also kostendeckende Tarife einführt, dann muß man sich dazu bekennen, das entweder in ganz Österreich zu tun oder gar nicht. Aber nicht so, daß es auf der Bundesebene der Finanzminister aufbringen soll, auf der Landes-

Mitterer

ebene aber macht es der kostendeckende Tarif. Das, meine Damen und Herren, ist auf die Dauer unhaltbar, und das können wir nicht akzeptieren. (*Abg. Probst: Da wird der Schwaiger eine Freude haben mit Ihnen!*)

Lassen Sie mich mit folgender Feststellung schließen: Der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann hat jüngst in einer Rede gesagt: „Was immer du tust, frage zuerst, ob es der Partei nützt!“ Wir von der Österreichischen Volkspartei haben uns ein anderes Konzept zurechtgelegt. (*Abg. Plaimauer: Seit wann?*) Wir dienen immer nur einem Grundsatz: Zuerst kommt der Staat und das Vaterland, und dann die Partei! (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hurdas: Er hat sich gut geschlagen gegen eine Serie von Zwischenrufen! — Abg. Probst: Das mit der Neutralität werden Sie noch bitter bereuen! — Abg. Lackner: Er hat ja nicht gesagt, was er gewollt hat! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident **Hillegeist**: Ich möchte zunächst an alle Zwischenrufer den Appell richten, ohne daß ich ihre Freiheit nach dieser Richtung einengen möchte, bei ihren Zwischenrufen beleidigende Äußerungen oder solche, die so ausgelegt werden könnten, im Interesse der Wahrung der Würde des Hauses zu unterlassen.

Ich möchte ferner vorschlagen, daß wir die Sitzung jetzt abbrechen, da der nächste Redner durch die zur Verfügung stehende kurze Zeit von 10 Minuten benachteiligt wäre, außer er erklärt sich bereit, innerhalb dieser Zeit seine Rede zu beenden, oder damit einverstanden zu sein, daß ich ihn nach kurzer Zeit unterbreche. (*Abg. Holoubek: Nein! Ich spreche 20 Minuten!*)

Ich unterbreche die Sitzung. Die Sitzung wird um 14 Uhr wiederaufgenommen.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 55 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr wiederaufgenommen.

Präsident **Dr. Maleta**: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir setzen die Spezialdebatte über die Budgetgruppe: Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten fort. Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Holoubek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Holoubek**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Mitterer — er ist leider nicht im Saal — einige Feststellungen treffen.

Seine Ausführungen waren wahrlich nicht mit Sachlichkeit beschwert. Sie waren, wie das so seine Art ist, an einigen Stellen sehr

provokierend, sie waren, gelinde gesagt, dort demagogisch, wo er, wie so oft, den Versuch gemacht hat, uns Sozialisten in die Nähe der Kommunisten zu bringen. Ich muß Herrn Mitterer fragen, wo er im Jahre 1950 gewesen ist, als die Wiener Sozialisten dafür gesorgt haben, daß wir heute Wiener und nicht Berliner Zustände haben. (*Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Wahrscheinlich war er in der Schweiz!*) Das wurde damals auch von Ihrer Presse und von den Rednern Ihrer Partei anerkannt.

Ich brauche aber nicht auf das Jahr 1950 zurückzugehen. Herr Mitterer möge sich die Ergebnisse der Betriebsratswahlen vor Augen führen, die in dieser Woche stattfinden, und er wird feststellen können, daß die Schichten, die wir hier in diesem Hause vertreten, den Kommunismus und die Kommunisten wahrlich ablehnen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) So wie der Herr Kollege Mitterer heute argumentiert hat, argumentieren — und ich muß ihm das sagen — seit 70 Jahren die Spießbürger gegen die Sozialisten.

Er hat über unser Parteiprogramm gesprochen. Wir haben alle immer wieder, wenn er davon redet, die Überzeugung, daß er dieses Programm nicht kennt. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich könnte ihm nur empfehlen, daß er es wirklich einmal liest. Es ist sehr leicht verständlich geschrieben, und es würde ihm keine Mühe machen, es zu begreifen, damit er darüber einmal ordentlich reden kann und nicht in der Art, wie er es immer wieder macht.

Herr Kollege Mitterer sagte in seinen Ausführungen wörtlich: „Ein Fachmann ist der, der das, worüber er redet, gelernt hat.“ Diesen Satz möge er sich selber einmal in sein Stammbuch schreiben. (*Bravo!-Rufe bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Ich komme jetzt zu meinen eigentlichen Ausführungen und mache ein paar Bemerkungen zum Fremdenverkehr.

Ich brauche in diesem Forum nicht ausführlich darzulegen, welche Bedeutung der Fremdenverkehr für unsere Volkswirtschaft hat. Es hat dies der Herr Kollege Kos getan. Er hat auch aufgezeigt, daß das, was wir budgetmäßig für die Förderung des Fremdenverkehrs tun, sehr wenig ist. Ich kann das absolut unterstreichen.

Ich beginne mit einem Vergleich, gebe aber gerne zu, daß dieser Vergleich, wie jeder Vergleich, etwas hinkt. Wer den Wald, der für den Urlauber eine Stätte der Erholung ist und der auch Fremde anzulocken vermag, abholzt und in Form von Schnittholz ins Ausland exportiert, bekommt dafür unter bestimmten Voraussetzungen eine Prämie. Wer in der Fremdenverkehrswirtschaft wirkt und dem

Holoubek

Staat in der Form des stillen Exportes zu namhaften Deviseneingängen verhilft, geht leer aus. Ich nehme an, daß darüber ein Berufener, der Herr Kollege Fink, sprechen wird.

Zunächst möchte ich allen, die zu diesem stillen Export beitragen, von dieser Stelle aus Dank sagen. Von der einfachen Küchenhilfe bis zum Unternehmer, soweit er nicht anonymen Großunternehmer ist, arbeiten sie alle schwer und oft unter den schlechtesten Bedingungen für den Erholung suchenden Urlauber.

Es ist eine irriige Meinung, wenn viele glauben, daß der Fremdenverkehr in Österreich erst seit den zwanziger Jahren eine wirtschaftliche Rolle spielt. Österreich war schon lange vor dem ersten Weltkrieg Fremdenverkehrsland. In einer im Jahre 1917 erschienenen Schrift von Stradner, „Der Fremdenverkehr“, wird mitgeteilt, daß im Jahre 1902 der Ausländer-Fremdenverkehr 63.130.320 Kronen eingebracht hat. Schon damals spielte der Fremdenverkehr eine wichtige Rolle in der Zahlungsbilanz der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Man kann also nicht sagen, daß der Fremdenverkehr für die Erste und erst recht nicht für die Zweite Republik Neuland war. Er hat sich nur dank der sozialen Errungenschaften der Ersten und besonders der Zweiten Republik in die Breite entwickelt. Heute nehmen an ihm Bevölkerungsschichten teil, für die das Wort Urlaub im Jahre 1902 noch ein Fremdwort war. Das Wort Reise kannten diese Schichten überhaupt nur von Reisebeschreibungen. War es um die Jahrhundertwende vor allem die volle Briefftasche, die den Fremdenverkehr beherrscht hat, so ist es heute neben der vollen Briefftasche auch die etwas schmalere Geldtasche der Arbeiter und Angestellten, die im Fremdenverkehr eine Rolle spielt.

Und hier komme ich jetzt zu einer auch von mir schon wiederholt aufgeworfenen Frage an den Herrn Handelsminister. Haben Sie, Herr Minister, eine Möglichkeit, im Interesse der Förderung des Fremdenverkehrs die Einführung von Inklusivpreisen im Hotel- und Gastgewerbe sowie die Einhaltung der in Prospekten und Preislisten angegebenen Preise durchzusetzen? Wenn Sie, Herr Minister, das verneinen müssen, dann frage ich: Ist es wenigstens möglich, dies in Form von Bedingungen bei der Vergabe günstiger Kredite oder der Übernahme von Bundeshaftungen zu erreichen? Gerade der kleine Mann, der mit jedem Schilling bei der Planung seines Urlaubes rechnet, ist unangenehm überrascht, wenn zu den im Prospekt angegebenen Preisen dann noch diverse Zuschläge kommen, mit denen er nicht gerechnet hat.

Ich habe hier vor mir das Österreichische Hotelbuch für die Zeit vom 1. November 1961 bis 30. April 1962. Von den insgesamt 135 Wiener Hotels, die in diesem Hotelbuch angeführt sind, nennen nur 22 Betriebe Inklusivpreise. In den Bundesländern ist das Verhältnis ähnlich. Auf diesem Gebiet sollten sich alle im Fremdenverkehr tätigen Stellen bemühen, Abhilfe zu schaffen. Das würde unserem Lande einen guten Ruf sichern.

In diesem Zusammenhang noch ein zweites Problem. Die heutige Hotelklassifizierung — auch laut Hotelbuch — gliedert sich in A 1, das sind Luxushotels, in A, das sind erstklassige Beherbergungsbetriebe, in B, das sind feibürgerliche Hotels und Gasthöfe, in C, das sind gutbürgerliche Hotels und Gasthöfe — worin der Unterschied zwischen fein- und gutbürgerlich liegt, kann ich mir nicht recht erklären, aber es ist hier so angeführt —, und in D, das sind einfache Hotels und Gasthöfe.

Diese Klassifizierung wird in diesem Hotelbuch sehr unterschiedlich verzeichnet. Dafür nur ein Beispiel, und zwar der launige Bericht eines Reisenden, der in der „Presse“ vom 5. Oktober wiedergegeben wurde. Ich werde Ihnen diesen Bericht kurz vorlesen:

„Die Serviette im Restaurant hat ihr Gegenstück im Deckenüberzug des Hotels. Wer öfter das Vergnügen hat, in österreichischen Hotels zu schlafen, der kennt diese ‚Überzüge‘. Sie bestehen vielfach nicht aus Schlüpfern oder Deckenkappen mit Knöpfen, sondern aus Leintüchern, die einfach unter die braunen Wollkotzen gelegt und oben umgeschlagen werden. Zumeist ohne Befestigung. Sie sind die Marterwerkzeuge der Hotellerie. Am Morgen hat man solche Leintücher gewöhnlich wie einen Priebnitz-Umschlag um den Hals, dafür aber kratzt die Woldecke angenehm auf dem Körper!

Ich habe in Innsbruck im Hotel ...“ — hier ist der Name genannt, ich will ihn aber nicht nennen — „in einem Zweibettzimmer mit Bad übernachtet. In diesem ansonsten gut geführten Haus gab es solche Priebnitz-Umschläge als Bettdecken. Es gab auch eine Tuchent. Aber nur eine für zwei Betten. Quergelegt. Warum eigentlich nur eine, bitte schön? Der Übernachtungspreis war immerhin mit 330 Schilling angeschlagen, zuzüglich diverser Abgaben. Ein Blick in die von der österreichischen Fremdenverkehrswerbung herausgegebene Hotelpreisliste, Sommer 1961, wies das Innsbrucker Hotel ... als ‚A 1‘-Hotel aus, also als oberste Gütekategorie. Sozusagen Luxus...

Ein paar Tage später übernachtete ich in Salzburg. Zufällig hieß das Hotel ...“ — so wie das

Holoubek

in Innsbruck. „Zufällig kostete das Doppelzimmer genau soviel wie in Innsbruck. Nur daß es in Salzburg beinahe doppelt so groß war; und jedes Bett besaß eine eigene Daunendecke in einem Schlüpfer. Die Kontrolle in der Hotelpreisliste ergab, daß das Salzburger Hotel ... zum Unterschied vom Innsbrucker Unternehmen gleichen Namens nur in der Kategorie ‚A‘ rangierte, also nicht oberste Güteklasse war. Kein Luxus!“ (Abg. Dr. Gredler: *Dort haben wir auch einen Vizebürgermeister! — Heiterkeit.*)

„In der Hotelpreisliste 1961 rangiert ...“ — ein Wiener Hotel —, „eines der modernsten Häuser der Stadt, ebenso in Gruppe ‚A‘ wie ein Hotel in der äußeren Mariahilfer Straße, jenseits des Gürtels. ... Der Wiener kann den Qualitätsunterschied schon aus der Gegend erkennen. Der Ausländer kann das nicht. Ihn verlockt möglicherweise der geringere Preis jenseits des Gürtels, aber er fühlt sich getäuscht, wenn er dann ankommt und ein ‚A‘-Hotel antrifft, das gar keines ist.“

Das ist nur ein Beispiel, man könnte viele anführen. Wenn also das A-Hotel jenseits des Gürtels, das wesentlich schlechter eingerichtet ist, und das Hotel in der Inneren Stadt, das modern eingerichtet ist, auch ein A-Hotel ist, dann kann sich der Reisende wirklich nicht nach dieser Klassifizierung richten.

Die Einordnung der Beherbergungsbetriebe in Österreich in die verschiedenen Kategorien erfolgt — wie wir an den Beispielen gesehen haben — sehr willkürlich und entspricht durchaus nicht immer dem international üblichen Maßstab. Ich will nicht annehmen, daß die Einstufung der Hotels auf der Basis eventuell vorhandener persönlicher Beziehungen erfolgt. Sie sollte meiner Meinung nach nach absolut verbindlichen Richtlinien erfolgen, und zwar durch eine Kommission, die ihre Tätigkeit auf einer gesetzlichen Grundlage ausübt.

Auch hier wiederum eine Frage an den Herrn Minister: Herr Minister! Gibt es einheitliche Kriterien hinsichtlich des Komforts und der Ausstattung bei der Einstufung der österreichischen Hotels, Pensionen und Gasthöfe in bestimmte Preiskategorien? Wäre es nicht im Interesse der Förderung des Fremdenverkehrs gelegen, dies durchzusetzen?

Ein anderes überaus wichtiges Problem ist das der Saisonverlängerung; darüber wurde heute hier schon gesprochen. Die Sommersaison ist in Österreich verhältnismäßig kurz. Wir können feststellen, daß die Wintersaison in den letzten Jahren sehr gut war. Auch die arbeitenden Menschen, die heute zum Teil schon einen Urlaub von über zwei Wochen haben, haben die Möglichkeit, einen Winter-

urlaub zu nehmen. Uns fehlt die Frühjahrs- und Herbstsaison. Ich habe darüber hier schon einmal gesprochen: Eine Abstufung der Schulferien könnte sehr erfolgreich sein. Dies würde sich auch auf die Betriebe sehr vorteilhaft auswirken. Diese müssen gerade in den Monaten Juli und August allen Betriebsangehörigen mit schulpflichtigen Kindern Urlaub geben. Wer so wie ich als Personalreferent eines Betriebes tätig ist, der weiß, daß man mit diesem Problem in jedem Jahr zu raufen hat. Eine Abstufung der Schulferien würde diesem Problem sehr abhelfen.

Nun noch einige Worte zum innerösterreichischen Fremdenverkehr. Die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft sollte alle Anstrengungen machen, um den inländischen Fremdenverkehr zu fördern. Man darf nicht übersehen, daß der Inländerreiseverkehr die krisenfeste und dauernde Basis der gesamten Fremdenverkehrswirtschaft darstellt. Es kommt jedoch immer wieder vor, daß die österreichischen Gäste in manchen Betrieben nicht gerne gesehen und auch nicht immer so gut behandelt werden wie ausländische Gäste.

Die Werbung um den inländischen Gast sollte verstärkt werden. Ich habe heuer meinen Urlaub in Tirol in einem Ort an der Dreiländerecke verbracht. In diesem Ort waren sowohl die Privat- als auch die Hotelzimmer im Frühjahr schon bis in den Herbst hinein ausverkauft. Es war überhaupt nichts zu bekommen. Alle Zimmer waren an Westberliner Reisebüros vergeben. Ich hatte Glück und bekam ein Zimmer bei einem Beamten der Exekutive, offenbar nur deshalb, weil der gute Mann mich mit dem Wiener Polizeipräsidenten verwechselt hat und der Meinung war, er beherberge jetzt den Polizeipräsidenten von Wien. (*Bundesminister Dr. Bock: Das muß ein Gesetzesübertreter gewesen sein, der vor der Polizei Angst gehabt hat!*) Ansonsten hätte ich vermutlich dort kein Zimmer bekommen. Das war also gegen Ende September. Und als wir Ende September in eine Almhütte gekommen sind, hat man uns dort als die ersten Wiener Urlauber im Jahre 1961 begrüßt. So etwas sollte nicht vorkommen. Wir glauben, daß eine verstärkte inländische Fremdenverkehrswerbung unbedingt anzustreben ist.

In der „Oesterreichischen Gastgewerbezeitung“ vom 13. Oktober 1961 finde ich einen Artikel, in dem es unter anderem heißt:

„Abgesehen davon, daß entsprechend große Räumlichkeiten überhaupt fehlen, zeigt sich auch, daß viele Quartiergeber — mit Rücksicht auf ihre anderen, bisher meist älteren Pensionsgäste — nur ungern an kinderreiche Familien vermieten. Fremdenunterkünfte, die sich auf die Aufnahme von Gästen mit Kin-

Höloubek

dern, insbesondere mit Kleinkindern, einrichten oder gar spezialisieren, werden voraussichtlich in den nächsten Jahren hohe Nächtigungsfrequenzen erreichen.“ Soweit der Artikel.

Meine Damen und Herren! Wir haben alles Interesse daran, daß solche familienfördernde Maßnahmen unterstützt werden. Ich darf in diesem Zusammenhang besonders auf die Förderung des Familienurlaubes durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund verweisen. Der mit der Errichtung und Verwaltung der Feriendörfer betraute Österreichische Verband für Sozialtourismus verfügt derzeit über zwei gut ausgestattete Feriendörfer am Ossiachersee und am Maltschacher See in Kärnten. Beide Feriendörfer umfassen nunmehr 115 Familienbungalows mit insgesamt 586 Betten. Im Verlauf einer Urlaubssaison können 1150 Familien mit 5860 Personen einen jeweils 14tägigen erschwinglichen Urlaub verbringen. Dank der Förderung dieser Feriendorf-Aktion in Österreich durch den ÖGB und dank der Initiative seines Präsidenten Olah kann der Verband auf die wohl derzeit in Österreich einzigen großen Feriendörfer verweisen.

Es ist zu hoffen, daß im Laufe der Jahre durch einen weiteren Ausbau der Feriendörfer beispielgebend für andere Körperschaften ein wesentlicher Beitrag zur Lösung des ungeheuer schwierigen Problems der individuellen Familienurlaube gegeben wird. Der ÖGB hat mit Unterstützung dieser Aktion der Ferienförderung ein praktisches Beispiel der Familienförderung erbracht.

Wir begrüßen es deshalb auch, wenn die vorhin erwähnte Zeitung des Gastgewerbes die Unternehmer auf die Möglichkeit aufmerksam macht, die Nächtigungsziffern zu steigern, wenn sie sich auf die Beherbergung von Gästen mit Kindern, besonders mit Kleinkindern, spezialisieren.

Nun ein anderes Problem, das vermutlich der Herr Kollege Fink hier sehr ausführlich behandeln wird und über das sowohl der Herr Kollege Kos als auch der Herr Kollege Mitterer, dem ich in diesem Zusammenhang noch etwas sagen werde, gesprochen haben. Es ist das die Forderung nach Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte für das Gastgewerbe. Niemand wird bestreiten, daß das Gastgewerbe, daß die Fremdenverkehrswirtschaft überhaupt Mangel an Arbeitskräften, vor allem an geschulten Arbeitskräften hat. Demgegenüber muß man feststellen, daß in jedem Jahr mehr junge Menschen einen gastgewerblichen Beruf erlernen wollen, als Lehrstellen vorhanden sind. Auch das ist eine Tatsache, die Ihnen der Herr Kollege Fink bestätigen wird. Wir können durch ein

modernes Berufsausbildungsgesetz, wie wir es seit Jahren verlangen, geeignete Ausbildungsmöglichkeiten schaffen.

Der Zustrom vieler junger Arbeitskräfte in das Hotel- und Gastgewerbe wird aber nicht wirksam, weil immer wieder viele junge Menschen, die diesen Beruf erlernt haben, aus ihm abströmen, weil sie oft unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen tätig sein müssen. Auch das ist eine Tatsache und mit ein Grund, warum es in den Fremdenverkehrsbetrieben an Arbeitskräften mangelt.

Weil nun die Unternehmer im Gastgewerbe zu den oft schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen während der Hochsaison keine Arbeitskräfte bekommen, will man einfach auf Arbeitskraftreserven des Auslandes greifen. Aber gibt es denn während des Sommers in einem europäischen Land überflüssiges geschultes Personal im Gastgewerbe? Ich glaube, das müssen wir alle, wenn wir ehrlich sind und darüber nachdenken, verneinen. Man kann höchstens ungeschultes Hilfspersonal bekommen, und dieses Personal kann man bei annehmbaren Bedingungen auch in Österreich auftreiben. Solange man die Arbeit der Hilfskräfte — das muß hier ausgesprochen werden —, beispielsweise die Arbeit der Küchengehilfinnen, derart unterbewertet, wie das heute der Fall ist, wird man selbst solche kaum im Inland bekommen. Ausgesprochene Fachkräfte, selbst wenn man sie aus dem Auslande bekommen könnte, würden kaum zu den ihnen angebotenen Bedingungen hereinkommen. Es wandern doch österreichische Fachkräfte in andere Länder ab, weil sie dort als geschulte Kräfte besser bezahlt werden. Solange wir nicht imstande sind, diesen geschulten Kräften annehmbare Arbeitsbedingungen zu bieten, ist das Reden von der Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte für das Gastgewerbe ein leeres Gerede. Das möchte ich auch dem Herrn Kollegen Mitterer sagen, der heute hier darüber gesprochen hat.

Für die Saison 1961 — auch das wollen wir hier vermerken — wurden dem Hotel- und Gastgewerbe 1120 ausländische Arbeiter als Kontingent ohne weiteres Bewilligungsverfahren zugestanden. Von diesem Kontingent, von diesen 1120 ausländischen Arbeitern, wurde nicht einmal ein Viertel ausgenützt. Die beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte waren durchwegs ungeschulte Hilfskräfte, wie man sie bei annehmbaren Bedingungen, wie gesagt, auch im Inland hätte auftreiben können.

Dazu kommt noch eines: Die geschulten ausländischen Arbeitskräfte, auch wenn sie nach Österreich kämen, verlangen unbedingt

Holoubek

einen sechsmonatigen Vertrag. Bei der kurzen Saison, die wir haben, ist es kaum möglich, diese Forderung zu erfüllen. Ich kann Ihnen aber — auch das kommt vor, und zwar nicht vereinzelt, wie mir die Gewerkschaft heute mitgeteilt hat — den Brief eines Mannes vorlesen, der derzeit am Semmering im Hotel- und Gastgewerbe beschäftigt ist und der am 4. Dezember 1961 an die Gewerkschaft geschrieben hat:

„Sehr geehrte Herren!

Ich bin 28 Jahre alt, Empfangschef im Hotelfach, und wünsche, Ihrer Gewerkschaft beizutreten. Wollen Sie mir bitte umgehend die entsprechenden Formulare samt Statuten hierher übersenden. Ganz allgemein möchte ich feststellen, daß es mir — ebenso zwei Kollegen — bisher nicht möglich war, in Österreich eine diskutabile Stelle zu finden, obwohl in sämtlichen Zeitungen dauernd von ‚akutem Hotel-Fachpersonal-Mangel‘ die Rede ist.

Bemerken möchte ich, daß ich seit 1953 im Fach bin und allerbeste Zeugnisse und Referenzen deutscher und vor allem Schweizer Hotels besitze. Drei Fremdsprachen beherrsche ich perfekt.

Vielleicht können Sie mir raten, was man als Österreicher in Österreich sonst noch können muß, oder an wen man sich zu wenden hat, um nicht auf Stellen im Auslande angewiesen zu sein. Auch meine Kollegen wären an einer Aufklärung sehr interessiert.“

Wenn das der einzige Brief wäre, so würde ich meinen, der Mann ist ein Außenseiter, dem es bestimmte Umstände unmöglich machen, einen Posten zu finden. Aber wie mir die Gewerkschaft versichert, könnte sie mir eine Reihe solcher Briefe geben.

Ich muß zum Schluß als Wiener Abgeordneter noch auf ein Problem verweisen, mit dem die Bundesländer zu ringen haben, die bis 1955 russische Besatzung hatten.

Im Jahre 1955 hat der Herr Abgeordnete Römer von der Volkspartei in der Budgetdebatte davon gesprochen, daß den östlichen Bundesländern eine besondere Begünstigung in der Fremdenverkehrswirtschaft gebührt, weil sie arg benachteiligt wurden. Ich kann das auch heute noch unterstreichen. Obwohl die Gesamtzahl der Übernachtungen in Wien von 1958 bis 1961 um ungefähr 200.000 gestiegen ist, geht der Anteil Wiens am österreichischen Ausländerfremdenverkehr dauernd zurück. Waren es 1955/56 9 Prozent, so sind es 1959/60 nur mehr 6,7 Prozent. Dies, obwohl Wien erfreulicherweise immer mehr Kongreßstadt wird und es in steigendem Maße werden wird, wenn die geplanten neuen

Hotelbauten in der Inneren Stadt fertig sein werden.

Bei der Verkehrstagung am 1. Dezember dieses Jahres hat der Leiter der Fremdenverkehrsstelle Wien, Herr Professor Minarz, das so ausgedrückt: „Vom Standpunkt Wiens aus zerfällt Österreich im Reiseverkehr noch immer in den goldenen Westen und in das Aschenbrödeldein der ehemals russisch besetzten Länder unter der Enns.“

Es ist in der Tat so. Dazu ein paar Zahlen: Vom deutschen Reiseverkehr zum Beispiel hat Wien 2,1 Prozent, Niederösterreich 1,2 Prozent und das Burgenland 0,2 Prozent. Der gesamte Osten Österreichs hat also vom deutschen Reiseverkehr nur insgesamt 3,5 Prozent. Das ist alarmierend, und wir müssen verlangen, daß alles getan wird, diese Verhältnisse zu bessern.

Meine Damen und Herren! Was sind die Ursachen für diesen Zustand? Im Westen konnte der Fremdenverkehr schon während der Besetzung einsetzen. Die Bettenanzahl im Westen konnte rasch vermehrt werden, während das bei uns hier nicht der Fall war. Im Gegenteil, in Wien war sehr viel zerstört, und wir konnten einem eventuellen Bedarf nicht Rechnung tragen. Nach dem Abzug der fremden Truppen konnte man feststellen, daß diese nach der Rückkehr in ihre Heimatländer zu den besten Werbern für den Besuch Österreichs wurden. Wer die Jahre nach dem Abzug der französischen Truppen aus Tirol in Tirol gewesen ist, konnte feststellen, daß nicht nur die ehemaligen Soldaten selber als Urlauber zurückgekommen sind, sondern daß sie auch noch sehr viele andere Franzosen mitgebracht haben. Im Gegensatz zu den östlichen Bundesländern haben in den westlichen Ländern die Besatzungssoldaten als Werber für Österreich gewirkt.

Eine andere Ursache, warum Wien von den Ausländern so vernachlässigt wird, ist, daß die Transeuropa-Expresszüge an Wien vorbeifahren. Wenn die Autobahn, so wie es geplant ist, Wien umfahren wird, dann wird das vermutlich eine weitere Ursache sein, daß die Fremden nicht in dem Maße zu uns kommen, wie es erforderlich wäre.

Ich will bei dieser Gelegenheit, Herr Minister, einem konkreten Ersuchen Ausdruck geben: Wenn man die schöne Wachau-Straße in der Richtung nach Wien verlängern und sie nicht bei Krems enden lassen würde, so wäre das auch eine Möglichkeit, mehr Ausländer als bisher nach Wien zu bekommen.

Es muß auch gesagt werden, daß die Kredite für das Gastgewerbe reichlicher nach dem Westen geflossen sind. Der Osten war bisher sehr benachteiligt. Wenn die ERP-

Dr. Gredler

vor etwa einem Jahr auch in der Zeitung „Heute“ — gebracht wurde.

Ich spreche über verschiedene bedrohliche Faktoren bezüglich des Einflusses der KPÖ auf den österreichischen Handel, insbesondere den Osthandel. Wenn ich dieses Thema behandle, so möchte ich von vornherein feststellen, daß daraus keinerlei Irrtum über die Einstellung der Freiheitlichen Partei zum Osthandel selbst entstehen soll. Ich habe selbst zu einem sehr frühen Zeitpunkt in diesem Hause die Ehre gehabt, das volle Verständnis der freiheitlichen Fraktion für die Handelsbeziehungen Österreichs mit den östlichen Staaten zu äußern. Es war uns klar, daß ideologische Differenzen kein Hindernis in einer Welt darstellen können, in der etwa Großbritannien über Hongkong mit dem Osten schon zu einem Zeitpunkt einen erheblichen Handel trieb, als dagegen in den meisten Staaten des Westens noch Bedenken geäußert wurden.

Wir Freiheitlichen haben die Regelung des Verhältnisses zwischen Wien und Moskau durch den Staatsvertrag, durch das Moskauer Protokoll, durch den Handels- und Schiffsahrtsvertrag 1955, durch das Moskauer Communiqué 1958 über die Revision der Reparationen, durch den Beitritt Österreichs zur Belgrader Donau-Konvention sowie durch spätere Handels- und Ablöselieferungsvereinbarungen durchaus gutgeheißen. Wir haben die sich aus dem Gütertausch ergebenden Kontakte, über alle politischen Trennungsmomente hinweg, positiv beurteilt.

Wenn wir Freiheitlichen uns für ein möglichst enges Assoziationsverhältnis zur EWG aussprechen, so bedeutet uns dies keineswegs eine Schwächung der österreichischen Neutralitätsverpflichtung noch eine etwa beabsichtigte Einschränkung des Handels mit der Sowjetunion oder mit anderen östlich profilierten Staaten. Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht nur am Rande darauf hinweisen, daß der Handel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Sowjetblock mit einem Austauschvolumen von über 1 1/2 Milliarden Dollar in den ersten neun Monaten dieses Jahres im Anwachsen begriffen war und ist.

Ich bitte also alles, was ich in der Folge über die kommerzkomunistischen Firmen und ihre Handelspraktiken sagen werde, nur in diesem Licht zu verstehen.

Die Praxis, daß sich in Österreich für lebenswichtige Rohstoffimporte aus den Ostländern Firmen etablieren, denen durch die Exportländer Monopolfunktionen eingeräumt werden, stellt in Wahrheit eine schwere

Gefährdung unserer durchaus erwünschten Handelsbeziehungen mit dem Osten dar. Dazu kommt, daß die Gewinne dieser Firmen zum größten Teil zur Finanzierung der kommunistischen Parteien nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen westeuropäischen Ländern dienen. Die Bereitwilligkeit allerdings sowohl von verstaatlichten Betrieben, die maßgeblich von Sozialisten geführt und beeinflußt werden, wie auch im besonderen von Angehörigen der sogenannten bürgerlichen Wirtschaftssphäre, sich diesen Praktiken willenlos zu ergeben, sie zu unterstützen und zu fördern, verdient eindeutig geißelt zu werden.

Ich möchte vorwegnehmen, daß es mir natürlich nicht möglich ist, im Geheimbereich der kommunistischen Kommerzkapitalisten — und ihrer Anhängsel in der Koalitionssphäre — langwierige Recherchen zu pflegen. Seitdem ich aber vor einigen Wochen bei Erwähnung der Kohlenwirtschaft in diese Eiterbeule hineingestochen habe, erhalte ich schriftlich und mündlich — erfreulicherweise übrigens fast nie anonym — Information über Information, die jenes abgerundete Bild ergibt, über das ich heute zu Ihnen sprechen darf. Unter meinen Informanten befinden sich übrigens auch Angehörige jenes Wirtschaftsapparates, der meist von nach dem Krieg aus England zurückgekehrten Emigranten geleitet wird. Nicht wenige dieser Menschen bedauern heute ihren seinerzeitigen Entschluß, sich den Kommunisten zur Verfügung gestellt zu haben; sie sind darüber unglücklich.

Natürlich wird das von mir jetzt Ausgeführte nicht Anspruch auf Vollständigkeit, vielleicht nicht einmal auf minuziöse Genauigkeit, erheben können, es wird sich aber in der sachlichen Praxis als richtig erweisen.

Ich habe mir im Hinblick auf die Bedrohung, die die Gestirnis der kommunistischen Kommerzkapitalisten für den legitimen und erwünschten Osthandel darstellt, erlaubt, zu gleicher Stunde eine Darstellung meiner Ermittlungen dem Herrn sowjetischen Botschafter in Wien überreichen zu lassen. Ich hätte die Darstellung auch gerne dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Vizekanzler überreicht, sie sind aber im Augenblick nicht im Hause.

Ich möchte feststellen, daß die Praxis der Kommerzkommunisten in einzelnen Volkdemokratien eine größere Unterstützung findet, so vor allem seitens der DDR, als durch die Sowjetunion selbst. Darüber hinaus bin ich überzeugt, daß weder diese noch auch ich oder andere Faktoren den immer wieder geäußerten Verdacht nachweisen können, wonach ein Großteil der Gewinne dieser Firmen

3678

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Dr. Gredler

in dunkle Kanäle, auch in solche des Auslandes, fließen. Kanäle, die wohl teilweise der Finanzierung kommunistischer Parteien, vor allem natürlich der KPÖ selbst, dienen, teilweise aber auch zu Schwarzkonten einzelner kommunistischer Kommerzkapitalisten führen.

Die Monopolstellung, die die erwähnten KPÖ-Firmen samt ihren andersgesinnten Aushängeschildern aus Kreisen beider Regierungsparteien besitzen, besteht darin, daß ein Import verschiedener Erzeugnisse aus den Herkunftsländern nach Österreich keinen anderen Firmen ermöglicht wird. Solche Monopole in einer freien, marktwirtschaftlich geordneten Wirtschaft entsprechen weder dem Konzept der Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei, im besonderen nicht dem des Wirtschaftsbundes — soweit man hier von einem Konzept und nicht nur von der Massenfabrikation von Kommerzialräten sprechen kann —, sie entsprechen aber auch nicht der antikartellistischen und antimonopolistischen Einstellung der Sozialisten, obwohl diese dort, wo sie selbst Monopole haben, sich, wie mir scheint, dabei ganz wohl fühlen.

Die Monopolstellung der KPÖ-nahen Firmen entspricht nicht einmal dem kommunistischen Prinzip, denn in diesem beruhen Einhandorganisationen der Fachwirtschaft auf einem völlig anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System, sie dienen nicht der Anhäufung von Spekulationsgewinnen, nicht einmal im Parteiinteresse, geschweige etwa im Interesse einzelner hochverdienender Kommunisten oder Pseudo-Kommunisten. Ich nenne sie deswegen Pseudo-Kommunisten, weil der Willensentschluß einiger aus England später nach Österreich zurückgekommener Emigranten, sich der KPÖ nach dem Krieg zur Verfügung zu stellen, 1944 in einer Besprechung bei London nicht aus idealistischen Motiven erfolgte. Er wurde auf Grund der Überzeugung getroffen, die besseren Geschäfte nicht innerhalb der großen SPÖ, sondern in der kleinen KPÖ mit den großen östlichen Wirtschaftschancen machen zu können.

Die Gefahren, die in der erwähnten Monopolstellung der Kommerzunternehmen der KPÖ für die österreichische Volkswirtschaft entstehen, liegen auf der Hand.

Sie bestehen darin, daß jeder Konsument aus Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe und Verbraucherschaft, der diese Rohstoffe, die zumeist in großen Mengen importiert werden, benötigt, damit gezwungen ist, die kommunistischen Parteien zu finanzieren.

Sie bestehen darin, daß lebenswichtige Sektoren der österreichischen Wirtschaft sich

in Händen befinden, die in der Lage sind, diese Tatsache politisch auszuwerten.

Und sie bestehen schließlich darin, daß namhafte Sektoren der österreichischen Volkswirtschaft auf dem Markt nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten geführt werden.

Damit ist der Wirtschaftsapparat der KPÖ in der Lage, die gesamte ökonomische Grundlage zu stören. Er stellt einen gefährlichen Fremdkörper auf dem österreichischen Markt dar, er bedroht aber auch das Bestehen, die Abwicklung, den Aufbau und Ausbau eines wirtschaftlichen, eines an sich richtigen, auf überparteilichen Gesichtspunkten beruhenden Osthandels.

Wer hier etwa mit Gegenargumenten wie Neutralität und Demokratie kommen will, dem sei geantwortet, daß derlei Praktiken ja gerade eine echte Neutralitätseinstellung verhindern. Im übrigen sei auch unterstrichen, daß eine Demokratie zum Untergang verurteilt ist, die sich nicht energisch dagegen wehrt, wenn man echte demokratische Prinzipien — wie etwa den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit — dazu benützt, das Gegenteil anzustreben, Monopole und Kartelle, wenn auch solche mit Linksdrall, zu errichten, ja die Wurzel der Demokratie solcherart zu gefährden. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte hat dies genügend bewiesen. Die Lehren, die der Herr Innenminister gegen einige Verantwortungslose von der radikalen Rechten daraus zieht, wendet er — bei ihm sind wir das irgendwie gewöhnt —, wenden aber auch andere gegen die heute viel größere Gefahr von links nicht an.

Ebenso zu entkräften ist das Argument, das einem so gerne in Wirtschaftsbundkreisen oder auch in solchen mit anderem politischen Profil, wo man eben gerne mitverdient, und sei es auch, wenn man gleichzeitig damit seine eigene Existenz gefährdet, ja eine mögliche spätere Enteignung fördert, entgegengehalten wird: das Argument, Österreich wäre auf diese Form des Handels angewiesen, man müsse eben diese Konstruktion als gegeben hinnehmen. Dazu möchte ich ausdrücklich bemerken, daß viele westeuropäische Länder in ähnlichem und gleichem Ausmaß aus dem Osten importieren und dort hin exportieren, ohne daß es dort gelungen ist, Monopolburgen kommerz-kommunistischer Kartelle zu errichten.

Die Willfährigkeit der Koalition ist maßgeblich daran beteiligt, daß es bei uns heute so aussieht, daneben aber auch die Gilde jener Leute, die Lenin wie vor kurzem auch Togliatti wenig höflich, aber nicht unzu-

Dr. Gredler

treffend als „nützliche Idioten“ bezeichnet hat. In purem Geschäfts- und Raffgeist arbeiten nicht wenige Geschäftsmänner mit den Kommerzkommunisten eng zusammen, um ein stattlich gefülltes Whisky-Glas in der Hand zu halten und einige Dollarscheine mehr in die Taschen zu stecken, auf denen sie lesen können: „In God we trust“ — auf Gott vertrauen wir!

Meine Damen und Herren! Weniger auf Gott — vielleicht auch — als auf seinen gediegenen kommerziellen Verstand vertraute ein ausgezeichnete Kaufmann — er heißt auch so —, der 1946 aus England nach Österreich zurückgekehrte Stefan Kaufmann, Sohn einer reichen oberschlesischen Familie von Kohlengrubenbesitzern. Er gründete die Firma „Polcarbon“ in enger Verbindung mit der KPÖ. Trotz Linientreue kam er mit dem Herrn Generalsekretär Fürnberg, der noch heute die graue Eminenz des Wirtschaftsapparates der KPÖ darstellt, nach einigen Jahren in Konflikt.

Unter dem Titel „Die große Ebbe“ weiß die Zeitung „Die Furche“, der man wahrlich nicht übertriebene antikommunistische Gesinnung nachsagen kann (*Abg. Lola Solar: Na, na!*), in der Nummer vom 26. Jänner 1957 darüber bereits Interessantes zu berichten. Die Zeitung „Die Furche“ enthüllte damals, daß neben der „Polcarbon“ auch die „Intrac“ Stützen des kommunistischen Handelskonzerns ebenso wie die „Polcommerz“ und die „Poligraph“ unter Leitung der Herren Fürst, Albin, Kessler, Gold und Rosenstrauch seien. „Die Furche“ erwähnt schließlich die Firma „Wagner & Co.“ mit ihrem Spezialisten für knifflige Switch-Geschäfte, Herrn Menasse.

Die gleiche katholische Zeitung vom Jänner 1957 berichtet dann über die Kosten des Globus-Hauses und schreibt, daß man diesen großen Bau auf einen Baugrund mit ungesunden Wasseradern gestellt habe. Diese Wasseradern haben sich dann tatsächlich abträglich für die Entwicklung der KPÖ bei den Wahlen 1959 erwiesen. Aber auf nicht so wasseraderreichen Baugründen waren jene Häuser errichtet, in denen die Büros der Kommerzkommunisten ihre Tätigkeit ausüben.

Die Kampffonds und Mitgliedsbeiträge der KPÖ gingen und gehen zurück. Die einzelnen Bezirkssekretäre arbeiten mit niedrigen Gehältern. In einem Reorganisationsprozeß hat die KPÖ Zeitungen eingestellt und Angestellte entlassen. Die Geschäftsführer des kommerzkommunistischen Kartells aber verdienen heute noch immer etwa 18.000 S im Monat, wovon sie allerdings einen erheblichen Teil als Parteisteuer an die KPÖ abzugeben

haben. Die beiden Vorerwähnten, die Herren Menasse und Fürst, gehören dazu. Nicht anders Herr Bettelheim von der Firma „Turmöl“, Herr Haber von der Firma „Agrex“, Herr Kohn von der Firma „Vajda & Co.“, Herr Kanfer von der Firma „Primex“, Herr Bondy von der Firma „Redeventza“, Herr Bernthaler von der Firma „Techno-Import“, Herr Meiselmann von der Firma „Kuntner & Co.“, Herr Fräser von der Firma „Controlla“, Herr Hansliček von der Firma „Kontakt-Kommerz“, die Herren Klamper und Fried von der Spedition „Expres“, Herr Hör von der Firma „Hör & Co.“, Frau Rosa Funk von der Firma Dr. Back, Herr Müller von der Firma „RIVA“, Vaduz, „Steel-Mill“, Vaduz und „RIVA“, Budapest, Herr Birnbach von der Firma „Simpex“, Brüssel, Herr Bauer von der Firma „NOVUM“ und Firma „Batimex“, Ost-Berlin, Herr Stern von der Firma „Anglo Austrian Trading Comp.“, London.

Es ist interessant, daß die ausländischen Filialgründungen, von denen ich einige eben erwähnte, dort als selbständige juristische Personen aufscheinen. Auch diese Firmen beschäftigen sich wie ihre österreichischen Mutterfirmen mit dem Handel bestimmter Produkte von und nach den Oststaaten. Diese Firmen, mit zahlreichen Nicht-Kommunisten in ihrem Beamtenstab versehen, gelten selbst bei höchsten Stellen im Ausland nicht als kommunistisch, obwohl sie dem kommerzkommunistischen Apparat der KPÖ zugehören. Man nimmt sie dort als österreichische Unternehmen und weiß nicht, daß in Wahrheit ihre Exponenten nach den Weisungen des ZK handeln, soweit sie nicht auch nebenher diesem unbekannte Geschäfte in eigenem Interesse abwickeln. Wäre ich ein Freund der Kommunisten, würde ich dem ZK der KPÖ den Rat geben, es möge einmal in den Büros am Höchstädtplatz einige Bücher dieser Firmen einziehen und überprüfen. Aus ihnen ließe sich anscheinend wohl schließen, daß manche Kommerzkommunisten mit der Tendenz spielen, ihre Wirkungsstätten zu ihren privaten Bankkonten nach dem Westen zu verlagern.

Diese Dinge — ich möchte es nochmals betonen — sind in ihrem vollen Umfang weder der sowjetischen Botschaft noch ihrer Handelsdelegation noch auch allen führenden österreichischen Kommunisten bekannt.

An der Spitze des Wirtschaftsapparates der KPÖ steht ein Bankfachmann, Herr Jenö Desser, dessen Eltern noch heute in Amerika leben. Er und einige Jahre früher der jetzt etwas in den Hintergrund getretene Herr Bettelheim tragen im Kreise ihrer kommerz-

Dr. Gredler

kommunistischen Freunde die Spitznamen „Papa“ und „Mama“. Der Satz „Der Papa wird's schon richten!“ gilt also nicht nur für einige Koalitionspolitiker in diesem Hause (*Abg. Probst: Nur für einen, nicht für einige!*), sondern auch für diese Seite.

Desser mit seiner Firma „Kommerz-Kontakt“ koordiniert seit etwa zwei Jahren die Wirtschaftsgeschäfte der KPÖ-Firmen. An die „Kommerz-Kontakt“ wenden sich zur Abwicklung von Geschäften mit dem Osten auch nichtkommunistische Firmen, wobei die Auftragserteilung, nicht selten auch die Monopolisierung, durch Herrn Desser und seine Mitarbeiter gelenkt werden.

Das Gesellschaftskapital der von mir angegebenen Firmen — die aufgezählte Liste ist natürlich nicht vollständig — gehört nicht oder zum Hauptteil nicht den vorgeschobenen Vertrauensleuten, sondern größtenteils der KPÖ selbst. Die Leitungen der kommerz-kommunistischen Firmen sind wieder untereinander verflochten. Die leitenden Personen, von denen ich die meisten ja hier genannt habe, sind als Gesellschafter, Geschäftsführer usw. gleichzeitig in verschiedenen Firmen und meist auch in verschiedenen Funktionen tätig.

Ich nehme mir ein Beispiel heraus. So ist etwa in der Firma „Wagner & Co.“ Frau Erna Wachs tätig. Ihr Mann ist Mitglied des ZK der KPÖ. Die Firma „Wagner & Co.“ vermittelt zum Beispiel den Einkauf von Kali in der DDR. Die nichtkommunistische Firma Prohaska besorgt die Weiterverteilung in Österreich. Die genannte österreichische Firma steht in enger Verbindung mit der finanzstarken Schweizer Firma „Amropa“ in Basel; sie ist vermutlich deren Tochterunternehmen. Es wird behauptet, daß die Basler Firma — ich kann dies nicht nachweisen — die Kommerz-kommunisten hinsichtlich ihrer Vermittlerrolle in Getreide, Kali und Sämereien aus der DDR und anderen Ostländern mannigfach unterstützt.

Was ist nun das Ergebnis? Jeder einzelne Österreicher, der seinen Ofen heizt oder der als Landwirt ein Düngemittel bezieht, hat erhebliche Chancen, damit ungewollt die KPÖ mitzufinanzieren. Zum Beispiel verteilen die von der ÖVP gesteuerten Landwirtschaftsgenossenschaften, vom Landwirtschaftsministerium subventioniert, das Düngemittel Kali. Wie erwähnt, wird dies aus der deutschen Ostzone durch die kommerz-kommunistische Firma „Wagner & Co.“ vermittelt. Obwohl Österreich Kali auch aus anderen Ländern beziehen könnte, wird, um das Kammerabkommen mit der Ostzone zu erfüllen, ein erheblicher Teil von Kali in Ostdeutschland

gekauft. Ich sagte schon: Nichts gegen Handelsbeziehungen! Aber der bezahlte Preis liegt über den Notwendigkeiten, weil eine nicht unerhebliche Rendite für die kommerz-kommunistische Vermittlungsfirma dabei mit-einkalkuliert werden muß. Der Fall liegt ähnlich wie bei der Kohle, wo einige Prozent des Preises der kommerz-kommunistischen Konzerne einem Guthaben bei der ostdeutschen Notenbank in Form eines Ausländerkontos zufließen. Meine Damen und Herren! Wüßte er es, würde dies vielleicht sogar Herrn Chruschtschow wundern.

Im Grunde genommen wird durch die sogenannte Kalisack-Stützung des österreichischen Landwirtschaftsministeriums im Wege der damit verbundenen Handelspraktiken und durch die Käufe von solchem Kali durch den österreichischen Landwirt — sicherlich gegen den Willen des Herrn Landwirtschaftsministers wie natürlich auch der Bauernschaft — die KPÖ mitfinanziert. Simplifiziert heißt das also, daß mancher Landwirt seine eigene Umwandlung in die Kolchose, seine eigene Enteignung irgendwo mitfinanziert.

Ich sprach gerade auch von der Kohle, bereits neulich habe ich einiges davon erwähnt. Auf diesem Sektor ist ein großer kommunistischer Block tätig, der mit seinem Wirtschaftsapparat die Branche in Österreich durchdringt und mit seinen Verdiensten die KPÖ mitfinanziert.

Die Firma „Wagner & Co.“, die seit Jahren den Handel mit der sogenannten DDR export- und importmäßig fast zur Gänze monopolisiert, habe ich genannt. Bis 1954 konnte man das natürlich aus den Besatzungsverhältnissen heraus erklären. Um Ihnen aber den Rahmen der damaligen Geschäfte vor Augen zu führen, möchte ich Ihnen sagen, daß es sich auf der Einfuhr- wie auch auf der Ausfuhrseite um zirka 16 Millionen Dollar jährlich handelt. Aber noch heute bestimmt, obwohl in den letzten Jahren kleinere Vertretungen im Handel mit der Ostzone auch an energische und fleißige nichtkommunistische Stellen abgegeben wurden, die Firma „Briko“ unter Führung von Herrn Flemmer den gesamten Braunkohlenhandel mit der DDR. Herr Erwin Flemmer ist übrigens — das ist eine angenehme Ausnahme — ein echter, überzeugter Kommunist. Er stammt aus der kommunistischen Jugendbewegung und ist außerdem ein ausgezeichnete Kaufmann; das kann ihm niemand absprechen. Ich billige ihm darüber hinaus idealistische Motive zu, wenn er daran ist oder es ihm teilweise schon gelungen ist, etwa 40 Prozent des Wiener Kohlenhandels durch einen vollzogenen oder sehr weitgehend projektierten Aufkauf der

Dr. Gredler

Firmen „Montana“, „Allgemeine Brennstoff“, „Ergona“, „Marmorek“, um nur einige zu nennen, beziehungsweise durch Beteiligung an einer Reihe anderer, in die Hand zu bekommen.

Jährlich bringt die Firma „Briko“ zirka 300.000 Tonnen Braunkohle nach Österreich. Die Differenz zwischen dem eingereichten Lizenzpreis und dem tatsächlichen Verkaufspreis der „DIA-Bergbau“ beträgt bis zu 3 Dollar je Tonne. Dieser Differenzbetrag wird nach mir zugegangenen Informationen nach Bezahlung dem Ausländerkonto des KP-Konzerns bei der Notenbank der DDR, der Ostzone, Notenbankkonto Nr. 333, gutgeschrieben. Die Firma „Briko“ hat auch inzwischen Vertretungen und Handelsfirmen in Österreich und Westdeutschland aufgezogen. Somit finanziert jeder Österreicher, der Kohle von der Firma „Briko“ bezieht, sogar unter Umständen beim Ankauf von Ruhrkohle, über diese Quelle die KPÖ.

Das merkwürdige an den enormen Gewinnen der Tarnfirmen der KPÖ ist, daß die Eingänge stets größer sind als die Ausgänge an die KPÖ. Da man nicht annehmen kann, daß diese Partei oder ihre Führung sich bereits für allfällige günstige Absatzbewegungen Sonderkontos in der Schweiz anlegt, muß man sich doch wohl fragen: Wo kommt das Geld hin? Aber es scheint, daß die Solidarität mit den volksdemokratischen Partnern klein geschrieben ist, denn Geschäftsgewinne bis zu 60 Prozent sind bei diesen Firmen nicht selten, nur daß nicht immer das ZK dies weiß und auch nicht immer an der Gewinnabfuhr entsprechend beteiligt ist. Hinweise auf gewisse Tendenzen zur Nestflucht der führenden Kommerzkommunisten sehe ich auch in der betrüblichen Tatsache, daß wir ihre Profile seit etwa zwei bis drei Jahren beim Mai-Umzug vermissen müssen. Erst nach Einführung einer Umfahrt dieser Genossen, etwa im BMW des Herrn Desser, werden wir sie vielleicht wieder am 1. Mai am Ring beim kommunistischen Umzug sehen können.

Um aber auch den Umfang der weit über Österreich hinausgehenden Geschäfte des Wirtschaftskartells der KPÖ zu beschreiben, sei darauf hingewiesen, daß die Ostberliner Außenhandelsgesellschaft „DIA-Chemie“ über die „Anglo Austrian Trading Comp.“, London — ich habe sie vorhin schon genannt —, eine Großlieferung an Pottasche und Natriumchlorat abwickelt, wobei Natriumchlorat aus Ostberlin 50 Prozent, Pottasche 40 Prozent des englischen Gesamtbedarfes deckt.

Zahllos sind die Schwarzgeschäfte der Kommerzfirmer der KPÖ, die anscheinend weder dem ZK noch den österreichischen Behörden bekannt sind. Auch österreichische

Firmen zahlen Schwarzprovisionen für Ostaufträge aus, die sich den Steuerbehörden entziehen. Die Inkassantin dieser Douceurs ist meist Frau Leni Litvak, eine nahe Verwandte des Herrn Friedl Fürnberg vom ZK der KPÖ. Es gibt kaum einen österreichischen Wirtschaftszweig, der nicht durch die unterirdischen Verbindungen der Kommerzkommunisten angegriffen, sogar ergriffen ist.

Meine Damen und Herren! Was macht nun etwa bei dieser Situation die Koalition, was macht etwa die Wirtschaftspolizei des Herrn Innenministers? Von der Wirtschaftspolizei können wir es uns denken: Natürlich gar nichts! Der Innenminister ist tief unglücklich, wenn er irgendwo zwei Jugendliche sieht, die gleichzeitig weiße Strümpfe anhaben und dadurch den Staat im Wege einer neonazistischen Welle in den Grundfesten erschüttern. Wenn aber das österreichische Wirtschaftsgefüge durch kommunistische Monopolisten unterhöhlt wird, geschieht gar nichts. Dabei ist allein der Autopark des KPÖ-Konzerns einige Millionen Schilling wert, die Kapitalstärke vielleicht hunderte Millionen. *(Abg. Rosa Jochmann: Und die Grabsteine in Innsbruck?)* Verehrte Frau Abgeordnete! Dieser Fall ist leider nicht aufgeklärt, und genauso wenig ist aufgeklärt, wer auf das Parlament geschossen hat. Man weiß allerdings die Wagentype. Man nimmt an, daß es sich um einen Ferrari handelt. Nach den Ermittlungen der Polizei handelt es sich um einen blauen Ferrari. Es gehört nicht hierher, aber Sie haben mich aufgerufen. Es gibt in Wien rund 20 Ferrari, davon nur 2 blaue! Und der Herr Minister weiß anscheinend noch immer nicht, wer das gemacht hat. Vielleicht paßt ihm die Person nicht, die als möglicher Schuldiger in Frage kommt. Von den Grabsteinumwürfen haben wir schon gesprochen. *(Abg. Zeillinger: Der Innenminister soll es uns mitteilen!)* Ich glaube, es ist hier aber doch richtig ... *(Abg. Zeillinger: Wir möchten sehr gerne wissen, wer aufs Parlament schoß, der Innenminister soll es einmal sagen!)* Meine Kollegen! Verehrte Frau Kollegin! Lassen wir die Grabsteine, denn ich stimme mit Ihrer Ergrimmtheit, die Sie darüber mit Recht zeigen, völlig überein! Ich habe neulich schon erklärt: Es ist ein Schandakt. Einigen wir uns darauf: Wir alle haben ein Interesse daran, daß man findet, wer daran schuld ist! Diesen möge man entsprechend und exemplarisch bestrafen. *(Abg. Rosa Jochmann: Dann gestatten Sie mir einen Zwischenruf: Dann dürfen Sie nicht davon reden, daß es nur zwei gibt, die weiße Wadenstutzen tragen. Es gibt mehr Symptome!)* Sicherlich gibt es mehr Symptome. Aber nehmen wir selbst an, es ist eines dieser

Dr. Gredler

Symptome die schändliche Grabsteinumwerfung in Innsbruck, von der man nicht weiß, wer sie provoziert hat. Es gibt einige, die sich am Ring schlecht benommen haben; ich will dies nicht leugnen. Es ist beschämend, und im Falle dieser drei weiß man, wer sie waren. Sie dürfen versichert sein, daß sich jedermann von diesem Tun zu distanzieren hat. Aber ich spreche jetzt doch davon, daß die Kapitalstärke dieses Konzerns, dieses Kartells, das unsere Wirtschaft und, wie ich schon sagte, den legitimen Osthandel bedroht, ja hunderte Millionen stark ist, daß allein der Autopark einige Millionen Schilling wert ist. Ich glaube, man muß davon sprechen.

Die österreichischen Firmen des privaten wie des verstaatlichten Sektors machen es sich recht bequem. Selbst durch Volksdemokratien ausdrücklich vorgebrachte Wünsche, ihren Handel nicht — ich unterstreiche: nicht! — durch den Monsterkapitalkonzern der Kommune vertreten zu lassen, werden nicht berücksichtigt. Laufend leisten private und verstaatlichte Unternehmen an den KP-Konzern Provisionszahlungen und pöppeln damit die Kommunisten, aber auch die Privatkontos einiger Linkskapitalisten auf.

Als auf dem Sektor Kohle die kommunistischen Firmen vor mehreren Jahren in einer Situation standen, die ein Weiterbestehen im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft in Frage stellte, wurden sie von der bürgerlichen Wirtschaft selbst gerettet. Man machte einigen namhaften Kaufleuten die Beteiligung schmackhaft. Diese Kaufleute haben recht, wenn sie sagen, daß ihnen sogar von öffentlichen Stellen geraten wurde, einzusteigen und gegen einen lächerlichen Prozentsatz ihren Namen herzugeben, um damit diese Firmen salonfähig zu machen.

Das bezieht sich nicht nur auf Wien. Auf dem Sektor Mineralöl wie auf dem der Kohle hat sich von der Firma „Roter Turm“ eine neue Firma „Turmöl“ des Herrn Maimann abgespalten. Diese übernimmt die Ölimporte, während die auch öfter genannte Firma „Briko“ ihre Kohlenimporte weiterführt — ich glaube, auch der „Rote Turm“. Die Firma „Turmöl“ hat im neugeschaffenen Tankhafen der Stadtgemeinde Linz eine Niederlassung gründen wollen. Die Verwaltung des Linzer Bürgermeisters Dr. Koref, aber auch er selbst sind erhaben über jeden Satellitendienst für die Kommerzkomunisten. Daher haben sie auch Bedenken gehabt. Nun hat sich aber die angesehene bürgerliche Firma „Brüder Jessl“, Linz, gefunden, die schließlich — wahrscheinlich gegen eine Beteiligung — ihren Namen hergegeben hat und es damit der Firma „Turmöl“ ermöglicht hat, vom

Magistrat Linz ein Grundstück im Linzer Tankhafen zu bekommen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß es selbst den großen Weltkonzernen auf dem Mineralölsektor, die ansonsten internationale Abschlüsse ohne weiteres direkt auch mit den Ostländern tätigen, in Österreich nicht gelungen ist, ihren Import nach Österreich unter Ausschaltung dieser Firma „Turmöl“ durchzuführen.

Man kann manchen Kommerzkomunisten die Tüchtigkeit wirklich nicht absprechen. So versuchte die vom KP-Konzern aufgesogene Firma „Marmorek“ ihre Teilnahme an dem vor zwei Jahren gegründeten Kartell „Wiener Brennstoffhändler“ zu kündigen. Dabei handelt es sich bei diesem Kartell nicht um eine konsumentenfeindliche Maßnahme, sondern um das Gegenteil. Das Kartell „Wiener Brennstoffhändler“ wurde zu dem Zweck gegründet und genehmigt, um einerseits den kleinen Konsumenten einen günstigen, unter dem preisbehördlich genehmigten Preis liegenden Einkaufspreis zu ermöglichen, andererseits die ruinöse Konkurrenz unter den Kohlenhändlern bei Groß- und Behördenverbrauchern auszuschalten. Durch die Kündigung eines so maßgeblichen Teilnehmers, wie es zweifellos die Firma „Marmorek“ war, wären natürlich auch andere Großfirmen gezwungen, das Kartell zu kündigen, wodurch dieses auseinanderfallen würde.

Das ist nur ein Beispiel dafür, wie durch eine solche systematische Konzentration mit politischem und nicht wirtschaftlichem Kommandoturm ein gesamter Handelszweig ruiniert werden kann. Der rote Kohlenblock ist nämlich schon daran, weit über Wien hinaus in die Bundesländer vorzudringen. Es ist zu erwarten, daß diese Schritte in Wien nur ein Anfang sind, um von da aus den ganzen österreichischen Markt zu erobern und zu beherrschen.

Ich kann es nicht glauben, aber aus seiner eigenen Branche wurde mir vor kurzem berichtet, daß der Innsbrucker ÖVP-Stadtrat Hradetzky, der Obmann des Brennstoffhandlungsgremiums für Tirol ist, in konkreten Gesprächen mit dem Ziel sein soll, seine Firma eng an die Wiener kommunistische Kartellmonopolgruppe anzuschließen. Wie gesagt, ich kenne Herrn Hradetzky persönlich, und ich halte diese Information für unrichtig, was ich hoffe. Aber ich darf nicht verhehlen, daß sie mir von einer durchaus seriösen Seite zugegangen ist. (Abg. Probst: Das kann genauso wahr sein wie das vorher Erzählte mit den anderen Dingen! Warum ist das nicht wahr? Weil Sie bekannt sind mit ihm?) Nicht weil ich bekannt bin mit ihm! Herr Kollege, ich sage: Ich hoffe herzlich, daß es nicht stimmt.

Dr. Gredler

(*Abg. Probst: Alles andere haben Sie mit Überzeugung vorgetragen! Das nicht mehr? Weil das ein Bekannter von Ihnen ist?*) Herr Kollege, nicht weil es ein Bekannter von mir ist. Die von mir vorher genannten Menschen, auch die, die im Wirtschaftsbund stehen, sind nicht so politisch markante Leute wie der ÖVP-Stadtrat Hradetzky. Ich habe auch keinen im politischen Vordergrund stehenden Herrn von Ihnen erwähnt. Im Gegenteil! Ich habe bestätigt, daß sich Herr Bürgermeister Koref sogar gegen diese Placierung ausgesprochen hat. Daher fühle ich mich verpflichtet, einen mir bekannten markanten ÖVP-Politiker mit einer gewissen Hemmung zu erwähnen, weil ich noch immer hoffe, daß die mir zugegangene Information nicht stimmt. (*Abg. Probst: Aber wenn Sie annehmen, daß wir alles glauben sollen, was Sie vorhin erzählt haben, dann glaube ich auch das Letzte auf jeden Fall! Das ist mein Schluß!*) Herr Kollege, das ist fast koalitionswidrig, wenn Sie es auf jeden Fall glauben. (*Heiterkeit.*)

Ich möchte zum Schluß kommen. Die Förderung des KP-Konzerns und seiner rein kartellkapitalistischen Unternehmungen durch koalitionsnahe Private, durch Behörden, durch Betriebe ist offensichtlich. Das Bemühen, andere Handelswege zu gehen, scheint mir nicht oder kaum vorhanden zu sein. Sicherlich mag die verstaatlichte Industrie da oder dort unter Zwang stehen. Aber es ist für den Osthandel und seinen Ausbau bedauerlich, wenn etwa die Stahl- und Blechlieferungen der VÖEST nach Polen, Bulgarien und die Ostzone über die Firmen „Wagner & Co.“ und „Hör & Co.“ gehen.

Es ist bedauerlich, wenn sich das österreichische Bundesheer beim Ankauf von Maschinengewehren aus dem Osten kommerz-kommunistischer Vermittlungsfirmen bedienen muß. Dazu höre ich, daß diese Linkskapitalisten unter günstigsten Bedingungen dabei Kompensationsgeschäfte mit der ČSSR machen und an diesen nochmals und neuerlich verdienen.

Manchmal hat man aber doch den Eindruck, daß sich verstaatlichte Firmen mit ihrem Vertretungsvertrag mit den Linkskapitalisten ganz wohl fühlen, so etwa die „Simmering-Graz-Pauker“ durch die Firma „Wagner & Co.“. Dabei werde ich das unangenehme Gefühl nicht los, daß auch ich selbst etwa als Steuerzahler über allfällige Passiven dieser Firmen beziehungsweise deren Vertretungsfirmen höchst ungewollt durch meine Steuern quasi die KP und ihre Exponenten mitfinanziere.

Es wurde mir manchmal zugetragen, daß an gewissen Einkäufen des Bundesheeres der Bauernbund mitverdient. Ich glaube es nicht.

Ich bin überzeugt, daß der Herr Bauernbunddirektor Graf wie auch der „Reform-Landwirt“ Schleinzer solche Mißbräuche in ihrem Ressort nicht zulassen. Aber wäre es dennoch wahr — es ist sicher unwahr —, es wäre eine läßliche Sünde gegenüber einer Finanzierung des KP-Wirtschaftsapparates aus solchen Waffengeschäften. Muß es wirklich sein, daß der Erstverantwortliche der österreichischen Schuhindustrie ... (*Abg. Sebinger: Diese Frage, an die Adresse des Bauernbundes gerichtet, war aber eine Hauptsünde!*) Ich sagte: es ist eine läßliche Sünde. (*Abg. Probst: Gredler! Sie machen es uns schwer! Entweder glauben wir alles, was Sie sagen, oder nichts! — Heiterkeit.*) Herr Kollege, die Möglichkeit, die Dinge zu überprüfen, wird Ihnen sicher auch über den Weg des Innenministers richtig erscheinen. (*Bundesminister Dr. Bock: Abgeordneter Gredler hat gesagt: Es ist koalitionswidrig, der Opposition zu glauben! — Heiterkeit.* — *Abg. Probst: Für mich ist die Alternative gegeben: Ich glaube Ihnen alles! — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.*)

Ich glaube, nach dieser markanten Stimme darf ich fortfahren und feststellen, daß der Erstverantwortliche der österreichischen Schuhindustrie, Herr Präsident Brunnmüller, den österreichischen Schuhfabriken, die sich in das Ostgeschäft einschalten wollen, die kommerz-kommunistische Vermittlungsfirma „Kraus & Co.“ als Vermittler empfiehlt. Muß etwa der so erfreuliche Schuhexport nach der Sowjetunion daran mitwirken, die KPÖ zu finanzieren?

Meine Damen und Herren! Ich klage an. Ich klage in diesem Hohen Hause den Wirtschaftsapparat der KPÖ an, den Osthandel dadurch zu schädigen, daß sie ihn zur parteipolitischen Melkkuh degradiert.

Ich klage die einzelnen Exponenten dieser Kommerzkapitalisten von links an, daß sie bei monatlichen Bezügen von 18.000 S und im Ausland bis zu 30.000 S das Wirtschaftsgefüge Österreichs zum eigenen Nutzen unterhöhlen.

Ich klage die Koalition an, energie- und willenlos diese Zustände zu fördern oder zumindest zu dulden. Zustände — ich darf es noch einmal sagen —, die nicht so genau, aber doch sehr weitgehend genau, schon vor Jahren in den Zeitungen, die beiden Gruppen nahe stehen, geschildert worden sind.

Ich klage maßgebliche Exponenten der verstaatlichten wie der bürgerlichen Wirtschaft an, ein Gleiches zu tun und nicht selten daran mitzuverdienen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich spreche durchaus in Ihrem Sinne, wenn ich sage: Hier ist ein Wandel zu schaffen! Ich

Dr. Gredler

habe mir im Kapitel Handel nur dieses eine Thema herausgenommen. Warum? Das habe ich Ihnen bereits eingangs gesagt. Aber ich glaube, daß dieses eine Thema genügt, daß man bedenklich wird. Gerade wegen unserer Beziehungen zum Osten brauchen wir einen echten Osthandel. Wir sollen ihn haben. Wir sollen sogar, wenn wir mit der EWG verhandeln, den legitimen Wünschen in dieser Richtung Rechnung tragen. Und wir hören aus Brüssel, daß man bereit ist, dies auch im Verhandlungsweg zu tun. Aber dieser legitime Osthandel wird durch Machenschaften, wie ich sie hier genannt habe, im höchsten Grade gefährdet. Es liegt im Interesse unseres Vaterlandes, es liegt aber auch im Interesse unserer Handelspartner im Osten, daß hier ein Wandel geschieht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Josef Fink. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Josef Fink: Hohes Haus! Was das Thema Fremdenverkehr — um noch einmal darauf zu sprechen zu kommen — betrifft, so befinde ich mich in erfreulicher Übereinstimmung mit den sehr geehrten Vordnern, sodaß es wohl noch erlaubt ist, einige Akzente zusammenfassend aufzusetzen.

Der Fremdenverkehr ist, wie schon betont wurde, nach der Verfassung Landessache. Er ist aber auf Grund seiner überragenden wirtschaftspolitischen Bedeutung längst zu einer Staatssache in Österreich geworden. Der Devisenertrag von 7 Milliarden Schilling im Jahr 1961 ist für die Zahlungsbilanz von maßgebender Bedeutung. Der Fremdenverkehr steht mit diesem Devisenertrag als stiller Exporteur an der Spitze aller exportierenden Wirtschaftszweige Österreichs.

Fremdenverkehrsförderung ist eine Budgetpost. Wie kann der Fremdenverkehr gefördert werden? Einmal durch bessere Dotierung der Werbung. Seit Jahren ist der Budgetansatz für die Fremdenverkehrswerbung des Bundes gleichgeblieben. Die Werbung kommt dabei nicht mehr mit, denn die Personalkosten und die Druckkosten steigen, aber die Mittel bleiben immer gleich, ja sie werden eher noch weniger. Es wurde heuer da und dort über ungenügende Winterwerbung geklagt. Ich halte sie nicht für ungenügend. Wäre sie aber ungenügend, so könnte ich es verstehen. Denn wie soll man werben, wenn viel zuwenig Geld da ist?

In der Fremdenverkehrsförderung ist die Bedachtnahme auf die Kreditpolitik notwendig. Das Wort ERP ist nicht nur zu einem Schlagwort, sondern auch zu einem Leidenswort geworden. Wir kommen mit dem ERP-Gesetz, wie es scheint, noch immer und immer

nicht zu Rande. Dadurch wird — ich mache darauf aufmerksam: das ist eine gefährliche Sache! — das Investitionstempo verlangsamt, dadurch verringert sich unsere Wettbewerbsfähigkeit, dadurch verringern sich unsere Einnahmen, dadurch verringert sich die finanzielle Qualität der Gäste. Wir hätten in Österreich doch gerade die Steigerung der Ausgaben unserer Auslandsgäste so blutig notwendig, denn die täglichen Ausgaben unserer Auslandsgäste in Österreich betragen, in Dollar umgerechnet, rund 10 Dollar. In den Nachbarländern, in Italien, in der Schweiz, in Deutschland, betragen sie das Doppelte oder noch mehr.

Drittens erachte ich in der Fremdenverkehrsförderung die Bedachtnahme auf die Steuerpolitik für notwendig. Die Gesamtbesteuerung, auf den Gesamtumsatz berechnet, bewegt sich in Italien und in der Schweiz zwischen 1½ und 2½ Prozent, in Deutschland sind es 8 Prozent, und in Österreich sind es 10 Prozent! Das besagt ja wohl alles!

Zum vierten ist die Bedachtnahme auf den Naturschutz und auf den Landschaftsschutz notwendig. Es darf doch nicht das Grundkapital des Fremdenverkehrs, die Einmaligkeit der österreichischen Landschaft, verwirtschaftet werden! Es ist daher notwendig, Wirtschafts- und Industrieprojekte unter Bedachtnahme auf unsere erste Devisenquelle in Österreich, auf den Fremdenverkehr, zu erstellen.

Die Staatssache Fremdenverkehr — ich möchte das noch einmal sagen und unterstreichen — geht alle an! Daher die Notwendigkeit, eine Plattform für die Koordinierung zu finden und zu schaffen. Ansätze dazu sind vorhanden. Ich erinnere an die Verkehrstagung des Verkehrsministeriums, an die derzeit laufende Enquete des ressortmäßig zuständigen Handelsministeriums. All das ist erfreulich, aber es fehlt uns heute noch das Dach! Die im Jahre 1949 erfolgte Teilung des Ministeriums für Handel und Verkehr erschwerte die Zusammenarbeit. Hoffen wir, daß ein guter Dachstuhl und ein gutes Dach aufgesetzt werden können.

Zum fünften: Im Schulwesen ist die Bedachtnahme auf eine erhöhte Pflege der Fremdsprachen notwendig. In 20 Jahren — ja schon früher — wird es auch in Österreich so weit sein, daß man ohne Dreisprachigkeit so wie heute in der Schweiz im Fremdenverkehr nicht mehr arbeiten können. Daher heute schon: Bedachtnahme auf die Pflege der Fremdsprachen, gerade im Schulwesen und bei der Jugend.

Es kommt dann weiter der Straßenbau. Ich unterstreiche die Notwendigkeit eines möglichst raschen Ausbaues der Autobahn Salzburg—Wien, ferner die Notwendigkeit des Ausbaues

Dr. Josef Fink

der Autobahn Wien—Tarvis. Denn es wird damit der Verkehr nach dem Balkan gefördert. Gerade für den Wiener Fremdenverkehr und für die dringend notwendige Stärkung des Wiener Ausländerverkehrs ist es wichtig, daß die West-Autobahn möglichst rasch ausgebaut wird. Aber ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß von hoher Stelle erst jüngst gesagt wurde, mit dem Bau der Brenner-Autobahn hätte man nicht beginnen müssen. Ich bin durchaus nicht dieser Meinung. Mit dem Bau der Brenner-Autobahn Innsbruck—Schönberg hat man beginnen müssen. Von Österreich mußte der Startschuß ausgehen, denn dieser Beginn war eine Tat Österreichs im Zuge der europäischen Integration, ein Meilenstein auf dem Weg zum einigen Europa.

Des weiteren ist — das möchte ich dreimal unterstreichen — die Bedachtnahme auf das Gast- und Beherbergungsgewerbe notwendig, denn das Gast- und Beherbergungsgewerbe ist nach wie vor Hauptträger des Fremdenverkehrs. Wie kann man es fördern? Wie kann man darauf Bedacht nehmen? Man muß insbesondere die Küchen- und Restaurationsbetriebe fördern, den Küchenumsatz steuerlich entlasten, man muß bei der Umsatzsteuer für den Küchenumsatz — auch er ist zum guten Teil stiller Export! — von 5,25 Prozent auf 1,7 Prozent heruntergehen. Das Wort von der Flucht aus der Küche ist kein Schlagwort, sondern vielmehr ein Alarmruf. Dieser Flucht aus der Küche muß begegnet werden, denn gerade die österreichische Küche ist eine Hauptattraktion, ein Hauptwerbefaktor im Fremdenverkehr! Dieser Flucht aus der Küche müßte auch bei der Verleihung von Konzessionen begegnet werden. Auch auf dem Gebiet der Kredite ist die Rücksichtnahme auf die Gastronomie, auf den Küchenbetrieb, notwendig.

Zum Gastgewerbe ist weiter zu sagen: Die Getränkesteuer muß allmählich abgebaut werden. In Deutschland heben nur mehr 10 Prozent der Gemeinden Getränkesteuer ein. Schließlich ist der drückenden Personalnot durch eine weitschauende inländische Ausbildungs-, Nachwuchs- und Personalpolitik und durch eine den Bedürfnissen angepaßte und Rechnung tragende Politik bei der Hereinnahme fremder Arbeitskräfte abzuwehren. Freilich sind hier die Chancen nicht mehr allzu groß, die Kuh ist weitgehend schon aus dem Stall, der Markt ist durchgekämmt.

Schließlich möchte ich zur Arbeitszeit sprechen. Die Verhältnisse liegen beim Fremdenverkehr und im Gastgewerbe anders als in der Industrie. Daher muß das häßliche Wort „Fremdenindustrie“ abgelehnt werden, das sich da und dort immer einschleicht. Die Be-

stimmungen über die Arbeitszeit müssen im Fremdenverkehr elastischer sein als anderswo, eine weitere lineare, starre Verkürzung der Arbeitszeit wäre für die Gastronomie und den Fremdenverkehr im Hinblick auf die ausländische Konkurrenz nicht mehr tragbar. Es müßte auch bei uns in der Hochsaison, in den Saisonspitzen der Zeitausgleich möglich sein so wie bei Bahn und Post.

Schließlich ist im Fremdenverkehr die Förderung durch die Presse notwendig. Die Haltung eines Teiles der österreichischen Presse ist nicht fremdenverkehrsfreundlich. Kritik steht jedem offen, aber sie muß zur rechten Zeit und am rechten Platz erfolgen! Es ist bedauerlich, daß wie die Seeschlange Jahr für Jahr Tatarenmeldungen über angebliche große Unzukömmlichkeiten in den österreichischen Fremdenverkehrsbetrieben auftauchen. So wie das aufgebauscht wird, wirkt es beinahe lächerlich. Der Sensationshunger vertreibt gerade die Spitzenklasse der Gäste, die wir so notwendig brauchen. Man sagt: Diskretion ist Ehrensache. Richtig! Gerade im Fremdenverkehr ist Diskretion aber nicht nur Ehrensache, sondern auch wohlverstandenes Geschäftsinteresse. Man sehe die Schweiz, die nicht gleich Bilder und Schlagzeilen bringt, wenn irgendein ausländischer Prinz, Aga Khan, oder eine Filmdiva kommt. Bei uns belästigt man diese Gäste so lange, bis sie schleunigst wieder abreisen.

Eine negative Fremdenverkehrsförderung wäre die starre Handhabung des Preisüberwachungsgesetzes, speziell eine Ausrichtung nach den niedrigsten Preisen eines Ortes. Nicht die Betriebe mit Schleuderpreisen dürfen unterstützt werden und auch nicht jene, die nicht kalkulieren können. Die Betriebe sind nach Ausstattung, Klasse und Angebot derart verschieden, daß man sie nicht über einen Kamm scheren kann. Im Interesse der höheren Leistung muß man entsprechende Kalkulationsmöglichkeiten bieten. Das heißt nicht, daß Preisexzesse geduldet oder gar gefördert werden sollen. Wir wissen ganz genau, daß wir im Hinblick auf die Konkurrenz bei der Festsetzung der Preise sehr vorsichtig sein müssen.

Was die Inklusivpreise anlangt, so kann ich sagen, daß der Zug zu den Inklusivpreisen allgemein ist und daß die Tendenz dahin geht.

Ich fasse zusammen: Bedachtnahme auf das Gasthaus und auf den Gastwirt als wirtschaftlich, kulturell, ja politisch wichtigen Faktor ist echte Fremdenverkehrsförderung. Der Fremdenverkehr ist Schwankungen unterworfen. Der Fremdenverkehr könnte sogar ausbleiben, aber das Wirtshaus bleibt. Daher:

3686

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Dr. Josef Fink

Wertschätzung des Inlandsgastes und Werbung für den Inländerreiseverkehr, insbesondere Werbung um die Jugend, denn sie ist der sichere Gast von morgen.

Fremdenverkehr und Gastgewerbe sind friedliche Wirtschaftsbereiche. Sie gedeihen nur im Frieden. Sie steigen auf und blühen durch den Frieden. Sie arbeiten für den Frieden, für die Verständigung, für den Abbau der Spannungen. Sie leisten damit ihren Beitrag zur europäischen Gemeinschaft und für den Frieden der Welt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Enge. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Enge: Hohes Haus! Ich habe mir die Aufgabe gestellt, über das Straßenwesen in unserem Lande zu sprechen. Wenn man das tut, dann macht man es mit einem heiteren und einem nassen Auge. Objektiv müssen wir sicherlich sagen, daß mit den vorhandenen Steuermitteln auf dem Gebiete des Straßenwesens viel gemacht wird. Es wird vielleicht nicht immer ganz rationell gewirtschaftet, aber Zufriedenheit wird es meiner Meinung nach auf dem Gebiete des Straßenwesens nie geben.

Es besteht zwischen der Autobahn und den übrigen Bundesstraßen eine große Rivalität; man kann sie fast als Gegensätze bezeichnen. Auf der einen Seite stehen die Vorantreiber der Autobahn, vorwiegend — dazu bekenne ich mich auch ganz offen — die Autobahnunternehmer und sicherlich auch Teile der Kraftwagenfahrerschaft, und auf der anderen Seite, also auf Seite der übrigen Bundesstraßen, stehen die Fremdenverkehrsstätten, steht vor allen Dingen die Bevölkerung, für die die Straßen eben alltägliche Lebensnotwendigkeit geworden sind. Die meisten Orte und Täler, die einer besseren Aufschließung bedürfen, liegen abseits von der Autobahn, und diese Gegenden fühlen sich benachteiligt.

Wir haben viele Gebiete und Orte, und es sind zumeist die schönsten unseres Landes, die von der Konjunktur herzlich wenig verspüren, da keine Industrien oder größeren Gewerbebetriebe ansässig sind. Von der Konjunktur verspüren sie nur deshalb etwas, weil eine Anzahl, sehr oft auch der größte Teil der Arbeiter, als sogenannte Pendler ihrer Arbeit auswärts nachgehen müssen und ihren Verdienst im Heimatort, in dem auch ihre Familie wohnt, verbrauchen. Nur dadurch blühen und gedeihen diese Gebiete auch ein wenig. Helfen könnte hier vor allem anderen nur — das ist ja heute schon oft ausgeführt worden — der Pulsschlag des Fremdenverkehrs.

Daß Fremdenverkehr, Straßenverbindungen und auch Straßenzustand eng miteinander verknüpft sind, ist sicherlich keine neue Weisheit, aber gerade weil dies für manche Orte zur Lebensfrage geworden ist, drängen sie so stark nach anständigen Verbindungswegen. Daher stehen diese Gebiete und Orte auch auf der Seite jener, die nach pfleglicherer Behandlung des Bundesstraßensektors rufen.

Straße und Fremdenverkehr sind eng miteinander verbunden. Darum ist auch ein großes Maß an Verständnis dafür vorhanden, daß die westlichsten Bundesländer unseres Staates bevorzugt werden, da sie ja am Kreuzungspunkt des europäischen Fremdenverkehrs liegen. Aber der Fremdenverkehr muß sich ja meiner Meinung nach bemühen — und das haben verschiedene Vorredner bereits zum Ausdruck gebracht —, die Gäste ins Innere unseres Landes hereinzuziehen, um das Land zu durchströmen wie das Blut den menschlichen Körper. Dazu sind bessere Verbindungen, oder besser gesagt, schönere Straßen notwendig. Als Verbindungswege sind zumeist Straßen vorhanden. Sie genügen jedoch den Anforderungen der modernen Zeit und dem verstärkten Verkehr nicht mehr.

Ich darf in diesem Zusammenhang einen halbertechnischen Gedanken aussprechen; er wird vielleicht auf manchen Widerspruch stoßen. Meiner Meinung nach soll gar nicht jedes Tal ein Breitband von einer Straße bekommen. Durch eine Straße wird ja der Charakter einer Gegend sehr wesentlich beeinflußt. Ein schönes Tal braucht nicht unbedingt eine breite Straße. Ich persönlich bin ein Anhänger der idyllischen Straßen, die sich durch die Gegend schlängeln. Glauben Sie mir, auch der Gast aus dem Ausland hat es satt, auf breiten, wuchtigen Straßen zu fahren. Das hat er zu Hause auch. Auch er sucht die schönen Winkel unserer Heimat. Staubfrei, ohne Schlaglöcher und übersichtlich soll die Straße sein, dann fühlt er sich glücklich.

Die Schweiz, die auf eine große Tradition im Fremdenverkehr zurückblicken kann, baut keine Autobahnen. Sie will — so begründet sie das zumindest — kein Durchzugsland werden. Aber jeder, der einmal in der Schweiz gewesen ist, weiß, daß bis in den letzten Winkel des Landes schöne, manchmal sehr, sehr schmale Wege führen, die einem Fremden das Herz höher schlagen lassen. Ich weiß nicht, ob die Schweizer recht haben mit ihrer Ablehnung einer Autobahn. Das Richtige wird wie immer in der Mitte liegen, wird wie immer eine Synthese sein.

Was ich damit zum Ausdruck bringen will, ist folgendes: Aus diesem Grund sollte meiner Meinung nach der Autobahnbau nicht in

Enge

uns selbst oder nach außen hin eine Überbewertung erfahren. Wir haben uns dazu entschlossen, wir brauchen die Autobahn, sie ist notwendig, um einen schnellen Durchzugsverkehr zu ermöglichen, um schnell ins Landesinnere zu kommen. Aber lassen wir uns doch von den Autobahn-Bauunternehmungen, die daran interessiert sind, nicht in unmögliche Situationen treiben.

Der Herr Minister hat jetzt den Dank dafür quittieren können, daß auf Drängen der Bauunternehmungen Vorgriffe auf das nächste Budget vorgenommen wurden. Mit aller Wucht und stärkster Unterstützung der Presse werden jetzt die Rechnungen präsentiert und, wie es bei solchen Dingen immer ist, einiges andere mehr.

Bei den Budgetverhandlungen scheinen oft 100 Millionen Schilling mehr oder weniger den Schilling zu gefährden. So wird es zumindest in der Öffentlichkeit dargestellt. Beim Autobahnbau aber scheinen hunderte Millionen Schilling keine Rolle zu spielen. Wenn sich alle in den Budgetrahmen einfügen müssen, dann müssen es die Autobahn-Bauunternehmer eben auch. Der Autobahnbau kann meiner Meinung nach kein eigener Industriezweig sein, um als solcher auf die Regierung, auf den Minister und auf das Parlament einen Druck auszuüben.

Ich will es mit einem Wort sagen: Auch hier Ordnung! Ich weiß ganz genau, daß alle Kräfte aus allen Bundesländern und auch — ich bin objektiv genug, dies zuzugeben — alle politischen Kräfte intervenieren, wenn eine Baustellen-Einstellung droht. Auf diesem Gebiet herrscht in allen Gemeindestuben und in jeder Landesregierung echtste Koalitionsgemeinschaft.

Auch hier Ordnung!, habe ich gesagt, weil feststeht, daß einerseits nach ausländischen Bauarbeitern gerufen wird, von einer Überhitzung in der Bauwirtschaft gesprochen wird und umgekehrt mitten im Jahr die Autobahn-Bauunternehmer nach Arbeit rufen. Da mangelt es an der Planung. Der Bauwirtschaft gehen angeblich Arbeitskräfte ab. Wenn aber schon ein Engpaß auf dem Arbeitsmarkt des Bausektors eintritt, dann kann eine Regulierung nicht auf Kosten der Wohnbauten vorgenommen werden, denn das wichtigste ist und bleibt doch das Dach über dem Kopf, nur das kann Bauauftrag Nummer eins sein.

Ich weiß sehr genau, warum sich der Druck auf Tiefbauten so verstärkt. Es ist ein offenes Geheimnis — und wer in kommunalen Körperschaften tätig ist, der weiß das sehr genau —, daß Tiefbauten, Straßenbauten lukrativer sind als das Bauen von Wohnhäusern. Die Hochbauten unterliegen bereits einer sehr, sehr genauen Kalkulation, sodaß sie nicht mehr

sonderlich interessant sind. Der Kubikmeterpreis für Wohnbauten ist so leicht kontrollierbar, es sind so viele Vergleichsmöglichkeiten gegeben, daß — das gebe ich ohne weiteres zu — keine besonders großen Verdienstspannen mehr beim Hochbau herauszuschauen.

Zusammenfassend will ich sagen: Es kann doch keine unmögliche Kunst sein, einen Plan aufzustellen, um einerseits auf dem Bausektor die Arbeit zu sichern, andererseits keine Überhitzung eintreten zu lassen und gleichzeitig ein richtiges Verhältnis zwischen Straßenbau und Wohnungsbau und den vorhandenen Arbeitskräften herzustellen.

In den letzten Tagen wurde die Öffentlichkeit durch Zeitungsmeldungen in große Aufregung versetzt. Es wurde von „Milliardenvergeudungen“ geschrieben. Das „Linzer Volksblatt“, das sicherlich dem Herrn Handelsminister nahesteht, schrieb sogar von einer „Pleite des Autobahnbaues“. Zwischen der Bauwirtschaft und dem Ministerium für Handel und Wiederaufbau ist wegen der Höhe des Schuldenstandes ein Krieg ausgebrochen. Es heißt in der Zeitung, der Herr Minister habe einen niedrigeren Schuldenstand angegeben, resultierend aus den tatsächlich eingelaufenen Rechnungen, und die Bauwirtschaft kontert wieder mit der Feststellung, daß sich der tatsächliche, zum Jahreswechsel fällige Schuldenstand doch auf 1 Milliarde Schilling belaufen werde, und erklärt den Unterschied damit, daß der Handelsminister unter anderem in seiner Rechnung „nur die bereits geprüften und anerkannten Faktoren aufnahm, die in beachtlicher Höhe vorliegenden Rechnungen aber noch nicht berücksichtigte“. — So steht es im „Linzer Volksblatt“.

Ich bin der Auffassung, daß es Vorfinanzierungen und Rechnungen, die ins neue Jahr hinüberreichen, immer geben wird. Aber — das möchte ich sehr eindringlich unterstreichen — zu einer wirtschaftlichen Gefährdung darf dies nicht führen, denn die Rechnung dafür müßten wir vielleicht wirklich einmal mit der Gefährdung der Währungsstabilität bezahlen.

Nun erlaube ich mir einiges Technisches auszuführen. Ich bin zwar kein Straßenbauer, aber immerhin ein Autofahrer. In der Presse werden Anschuldigungen gemacht: Milliarden sind vergeudet worden! — das ist fett gedruckt. Dann heißt es weiter: Wenn die Betondecke nicht gemacht worden wäre, sondern eine Asphaltdecke aufgelegt worden wäre...! Herr Minister! Ich bin offenherzig genug, ich stelle mich hier vor Sie, wenn Sie Wert darauf legen. Meiner Meinung nach ist eine Betondecke das Beste, was wir machen können. Wenn sie auch teurer ist, halte ich das doch für richtig. Es

Enge

mag sein, daß es nicht notwendig ist, jede Strecke der Autobahn in Beton auszuführen, es mag sein, daß gewisse Strecken in Asphaltausführung sogar besser wären, aber grundsätzlich ist das gut so. Außerdem wird der Zement, den wir für die Betondecke benötigen, im eigenen Land erzeugt, während Asphalt aus dem Ausland eingeführt werden muß.

In den Zeitungen wird weiter kritisiert, daß die Autobahn-Seitenmarkierungen aus weißen Pflastersteinen hergestellt sind. Man bezeichnet das als Luxus und meint, man könnte sie durch billigere weiße Farbmarkierungen ersetzen. Es kann sein, daß eine Firma, die diese Steine erzeugt, in den Preisen üppig ist. Ich weiß es nicht. Es kann sein, daß hier Protektion betrieben wird. Auch das weiß ich nicht. Ich weiß nur eines — und dazu bekenne ich mich —, daß wir Abgeordnete vor Jahren von allen öffentlichen Stellen verlangt haben, sie mögen der notleidenden Steinindustrie Aufträge zukommen lassen, um den Abbau von Arbeitern hintanzuhalten. Zu dem, was mir damals recht und billig schien, stehe ich auch heute noch, und darum bin ich auch dafür, daß dieser Seitenmarkierungsluxus — wie das in den Zeitungen bezeichnet wird — bleibt.

Das Verkleiden der Autobahnbrücken mit Steinquadern mag mancher Autobahn-Baufirma, die beim Autobahnbau unmittelbar beschäftigt ist, ein Dorn im Auge sein. An den Geldern, die für die Markierung ausgegeben werden, könnte vielleicht sie verdienen. Mancher Autofahrer wird sich vielleicht sagen: Mit diesem Geld könnte der Bau der Fahrbahn schon weiter vorangetrieben worden sein. Meiner Meinung nach sollte sich doch jeder darüber im klaren sein, daß diese Verkleidung der Autobahnbrücken — dieser sogenannte Luxus — die Existenz der in der Steinindustrie Beschäftigten bedeutet.

Ich betrachte — das möchte ich als Kernsatz meiner Ausführungen herausstellen — den Autobahnbau, ohne seine Bedeutung verkennen zu wollen oder zu unterschätzen, vor allem als einen Teil der Vollbeschäftigungspolitik, von dem aus die Stagnation oder Überhitzung der Wirtschaftskonjunktur gesteuert werden kann und selbstverständlich auch gesteuert werden soll.

Sehr geehrter Herr Minister! Wenn Sie aber — und hier bin ich Lokalpatriot — durch die Einsparung von Steinquadern bei einer Brücke so viel ersparen können, daß damit die Eisen-Bundesstraße ausgebaut werden kann, dann tun Sie es, dann bin ich dafür! (*Bundesminister Dr. Bock: Die Bedingung ist akzeptabel!*)

Eine Beobachtung habe ich allerdings beim Fahren auf der Autobahn gemacht: Die Oberfläche ist sehr rillig und wellig, die Oberfläche ist also meiner Meinung nach nicht in Ordnung. Es ist hier sicherlich nicht der Ort, sich über rein straßenbautechnische Dinge auseinanderzusetzen, aber ich habe mir schon oft gedacht: Warum erfolgt das Abziehen der Oberfläche der Betonbahn nicht in schräger Richtung? Dasselbe gilt für die Trennfugen. Wenn diese nicht gerade wären, so würden nicht beide Räder der Autos gleichzeitig den Stoß zu spüren bekommen. Das ist keine Erfindung von mir, sondern diese Praxis wendet man ja sehr gerne bei Holzbrücken über Flüsse an. Auch in diesem Fall legt man die Bretter schräg, um den Lärm, den ein darüberfahrendes Auto erzeugt, etwas herabzusetzen.

Und nun einiges zum bereits berühmt gewordenen „Fleckerlteppich“. Der Ausdruck „Fleckerlteppich“ allein bezeugt, daß die Kritik eine echt österreichische, eine wohlmeinende ist, also absolut nicht böse gemeint ist. Es kann ja meiner Meinung nach auch nicht anders sein, wenn es unserer Auffassung entsprechen soll, die wir immer geäußert haben, daß mit dem Bau der Autobahn die Arbeitsmöglichkeiten auf größere Gebiete verteilt werden sollen. Ich bin allerdings der Auffassung, daß man es vermeiden sollte, zu viele neue Trassen zu beginnen, denn sonst könnte der Ausdruck „Fleckerlteppich“ wirklich einmal böse gemeint sein.

Einiges zur Verkehrssicherheit. Was die Verkehrssicherheit betrifft, so kann ich zusammenfassend nur sagen, daß eben die Technik dem Menschen bereits weit vorausgeeilt ist. Autos zu erzeugen — ich habe es hier schon einmal gesagt —, die hunderte Kilometer in der Stunde zurücklegen könnten, ist an und für sich kein Problem. Ich komme aus der Autoindustrie. Man kann heute Autos erzeugen, die hunderte Kilometer in der Stunde zurücklegen, aber die PS der Autos richtig zu beherrschen, das liegt letzten Endes an Menschen, denn ihm ist das Denken gegeben. Der Straßenbau wird sich — und er tut es ja auch — weitgehend den modernen Anforderungen anpassen müssen, das ist klar; aber er wird nie mit dem Tempo Schritt halten können.

Ich erinnere mich an ein Beispiel: Gestern noch war das Kleinsteinpflaster die große straßenbautechnische Weisheit, um besonders am Berg das Rutschen und Schleudern zu verhindern. Und heute? Heute fürchtet jeder Autofahrer das abgefahrene Kleinsteinpflaster, ganz besonders wenn es naß ist, vom Glatteis will ich gar nicht reden.

Und noch etwas, was auch zur Hebung der Verkehrssicherheit gehört: Ich fordere das

Enge

Handelsministerium und selbstverständlich auch Sie, sehr verehrter Herr Handelsminister, auf, recht, recht hart zu bleiben und keine Reklameschilder auf der Autobahn zuzulassen. Das gilt übrigens auch für die anderen Bundesstraßen und überhaupt für alle Straßen. Ja, es sollte der Schilderwald, der sich an manchen Straßen befindet, beseitigt werden. Wer einmal auf italienischen Autobahnen gefahren ist und den Reklameschilderwald gesehen hat und gesehen hat, welche Auswüchse die Reklamezeitigen kann, der kann nur ein Gegner jeder Werbung, die sich unmittelbar an der Straße befindet, sein.

Noch einmal ganz kurz zurück zu den Bundesstraßen. Ich glaube, Herr Minister, die Bundesstraßen kommen etwas zu kurz, sie werden etwas stiefmütterlich behandelt. Sie sind aber letzten Endes jene Straßen, die uns am meisten bringen, da sie unmittelbare Pulsadern des Wirtschaftslebens der unliegenden Orte sind.

Und jetzt bringe ich noch einmal etwas an, Herr Minister, was ich immer und immer wieder wiederholen werde: Ich weiß, es gibt viele Wünsche aller Bundesländer. Ich weiß, daß die Koordinierung aller dieser Wünsche schwer ist, ja vielleicht manchmal sogar unmöglich ist. Aber als Ennstaler Abgeordnetem sei mir doch gestattet, auf die einfach unerträgliche Situation der Eisen-Bundesstraße hinzuweisen, unerträglich auch deswegen, weil im Zusammenhang mit dem Bau oder Nichtbau — ich weiß es ja nicht — des Großkraftwerkes Kastenreith ein Unsicherheitsfaktor vorhanden ist wie nirgends sonst in unserem Land. Soll mit dem endgültigen Ausbau der Eisenstraße wirklich so lange gewartet werden, bis eine Entscheidung über den Bau des Kraftwerkes Kastenreith gefallen ist?

Heute bereits ist dieses Gebiet ein echtes Notstandsgebiet. Das kommt nur deswegen nicht so zum Ausdruck, weil die meisten Arbeiter dieses Gebietes, so wie auch in manch anderen Gebieten, ihr Brot auswärts suchen und auch noch finden. Es soll aber jeder wissen, daß dieses Brot ein recht hartverdientes Brot ist, da es auf Grund sehr weiter Anmarschwege zur Arbeitsstätte verdient werden muß. Der Fremdenverkehr ist in diesen Gebieten zu einem Fremdwort geworden. Es wird einmal lange dauern und schwierig sein, selbst wenn die Straße einmal vorhanden ist — ich hoffe es noch zu erleben —, das ganze Wirtschaftsleben dort wiederum ins Lot zu bringen. Die einzige Chance dieses Gebietes — das sage ich den Menschen in dieser Gegend immer wieder — wird dann die völlige Unberührtheit der Natur sein, weil sich heute kaum einer in diese Gegend verirrt. Das einst so

berühmte Gesäuse, das sich ans Ennstal schließt, ist heute kaum noch bekannt.

Abschließend möchte ich eine Anregung geben — sie wird auch nicht neu sein —, die halb dem Fremdenverkehr und halb den Straßen gilt. Sollte man nicht im Ausland für eine Winterfahrt durch Österreich — nicht nach Österreich, sondern durch Österreich — werben? Unsere Pässe sind im Winter befahrbar, die Straßen sind geräumt. Wer einmal dem Zauber einer Autofahrt im Winter erlegen ist, der vergißt ein solches Erlebnis nicht so schnell. Man wird aber den Fremden sicherlich auch beibringen müssen, daß Österreich nicht nur aus Vorarlberg, Tirol und Salzburg — ich liebe diese Länder sehr — besteht, sondern daß sich Österreich von Vorarlberg bis zum Burgenland und von Kärnten bis zum Mühlviertel oder Hausruckviertel in Oberösterreich erstreckt und daß alle diese Länder einer Winterfahrt wert sind. (*Ruf bei der SPÖ: Wien gehört auch dazu!*)

Nun aber wirklich zum Schluß. Zum Abschluß möchte ich ein sehr ernstes Wort sagen. Die Oesterreichische Gesellschaft für Straßenwesen gibt ein Mitteilungsblatt „Die Straße“ heraus. Die Informationen sind gut. Man kann sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, daß dieses Blatt mehr eine bestimmte Interessentengruppe als die Sache selbst vertritt. Ich kann mich irren, aber ich wehre mich entschieden dagegen, daß von der Warte des Straßenverkehrs und der Motorisierung her Leit- und Lebenssätze aufgestellt werden, die für die Einstellung der Menschen von heute und ganz besonders der Jugend sehr gefährlich sind. Da heißt es in einer Nummer: „Der Grad der Motorisierung ist ein Maß für die Höhe des Lebensstandards, und das eigene Kraftfahrzeug gibt dem einzelnen ein bisher unerreichtes Maß an persönlicher Freiheit.“ Straßen und Autos sind sicherlich der Ausdruck einer technischen und modernen Zeit. Auf keinen Fall aber sind sie Ausdruck oder Maßstab einer persönlichen Freiheit.

Hitler hat Autobahnen gebaut. Es war dies fürwahr keine freie Zeit. Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurde das Sparen für den Volkswagen eingeführt. Es sollte eine Motorisierung des ganzen Volkes einleiten, aber sicherlich nicht die persönliche Freiheit bringen. Es war ja mehr als das Gegenteil der Fall.

Eine solche Einstellung halte ich für gefährlich. Das Maß für persönliche Freiheit muß anderswo gesucht werden, nicht im Besitz eines Autos. So einfach ist die Definition der persönlichen Freiheit nicht.

Ich sehe die Dinge real: Straßen sind die Visitkarte eines Landes, Wohnbauten sind

3690

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Enge

der Ausdruck des sozialen Lebens und Willens eines Volkes, der damit offen zum Ausdruck kommt. Wir brauchen uns beider Dinge, des Straßenbaues und des Wohnbaues, nicht zu schämen. Mehr wäre uns sicherlich recht, aber wir sind uns auch der Grenzen unseres Vermögens bewußt. Ob alles richtig austariert ist, das ist vielleicht ein Streitpunkt, da stehe ich nur mit einem dreiviertel Fuß auf der Autobahn, mit einem ganzen Fuß auf den übrigen Bundesstraßen (*Bundesminister Dr. Bock: Und wo bleibt das letzte Viertel?*), und mit dem letzten Viertel, das übriggeblieben ist, Herr Minister — wie soll es anders sein? —, stehe ich auf der Eisen-Bundesstraße! (*Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Präsident **Dr. Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Grünsteidl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Dr. Grünsteidl**: Hohes Haus! Verehrte Frauen und Männer! Entgegen meiner bisherigen Gepflogenheit habe ich dieses Jahr nicht zum Kapitel Unterricht gesprochen. Ich habe mich bewußt zum Kapitel Handel zum Wort gemeldet, ohne dabei meinen Auftrag, in diesem Haus die Belange von Wissenschaft und Forschung zu vertreten, aus dem Auge zu verlieren. Aber es erscheint mir notwendig, in diesem Haus und vor einer breiten Öffentlichkeit über den Begriff „Forschung“ Klarheit zu schaffen und damit auch dem Hohen Haus die entsprechenden Grundlagen dafür zu bieten, richtige Entscheidungen über ein für unser Volk wichtiges Anliegen treffen zu können.

Im allgemeinen wird die Forschung nur im Zusammenhang mit dem Hochschulwesen gesehen, und auch in diesem Haus wird nur beim Kapitel Unterricht über die Forschung gesprochen. Um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschalten, möchte ich hier feststellen, daß es selbstverständlich ist, daß unsere hohen Schulen Forschung betreiben sollen und müssen, denn das oberste Gesetz, unter dem die Hochschulen in der freien Welt und damit auch in Österreich stehen und das da lautet: Lehre durch Forschung, steht derzeit und für immer außer Debatte. Es steht leider auch noch immer außer Debatte — das haben ja auch alle Parteien mit seltener Einmütigkeit festgestellt —, daß die unseren hohen Schulen für diese Aufgaben zur Verfügung gestellten Mittel unzureichend sind.

Die Entwicklung weiter Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens hat dazu geführt, daß neben den Hochschulen verschiedene und zahlreiche Forschungsstätten entstanden sind, die sich entweder mit bestimmten

Spezialproblemen befassen, wie beispielsweise die Krebsforschungsinstitute, oder Forschungsrichtungen pflegen, die in besonderer Weise den Erfordernissen des praktischen Lebens zugewandt sind. Man nennt diese Art von Forschung auch angewandte Forschung oder auch Zweckforschung und stellt sie der besonders an den hohen Schulen gepflegten Grundlagenforschung gegenüber.

Ich bin mir dessen bewußt, daß diese Unterscheidung und diese Terminologie heute nicht mehr ganz zutreffend ist und die Grenze zwischen diesen beiden Forschungsrichtungen heute nicht mehr so starr gezogen werden kann, da sich viele Überschneidungen ergeben. Es wird daher heute allgemein die von amerikanischer Seite vorgeschlagene Bezeichnung „research not directed“ und „research directed“ verwendet, also „nicht gerichtete“ und „gerichtete Forschung“. Man kann die beiden Forschungsrichtungen vielleicht am besten an folgendem Beispiel demonstrieren: Wenn wir vor einem Waldgebiet unbekanntes Ausmaßes und mit einem unbekanntem Hinterland stehen, dann stellt sich dem Forscher die Aufgabe, dieses Waldgebiet nach allen Richtungen hin zu untersuchen und eventuell auch festzustellen, welche Landschaft hinter dem Wald liegt. Es ist ein unbekanntes Ziel, das vor dem Forscher liegt, also ein typisches Beispiel für „research not directed“. Wenn wir aber wissen, daß hinter diesem Waldland ein Gebiet mit reichen Erzküpfen liegt, zu dem nun der kürzeste und zweckmäßigste Weg durch dieses unbekanntes Gebiet gesucht werden soll, dann ist dies „research directed“, also gewissermaßen eine Forschung mit einem vorher klar abgesteckten Ziel.

Zu dieser Art von Forschung gehört nun auch die wirtschaftsnahe Forschung, die vielfach nicht ganz zutreffend als Industrieforschung bezeichnet wird, denn an dieser Forschungsrichtung partizipiert ja nicht nur die Industrie, sondern es sind alle Zweige der gewerblichen Wirtschaft an ihr gleichermaßen interessiert. Vor allem gehört hiezu das riesige Gebiet des technischen Entwicklungswesens mit seinen weiten Verzweigungen vielgestaltiger Forschung von der Art der „research directed“. Dieses Gebiet des technischen Entwicklungswesens ressortiert nun zum Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, und es erscheint mir angesichts der außerordentlichen Bedeutung dieser Forschungsrichtung für die Zukunft unseres Volkes notwendig, die damit zusammenhängende Problematik hier zur Sprache zu bringen.

Meine Frauen und Männer! Lassen Sie mich nun einmal einen im Ausland längst in seinen Konsequenzen erkannten und be-

Dr. Grünsteidl

folgten Slogan an die Spitze der folgenden Ausführungen stellen, der da heißt: Forschung von heute ist Wohlstand von morgen. Dieser Wahrspruch kann dem österreichischen Volk nicht oft genug und nicht eindringlich genug vorgehalten werden, und auch die Abgeordneten dieses Hauses sollen die Schwere der Verpflichtung, die ihnen diese Worte auflasten, besser als bisher erkennen.

Verschiedene Kreise der Wirtschaft haben die Bedeutung der Forschung für ihre Zukunft erkannt und haben in vorbildlichem Geist Gemeinschaftsforschungsinstitute, auch kooperative Forschungsinstitute genannt, errichtet. Es sind dies bis heute in Österreich 21 an der Zahl. Zwei dieser Institute, und zwar die Versuchsanstalt für das Gärungsgewerbe und die Schiffbautechnische Versuchsanstalt in Wien, wurden bereits vor dem ersten Weltkrieg ins Leben gerufen. Die Gründung der Lebensmittelversuchsanstalt der Industrie und der Schweißtechnischen Zentralanstalt fiel in die Zwischenkriegszeit, während die übrigen Institute nach dem zweiten Weltkrieg errichtet wurden.

Es gehört nun fast, möchte ich sagen, zu einer unseligen österreichischen Tradition, daß der Österreicher bei seiner mehr kosmopolitischen Grundhaltung zwar über die Leistungen des Auslandes erstaunlich gut informiert ist — was ihm als gutem Europäer zweifellos hoch angerechnet werden soll —, daß er aber oftmals an den hervorragenden Leistungen seiner eigenen Landsleute achtlos vorbeigeht. Diesem Schicksal können auch die erwähnten Gemeinschaftsforschungsinstitute nicht entgehen. Man muß ins Ausland gehen, um ihre Bedeutung bestätigt zu finden. Meine Damen und Herren! Wer so wie ich die bedeutendsten einschlägigen Forschungsstätten fast ganz Europas aus eigener Anschauung kennt, der darf wohl ein einigermaßen gültiges Urteil aussprechen. Wer in Österreich weiß zum Beispiel etwas von dem internationalen Klang des Namens der schon erwähnten Wiener Schiffbautechnischen Anstalt? Als ich die berühmten gleichartigen Anstalten in Holland und England besuchte, erzählten mir die dortigen Direktoren mit Stolz, daß sie ihre Ausbildung an der Wiener Anstalt erhalten und daß sie ihre Institute nach dem Wiener Muster aufgebaut hätten. Wer weiß etwas um die in die vielen, vielen Millionen gehenden Beträge, die durch die stille, von der großen Öffentlichkeit meist gar nicht beachtete Arbeit dieser Gemeinschaftsinstitute für Industrie, Handel und Gewerbe erspart wurden?

Diese Gemeinschaftsforschungsinstitute wurden vornehmlich für die Mittel- und Klein-

betriebe ins Leben gerufen, um einen Ersatz für die betriebseigenen Forschungsabteilungen in den Großbetrieben zu haben, die sie sich ja nicht leisten können. Vor allem die angewandte naturwissenschaftliche Forschung, die bei den meisten dieser Institute im Mittelpunkt der Tätigkeit steht, kostet zwar viel Geld, macht sich aber mehrfach bezahlt. Man braucht gut geschulte Leute aus verschiedenen Fachgebieten, um teamweise arbeiten zu können, und auch erhebliches Kapital in Form von Gebäuden und Apparaturen ist notwendig.

Das Anstreben und Auswerten des Fortschrittes ist heute für Betriebe jeder Größe wichtig. Konkurrenzfähig zu bleiben können auch die Mittel- und Kleinbetriebe nur erwarten, wenn sie, extrem gesprochen, morgen besser und billiger produzieren als heute. Um ihnen das zu ermöglichen, sind die Gemeinschaftsforschungsinstitute in folgenden Tätigkeiten fieberhaft beschäftigt: Entdeckung und Weiterentwicklung von Rohstoffen, Neu- und Weiterentwicklung von Halb- und Fertigfabrikaten, Neu- und Weiterentwicklung von Produktions- und Prüfverfahren, Verbesserung der Organisation der Betriebe und vieles, vieles andere.

Da sie für eine Vielzahl von Betrieben die Quelle des technischen Fortschrittes sind, widmen sie schließlich auch der Herantragung der eigenen und fremden Errungenschaften an die Betriebe größte Aufmerksamkeit. Sie ergreifen selbst die Initiative, warten nicht ab, bis sich die Betriebe rühren, sie treten an diese Betriebe heran, indem sie ihnen alle Veröffentlichungen zur Kenntnis bringen, sie zu Tagungen mit praktischen Vorführungen einladen, sie hin und wieder turnusweise besuchen und ihnen jederzeit auch für Beratungen zur Verfügung stehen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Die Nützlichkeit dieser Tätigkeit ist wohl unbestreitbar. Sie ist mit Goldgräberei zu vergleichen, wurde einmal gesagt, bei der nur verhältnismäßig wenig taubes Gestein mitgefördert werden muß. Dennoch gibt es eine sehr bedauerliche Tatsache: Der Umfang dieser Tätigkeit ist viel zu gering, da in Österreich im Gegensatz zum Ausland die öffentliche Hand für sie praktisch fast nichts tut.

In welchem erschreckendem Maße Österreich auf diesem Gebiet die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt hat, zeigt die folgende Gegenüberstellung der Ausgaben der öffentlichen Hand für angewandte Forschung pro Jahr und Kopf der Bevölkerung, wobei nur solche Länder, die der Bevölkerungszahl nach mit Österreich vergleichbar sind, herangezogen werden.

Dr. Grünsteidl

So gibt zum Beispiel jeder Niederländer im Jahr 87,50 S für die angewandte Forschung aus, jeder Norweger 65 S, jeder Schwede 50 S, jeder Schweizer und jeder Belgier 46,50 S, während Österreich pro Kopf und Jahr für die damit verbundene Sicherung seiner Zukunft ganze 3,90 S aufbringt! Meine Damen und Herren! Sie haben nicht schlecht gehört, es ist auch nicht ein Rechenfehler, der hier vorliegt, sondern es ist eine feststehende Tatsache, derzufolge unser auf seine kulturellen Leistungen so stolzes Land in diesen besprochenen Belangen in die Reihe der unterentwickelten Länder zu rechnen ist, wo es nicht einmal einen besonders ehrenvollen Platz einnimmt. Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich noch ergänzen, daß die angeführten Zahlen solche Ausgaben nicht enthalten, die für die Atomforschung und alle Forschungen für militärische Zwecke dienen.

Wir haben hier im Hause während der Debatte über das Unterrichtsbudget viele berechnete Klagen über die völlig unzureichenden Mittel gehört, die bei uns für die Erfordernisse der hohen Schulen aufgewendet werden. Daß dem so ist, ergibt sich aber auch aus der Tatsache, daß Österreich seine Pflichten gegenüber seinen Hochschulen durch Jahrzehnte in sträflicher Weise vernachlässigt hat, weshalb jeder Betrag, mag er noch viel höher sein als die heuer bewilligten Summen, immer zu klein bleiben muß, da der Nachholbedarf allzu groß ist. Wenn wir aber wieder die vergleichende Statistik sprechen lassen, dann sehen wir, daß Österreich dank der Bemühungen des Herrn Unterrichtsministers sich seiner Pflicht bewußt zu werden beginnt, denn mit einer Ausgabe pro Kopf und Jahr für die Hochschulen von 71,88 S steht es genau gleich mit Großbritannien und wird nur von den Niederlanden und der deutschen Bundesrepublik übertroffen.

Dieser Kopfquote von rund 72 S für die Hochschulen steht eine solche von 3,90 S für die angewandte Forschung gegenüber. Wenn wir auch berücksichtigen müssen, daß die Kopfquote von 72 S nicht allein für die Hochschulforschung zur Verfügung steht, sondern der Löwenanteil für die Aufrechterhaltung des gesamten Studienbetriebes bestimmt ist, so zeigen die beiden Zahlen dennoch, wie weit Österreich mit der so notwendigen Finanzierung seiner angewandten Forschung trotz der anerkanntswerten und nicht ganz erfolglosen Bemühungen des Herrn Bundesministers für Handel und Wiederaufbau noch im Rückstand ist. Sie brauchen nur die Budgets zu vergleichen. Vor mehreren Jahren waren für Zwecke des technischen Entwicklungswesens noch 300.000 S eingesetzt, und jetzt sind wir

immerhin bei etwas mehr als 3 Millionen Schilling angelangt.

Besonders die der Wirtschaft dienenden Forschungsinstitute sind maßgeblich an der Entwicklung des technischen Fortschrittes beteiligt. Der Zusammenhang zwischen der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und dem technischen Fortschritt ist eine Tatsache, die heute von niemandem mehr geleugnet werden kann, doch muß das Bewußtsein um diese Tatsache in unserer Bevölkerung viel stärker und tiefer als bisher verankert werden. Österreich, dessen Wirtschaft durch eine ganz besonders starke Exportabhängigkeit charakterisiert ist, kann es sich einfach auf die Dauer nicht leisten, an dem technischen Fortschritt vorbeizugehen, ihn sozusagen ungenutzt an uns vorbeiziehen zu lassen und in Stagnation zu verharren.

Den technischen Fortschritt nicht zu fördern heißt die Wirtschaft einem unaufhaltsamen Niedergang preisgeben und damit einen Verödungsprozeß heraufbeschwören, der schließlich zum Verlust Tausender von Arbeitsplätzen führen muß. Und dies alles angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Bildung eines großen gemeinsamen europäischen Marktes.

Der Gemeinsame Markt, meine Damen und Herren, stand bisher sozusagen vor der Tür. Jetzt aber hat er schon die Schnalle gedrückt, und die Tür wird ihm zu seinem Einzug von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat und von Tag zu Tag immer weiter geöffnet. Mit jedem Millimeter dieser Öffnung werden die Handelschranken, wie Zölle und Kontingentierungen, in gleicher Breite beiseite geschoben. Das heißt, daß die österreichischen Betriebe innerhalb des eigenen Landes schrittweise die nackte und unverfälschte Konkurrenz der ausländischen Betriebe auf sich zukommen lassen müssen. Damit sie nicht durch einen unverzeihlichen Fehler ins Hintertreffen gelangen, ist es für die öffentliche Hand auch in Österreich eine unausweichliche Pflicht, die für die Wirtschaft unmittelbar wichtige Forschung im gleichen Maße zu fördern, wie es die öffentliche Hand unserer Konkurrenzländer tut.

An der Intensivierung und tatkräftigen Förderung der angewandten Forschung, wie sie vor allem in den erwähnten kooperativen Forschungsinstituten betrieben wird, ist die gesamte österreichische Bevölkerung interessiert. Es handelt sich dabei keineswegs um eine Angelegenheit, die lediglich die Interessen der Unternehmerseite berührt. Natürlich muß auch der Arbeitnehmer daran interessiert sein, daß sein Betrieb durch Ausnützung aller Erkenntnisse der modernen Forschung floriert und auch in den hochgehenden Wogen der Kon-

Dr. Grünsteidl

kurrenz des gemeinsamen Marktes Europas nicht untergeht.

Es wird daher immer dringender, daß auch in Österreich gesetzliche Vorsorge dafür getroffen wird, daß die angewandte Forschung von Staats wegen eine ausreichende Förderung so wie in fast allen anderen Staaten der Welt erfährt. Für die dazu notwendigen und unerläßlichen Organisationsformen sollte man sich bestens bewährte Einrichtungen in vielen Staaten Europas zum Vorbild nehmen, die alle eigene Forschungsorganisationen für die einzelnen großen Forschungsgebiete, wie technische Forschung, Medizin, Landwirtschaft, Militärforschung und so weiter, haben. Der notwendige Ausgleich wird meist durch eine übergeordnete Dachorganisation gewährleistet, ohne die für eine fruchtbare Entwicklung der Forschung unabdingbare Freiheit der Entscheidung der einzelnen Forschungsorganisationen zu beeinträchtigen.

Auch Österreich bedarf einer eigenen Forschungsorganisation für die Forschung der Wirtschaft, insbesondere der gewerblichen Wirtschaft, die keiner anderen Organisation irgendeine Konkurrenz machen soll und machen kann. Wie die Erfahrungen in allen anderen Ländern zeigen, ist gerade das Gegenteil der Fall, da sich aus dieser Zusammenarbeit nur eine stärkste gegenseitige Befruchtung der Arbeit ergibt. Für die notwendige gesetzliche Fundierung dieser Entwicklung ist bereits die entsprechende Vorarbeit für einen einschlägigen Gesetzentwurf geleistet worden.

Meine Damen und Herren! Gehen wir an die Arbeit und lassen wir bei den Beratungen jeglichen Parteienhader beiseite! Wenn wir mit der nötigen Sachkenntnis und dem unerläßlichen Fachwissen an diese Aufgabe schreiten, dann ergibt sich die Lösung von selbst, und es wird kaum ernsthafte Differenzen geben können. Nehmen wir die Aufgabe mit dem Ernst auf uns, der ihr gebührt, und seien wir uns der schweren Verantwortung bewußt, die auf uns lastet! Dann werden wir im Sinne unserer beschworenen Pflicht als Abgeordnete unserer Heimat Österreich einen großen Dienst erweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Rom zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Rom:** Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Es sind die tristen Verhältnisse auf dem Gebiete der Trinkwasserversorgung und der Kanalisation in vielen Gebieten Österreichs, die mich im Vorjahre schon veranlaßt haben, im Finanz- und Budgetausschuß und hier im Hause zu diesem Thema zu sprechen, und ich muß das auch heute wieder tun. Wir hatten am vergangenen

Freitag im Westbahnhof auf Einladung des Herrn Bundesministers für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. Waldbrunner eine Verkehrstagung, bei der neben anderen Persönlichkeiten auch die Fremdenverkehrsreferenten aller Bundesländer anwesend waren und auch gesprochen haben. Dort kam die erfreuliche Tatsache zum Ausdruck, daß sich unser Fremdenverkehr in den letzten Jahren um 60 Prozent vermehrt hat. Dieser Fremdenverkehr ergießt sich nicht nur in die Kurorte oder an die Seen, sondern dieser Fremdenstrom ergießt sich nun auch schon in die Täler, in die Ortschaften, in die Einzelsiedlungen. Hier haben wir auch Verpflichtungen zu erfüllen, die vor allem auf hygienischem und sanitärem Gebiete liegen.

Wir finden, daß die Dotierung von 85,3 Millionen Schilling, die dem Wasserwirtschaftsverband zugemessen ist, viel zu gering ist. Wir alle wissen wohl, daß der Budgetrahmen eingengt ist und in den letzten Beratungen noch enger gezogen wurde. Es ist nun einmal so, daß der Wasserwirtschaftsverband im Jahre 1958 gesetzlich im Handelsministerium verankert wurde. Die Arbeit in diesem Fonds war bisher wirklich einhellig. Die Mitglieder und die Beamten haben sich bemüht, die wenigen Mittel gerecht zu verteilen, was bei dieser geringen Summe äußerst schwierig ist.

Seit seinem Bestehen beziehungsweise seit der ersten Sitzung im Dezember 1959 hat dieser Fonds 24 Millionen Schilling an Subventionen und 356,7 Millionen Schilling an Darlehen auf alle Bundesländer verteilt. Nun liegen bis zum 30. September dieses Jahres Ansuchen vor, die bei der Trinkwasserversorgung 32,5 Millionen Schilling an Subventionen und 93,5 Millionen Schilling an Darlehen beanspruchen. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch auf dem Kanalisationssektor. Dort werden an Subventionen 43,4 Millionen Schilling benötigt, und für Darlehen sind Ansuchen auf 271,2 Millionen Schilling vorhanden. Diesen 440 Millionen Schilling steht zur Verteilung die bescheidene Summe gegenüber, die ich vorhin genannt habe. Bis zur nächsten Sitzung, die im Februar oder im März stattfinden wird, wird sich das geldliche Volumen dieser Ansuchen noch erhöhen. Von dieser Sorge sind alle Bundesländer betroffen. Die Subventionierungen der Bundesländer reichen bei weitem nicht aus, um dieser Sorge nur einigermaßen steuern zu können. Die Gemeinden tun das Ihre, und auch die Privaten tragen ihren Teil bei.

Bedenken wir, daß heute die großen Städte, die kleinen Städte, die Märkte, die Dörfer, die Einzelsiedlungen und die Gehöfte von den Fremden besucht werden! Es ist daher ein

Rom

Gebot der Stunde, nach dem Rechten zu sehen. Es handelt sich nicht nur um Neuerschließungen, sondern vor allem die größeren Orte und Städte brauchen infolge des Bevölkerungszuwachses mehr Wasser, sodaß oft kilometerweit neue Leitungen gebaut werden müssen. Oft haben vor allem in der regenarmen Zeit Gehöfte, Siedlungen und Ortschaften überhaupt kein Wasser; dieses muß aus einer Entfernung von hunderten Metern zugeführt werden, und was das heißt, kann nur derjenige ermessen, der dies selbst erlebt und mit angesehen hat. Die Situation wird weiter erschwert, wenn noch dazu in Bauernortschaften das Vieh der Bauern mit Wasser zu versorgen ist. Das ist heute bei dem Mangel an menschlichen Arbeitskräften auf dem Lande ein ungemein erschwerender Zustand.

Ich habe im Vorjahr schon von der Romantik des Dorfbrunnens gesprochen. In den letzten Jahren hat sich infolge der bescheidenen Mittel kaum viel geändert. Was rings um den Dorfbrunnen sich türmt und häuft, ist alles eher als einladend. Wenn das Wasser eines solchen Dorfbrunnens bakteriologisch oder chemisch untersucht wird, so tun sich die fürchterlichsten Dinge auf. Die heimische Bevölkerung, die schon von Jugend auf dieses Wasser getrunken hat, ist gegen seine Unsauberkeit und seine Unreinheit schon immunisiert. Der Fremde hingegen, der hinkommt, wird in den ersten Tagen seines Aufenthaltes mit allen möglichen Krankheitssymptomen zu kämpfen haben. Es handelt sich bei der Wasseruntersuchung nicht immer nur darum, den Jodgehalt festzustellen; das ist eine Angelegenheit, die mehr oder weniger für die westlichen und die südlichen Bundesländer von Bedeutung ist und die höchstens in einer größeren Halsweite zum Ausdruck kommt, ansonsten geht es hier weniger um gesundheitsgefährdende Dinge. Unsere Bevölkerung hat wahrlich ein Recht darauf, aus gesundheitlichen Motiven wirklich anders behandelt und versorgt zu werden.

Nicht anders ist es auch auf dem Kanalisationssektor. Wenn Sie aufs Land gehen, so sehen Sie mitunter, wie durch ein Dorf, einen Markt und vielleicht dann und wann auch durch eine Stadt das offene Gerinne dahinplätschert, in dem sich alles mögliche Wasser sammelt, um zum Schluß in einen Fluß oder in einen See zu rinnen. Für unsere Badegäste sind das keine besonders einladenden Motive. Ich weiß sehr wohl, daß die Wünsche der verschiedenen Ministerien ins Gigantische, ja ins Unglaubliche gehen, und diese Wünsche werden sicherlich alle berechtigt sein. Aber hier, wo es um die Gesunderhaltung unseres Volkes geht, müßte man einem solchen Wunsch wirklich den Vorrang geben.

Ein ganz bescheidener Hoffnungsschimmer besteht darin, daß der Herr Handelsminister Dr. Bock im Ausschuß in seiner Schlußansprache erklärt hat, daß auch er es einsehe, daß die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds zu gering ist. Wenn wir diese Wohlmeinung des Herrn Ministers hören und wir alle heuer noch oder zumindest bei der nächsten Budgetberatung unsere Wünsche vorbringen, so muß und wird es doch möglich sein, zur Gesunderhaltung unserer Bevölkerung eine bessere Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds zu erreichen.

Nun noch zu einer Frage, die heute der Abgeordnete Dr. Kos ventiliert hat. In seiner Rede hat er einen Zeitungsartikel aus der heutigen „Presse“ zitiert, in dem sozialistische Mandatare aus Kärnten im Zusammenhang mit dem Keuchhusten im bösen oder im guten Sinne genannt wurden. Ich habe mich mit der Landesregierung in Kärnten ins Benehmen gesetzt und habe das Mandat, festzustellen, daß das keiner unserer führenden Funktionäre getan hat. Die dort anwesenden politischen Fachreferenten haben diese Tagungen begrüßt, haben den Teilnehmern für ihr Kommen nach Kärnten gedankt und haben ihnen vor allem dafür den Dank ausgesprochen, daß sie durch ihre Tagung im Interesse der Gesunderhaltung unseres Volkes ihren Teil dazu beigetragen haben. Aber die Funktionäre haben sich weder bei medizinischen noch bei chirurgischen Fragen an den Debatten beteiligt, das haben sie ausschließlich den dortigen Fachleuten überlassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Geißler zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Geißler:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Debatte über das Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie räumt die Möglichkeit ein, einige Probleme zu erörtern, die sich in der Diskussion über das Verhältnis der Landwirtschaft zur gewerblichen Wirtschaft, im speziellen zur Industrie ergeben.

In der Volkswirtschaft eines modernen Industriestaates bahnt sich eine immer engere und vielseitigere Verflechtung der einzelnen Sparten und Zweige der Wirtschaft an. Dies dürfte unbestritten sein. Diese Tatsache muß zwangsläufig zu der Erkenntnis führen, daß die Agrarpolitik als Teil des gesamten wirtschaftlichen Geschehens nicht mehr allein Sache der Landwirtschaft, sondern Angelegenheit des ganzen Volkes sein sollte.

In der Vergangenheit war das Verhältnis der Landwirtschaft zur gewerblichen Wirtschaft sicher manchen schweren Belastungen ausgesetzt. Die rasante technische Entwick-

Dr. Geißler

lung hat für die Landwirtschaft und für die Landbevölkerung verschiedene Schwierigkeiten mit sich gebracht. Die technische Anpassung der Landwirtschaft ist auch heute noch ein sehr gewichtiges Problem.

Wir können aber feststellen, daß besonders nach dem zweiten Weltkrieg die Technik mit Macht in den bäuerlichen Betrieb eindringt und hier Produktionsvoraussetzungen schafft, die es ermöglichen, daß in Österreich der Inlandsbedarf der meisten wichtigsten Nahrungsgüter befriedigt werden kann, ja daß sich bei verschiedenen landwirtschaftlichen Produkten Überschüsse ergeben, die unter schwierigen Verhältnissen exportiert werden müssen.

Das Zurückbleiben der Landwirtschaft im Technisierungsgrad gegenüber dem gewerblichen Sektor stellt im gegenwärtigen Zeitpunkt nur eine Phasenverschiebung im volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklungsprozeß dar. Man sollte daher den heutigen Umstellungsprozeß in den Landwirtschaften fast aller westlichen Staaten nicht als lebensgefährliche Bedrohung des gesamten Bauerntums bezeichnen. Auch in der gewerblichen Wirtschaft sind solche Umstellungsprozesse notwendig und müssen als Ausdruck der Dynamik einer expandierenden Volkswirtschaft gesehen und erkannt werden.

Gerade die Bedeutung der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe etwa, deren Förderung wir aus wirtschaftlichen und soziologischen Gründen besonders unterstützen, rückt hier in einer solchen Diskussion besonders in den Vordergrund. Diese Betriebe werden in der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung ihre besondere Bedeutung und spezielle Aufgabe vor allem in der Tertiärproduktion oder als Zuliefererbetriebe für Großindustrien erlangen. Selbstverständlich müssen ihnen vor allem steuerlich und von der Kreditseite her die gleichen Startbedingungen eingeräumt werden wie den Großbetrieben.

Auch der landwirtschaftliche Betrieb steht vor ähnlichen Problemen, wobei seine besonderen Produktionsbedingungen und seine Preissituation auch von anderen Sparten der Wirtschaft anerkannt werden sollten. Die Landwirtschaft ist im Ablauf ihrer Produktion naturgebunden, also abhängig von Boden, Wetter, Klima und von den organischen Entwicklungsgesetzen der Pflanzen und Tiere. Der Kapitalumschlag in der Landwirtschaft ist verhältnismäßig langsam, daher auch ein geringerer Kapitalertrag. Ihre Produkte sind vielfach nur beschränkt lagerfähig. Die Kapazität landwirtschaftlicher Maschinen kann zum Beispiel nur mit 4 bis 8 Prozent ausgenützt werden. Diese arteigene Marktschwäche haftet

der Landwirtschaft und ihren Betrieben an und muß soweit als möglich durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden.

Die hier nur skizzierten gemeinsamen Probleme und Schwierigkeiten im gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieb zeigen die enge Interessengemeinschaft zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft auf. Einige Zahlen aus dem Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft im Jahre 1960 können diese Tatsache noch weiter erhärten.

Als Auftraggeber für die übrigen Wirtschaftszweige der österreichischen Volkswirtschaft tritt die Landwirtschaft mit folgenden Ausgabesummen in Erscheinung: 2,3 Milliarden werden für Traktoren, Landmaschinen und sonstige Fahrzeuge ausgegeben, ungefähr 1 Milliarde für Geräte und Instandhaltung. An Treibstoffen, Kohle und Strom ergeben sich Ausgaben von über 700 Millionen. An bäuerlichen Investitionen und Instandhaltungen in diesem Sektor betrug die Auftragssumme etwa 2,7 Milliarden. Importsaatgut, Pflanzenschutzmittel und Düngemittel dürften weitere rund 3 Milliarden an Aufträgen ergeben. Außerdem wäre noch der Wert der Haushaltsausgaben in der Landwirtschaft zu berücksichtigen, der mit einem Betrag von etwa 5,2 Milliarden zu veranschlagen ist.

Bei einer jährlichen Ausgabesumme von über 15 Milliarden Schilling sind die landwirtschaftlichen Betriebe für den Binnenmarkt in Österreich von ausschlaggebender Bedeutung und leisten einen beachtlichen Beitrag für die Vollbeschäftigung in der heimischen Wirtschaft.

Auf die Tatsache, daß umgekehrt die gewerbliche Wirtschaft Weiterverarbeiterin landwirtschaftlicher Produkte ist, braucht nicht besonders hingewiesen zu werden.

Die besondere Bedeutung der Mühlenwirtschaft oder der Holzwirtschaft für die gesamte österreichische Volkswirtschaft und für ihren so dringend notwendigen Export ist allgemein bekannt und zeigt, wie groß die gegenseitige Abhängigkeit dieser beiden großen Teile unserer Volkswirtschaft ist.

Wir erkennen, daß im funktionellen Ablauf der gesamten Wirtschaft alle Berufsgruppen Glieder einer Kette sind. Schwache Kettenglieder können den Zusammenhalt und den Bestand ernstlich gefährden. Wir können auch sagen, daß jede Kette nur so stark ist wie ihr schwächstes Glied. Schwächen wir nur ein Glied in dieser Kette, so schwächen wir die ganze Kette. Mit anderen Worten: Die gesamte Bevölkerung muß an einer prosperierenden Volkswirtschaft interessiert sein, in der es möglichst wenig schwache Gruppen gibt. Sind die einzelnen Sparten leistungsfähig

Dr. Geißler

und bestehen sie den harten Wettbewerb am Markt, auch am internationalen Markt, dann ist die gesamte Wirtschaft gesund, und es ist für jeden Staatsbürger die Möglichkeit gegeben, seinen gerechten Anteil am Sozialprodukt zu verdienen. Echte Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft ist daher unbedingt erforderlich und muß ständig gepflegt und ausgebaut werden.

Aber nicht nur auf rein wirtschaftlichem Sektor bestehen diese engen wechselseitigen Beziehungen zwischen Landwirtschaft einerseits und Gewerbe und Industrie andererseits. Auch in soziologischer Hinsicht gibt es Verzahnungen, die besonders erkannt werden sollten. Wir meinen damit vor allem jene Landwirte, die entweder selbst oder deren Familienangehörige gleichzeitig im Gewerbe oder in der Industrie zusätzlichen Verdienst finden. Diese Bauernbetriebe können im soziologischen Sinn als menschliche Verbindungs- und Nahtstellen zwischen agrarischem und industriell-gewerblichem Sektor bezeichnet werden. Die Verstärkung gerade dieser menschlichen Kontakte ist heute besonders notwendig. Die Verlagerung und Dezentralisierung von industriellen oder gewerblichen Betrieben oder Teilen ihrer Fertigung aufs Land, wie wir sie besonders für die Grenzgebiete unserer Heimat fordern, wird zur Intensivierung dieser Kontakte einen weiteren Beitrag leisten. Auch diese Beispiele zeigen, daß es zwischen Landwirtschaft und gewerblich-industrieller Wirtschaft keine einander ausschließenden Gegensätze geben kann.

Bei der entscheidenden weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West geht es letztlich um die Wertung des Menschen. Während die westliche abendländische Welt die freie Entfaltung der schöpferischen Persönlichkeit, die Eigeninitiative und die Selbstverantwortung fördert, will das östliche System die Persönlichkeitswerte dem organisierten Kollektiv unterordnen und damit letztlich zerstören.

Gewerbliche Wirtschaft und Landwirtschaft haben in ihrem Bereich im besonderen Maße die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Unternehmerprinzip verankert. Ihr gemeinsamer Gegner sind die zerstörenden Kräfte des Kollektivismus. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß in den großen internationalen freien Organisationen der Landwirtschaft des Westens mit besonderem Nachdruck auf die große Bedeutung des bäuerlichen Familienbetriebes besonders in Europa hingewiesen wird.

Der bäuerliche Familienbetrieb muß auch in der modernen Industriegesellschaft der Zukunft und am europäischen Großmarkt

seinen bedeutungsvollen und wichtigen Platz behalten. Gerade diese Betriebsform verkörpert am besten die selbstverantwortliche bäuerliche Unternehmerwirtschaft, die unter allen Umständen erhalten bleiben muß.

Wir brauchen die heimische, speziell in bäuerlichen Familienbetrieben strukturierte Landwirtschaft aber nicht nur aus wirtschaftlichen und Ernährungsgründen. In einem Aufsatz mit dem Titel „Soziale Marktwirtschaft allein genügt nicht!“ stellte ein bekannter Nationalökonom vor kurzem folgendes fest:

„Weder die Sicherung des Arbeitsplatzes durch die Vollbeschäftigung noch der Produktionszuwachs in einer stetig ansteigenden Konjunktur haben die erwartete soziale Befriedigung gezeigt, sondern geradezu neue Unruhe und Unzufriedenheit wachgerufen. Diese innere Unruhe wurzelt in den noch ungelösten Problemen unserer Gesellschaft, die der traditionellen Bindung an die heimatische Scholle und an angestammte Berufe und die der früheren Selbständigkeit weitgehend verlustig gegangen ist. Demgegenüber muß eine neue ganzheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht nur die vorhandenen selbständigen Existenzen sichern, sondern neue Selbständigkeit ermöglichen, selbständige eigene Bezirke schaffen, in denen materiell wie psychologisch das Gefühl zur Selbständigkeit geweckt wird.“ Mit dieser Feststellung dürfte auch die soziale Funktion der bäuerlichen Landwirtschaft, besonders des bäuerlichen Familienbetriebes in der modernen Industriegesellschaft gekennzeichnet und begründet sein.

Das gegenwärtige weltgeschichtliche Ringen zwischen Ost und West wird vor allem auf geistigem Gebiet entschieden. Es gilt daher, für diese Gedankengänge auch den Sozialpartner, unsere Mitarbeiter in den Betrieben, zu gewinnen. Erfreuliche Ansätze sind vorhanden, die endlich auf die Überwindung der Klassengegensätze abzielen, Gegensätze, die einer echten Partnerschaft und Eigenverantwortung Platz machen müssen, wenn wir eine freie Gesellschaftsordnung erhalten wollen.

Den freien Gewerkschaften erwachsen hier besondere Aufgaben. Ohne freie gewerbliche und bäuerliche Unternehmer kann es auch keine freien Gewerkschaften geben. In der Verteidigung gemeinsamer Ideale und Vorstellungen sollte es in allen Bereichen der Wirtschaft nur echte Partner geben.

Ich komme zum Schluß. Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß es auch einige divergierende Auffassungen in landwirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen über

Dr. Geißler

gewisse Einzelprobleme gibt. Im Geiste einer echten Partnerschaft, im Wissen um die gegenseitige Abhängigkeit und um die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die uns allen gestellt sind, müssen geeignete Lösungen, die beide Teile befriedigen, gefunden werden, wobei wir uns bewußt sein sollten, daß alles Wirtschaften nur ein Ziel vor Augen haben kann: dem Menschen zu dienen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Doktor Reisetbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Reisetbauer:** Hohes Haus! Ich werde mich bemühen, Ihre Aufmerksamkeit nur ganz kurze Zeit in Anspruch zu nehmen, aber ich fühle mich verpflichtet, auf ein Faktum hinzuweisen, das für Österreichs Zukunft von sehr entscheidender Wichtigkeit ist und von immer entscheidenderer Wichtigkeit werden wird. Sie selbst wissen, was der Export für uns alle bedeutet. Sie alle kennen die Ziffern unserer Tätigkeit. Ich möchte sie nicht eigens anführen, aber Sie wissen, daß wir in der Industrie ein Drittel unserer Erzeugung exportieren müssen. Wenn wir das nicht können, so können wir die Beschäftigung in der Industrie nicht aufrecht erhalten.

In der letzten Zeit zeigt sich in Europa eine sehr merkbare Verflachung der Expansion, und zwar sowohl im Export als auch in der industriellen Erzeugung schlechthin und auch im Auftragseingang. In Österreich erleben wir eine Ausnahme. Wir merken wohl im Auftragseingang eine Verflachung, auch im Erzeugungsvolumen merken wir eine Verflachung, aber beim Export und besonders beim Fertigwarenexport stellen wir in der letzten Zeit mit Genugtuung eine zunehmende Belebung fest. Dieses Faktum ist von entscheidender Bedeutung für uns. Wenn ich nur auf das erste Halbjahr dieses Jahres hinweise, so haben wir von unseren gesamten Einfuhren im ersten Halbjahr eingeführt: an Halbfertigwaren 18,2 Prozent und an Fertigwaren 46,9 Prozent. Ausgeführt haben wir an Halbfertigwaren 28,6 Prozent und an Fertigwaren 46,3 Prozent.

Wir müssen aber, wenn wir die Beschäftigung halten wollen, unseren Export in Fertigwaren unbedingt forcieren. Ich möchte dazu nur ein Land nennen, das in dieser Hinsicht eine beispielgebende Struktur hat, und das ist die Schweiz. Die Schweiz hat es blendend verstanden, nicht nur durch eine Ausweitung ihrer Rohstoffherzeugung die Konjunktur auszunützen und zu fördern, sondern vor allem auch in der Fertigwarenherzeugung. Sie haben bei der Erzeugung des Nationalproduktes alle

Anstrengungen gemacht, sowohl durch Einsatz aller Produktionsfaktoren, nicht nur des Kapitals, das ja bekanntlich in der Schweiz ziemlich hoch ist, sondern auch durch den Einsatz fremder Arbeitskräfte. Die fremden Arbeitskräfte in der Schweiz machen heute 10 Prozent der Bevölkerung aus. Nur dadurch ist es der Schweiz in so hohem Maße möglich gewesen, diesen ungeheuren Aufschwung zu nehmen. Kommt es nun zu Rückschlägen, so trifft dieser Rückschlag in der Schweiz nicht die Schweizer.

Verstehen Sie mich, worauf ich hier hinaus will. Wenn wir eine weitere Expansion für notwendig halten und durchführen wollen — was ja der Fall ist —, so müssen wir ebenfalls den erhöhten Einsatz aller Produktionsfaktoren, die heute knapp sind, weiter durchführen. Darunter fallen natürlich auch die Arbeitskräfte. Wenn wir uns dagegenstemmen, so stemmen wir uns gegen eine Ausweitung des Sozialproduktes, so verhindern wir eigentlich die Vergrößerung des Kuchens, den wir jährlich in unserem ganzen Volke zur Verfügung haben.

Ich möchte hier warnend meine Stimme erheben. Ich möchte vor allem auf einen Sektor hinweisen, auf dem uns Schwierigkeiten bevorstehen. Heute bestehen sie noch nicht, aber es werden uns bestimmt Schwierigkeiten begegnen.

Die österreichische Stahlerzeugung hat sich bekanntlich — wenn ich den berühmten Stahlplan aus der Nachkriegszeit zugrundelege — verdreifacht, die Stahlerzeugung Italiens hat sich vervierfacht. Die deutschen Vergleichszahlen aus der Vorkriegszeit kenne ich nicht. Ich weiß, daß die Deutschen in den nächsten Jahren 36 Millionen Tonnen erzeugen wollen. In der Sowjetunion will man im Jahre 1980 sogar 250 Millionen Tonnen, glaube ich, erzeugen. Diese Zahlen gehen also ins Gigantische.

Wie sieht nun die Kopfquote aus? Das ist nämlich das Entscheidende. In der Stahlerzeugung haben wir in Österreich eine Kopfquote von ungefähr 460 kg gegenüber 630 kg in Deutschland. Aber — jetzt kommt das große Aber — im Eigenverbrauch — in der Verarbeitung — liegt bei uns auf dem Eisen- und Stahlsektor die Kopfquote bei 197 kg gegenüber 440 kg in Deutschland. In der Tschechoslowakei beträgt die Kopfquote in der Stahlerzeugung 490 kg und in der Verarbeitung 438 kg.

Die Kopfquoten liegen also dort viel, viel besser. Vergessen wir nicht, daß der Export von Stahl und Eisen und von Halb- und Fertigwaren immer schwieriger werden wird, denn die Erzeugungskapazitäten in Europa und in

Dr. Reisetbauer

der ganzen Welt mehren sich sprunghaft. Man spricht heute teilweise schon von einer Überkapazität. Sie wissen, daß man im Westen Europas und in der freien Welt überhaupt schon am Plafond angelangt ist, daß die Erzeugung der Vorprodukte der der Nachprodukte davongelaufen ist.

Wir müssen also alles unternehmen, um hier aufzuholen. Wir müssen in der Fertigwaren-erzeugung weiterkommen. Das ist für uns lebenswichtig, sonst werden wir weder die Expansion des Sozialproduktes noch die Vollbeschäftigung noch eine vernünftige Handels- und Zahlungsbilanz halten können. Ich fühle mich verpflichtet, das zu sagen. Warum? Ich bin manchmal in großer Sorge, wenn ich plötzlich aus dem Munde des Herrn Vizekanzlers höre — er ist leider nicht da —, daß er, offenbar aus Angst, weil er nicht weiß, wohin damit, mit den Produkten in die Fertigung hineingehen will. Das ist der falsche Weg! Denn man braucht auf diesem Sektor eine ungeheure Wendigkeit. Ohne diese Wendigkeit würden wir geschlagen werden.

Ich richte daher an den Herrn Minister den Appell, uns in dieser Frage ein besonderes Verständnis entgegenzubringen. Der richtige Weg kann nur auf dem privaten Sektor liegen. Wenn ich heute im offenen Gespräch mit Freunden aus der österreichischen Wirtschaft dieses Thema berühre, so finde ich auch immer eine volle Bestätigung meiner Auffassung.

Das zweite, was ich betonen will, ist folgendes: Wir sind uns vollständig darüber im klaren, daß von uns in zunehmendem Maße höhere Qualität verlangt wird. Wir haben auch den Willen zu qualitativ außerordentlichen Leistungen. Aber hier muß ich mit Bedauern feststellen, daß die österreichischen Leistungen — und es sind gewaltige Leistungen darunter — im Inland die geringste Anerkennung finden. Selbst mitten in das Herz dieser oder jener von ganz Österreich bewunderten Industrie werden gleichartige Produkte aus dem Ausland eingeführt. Nur in Österreich ist es uns nicht möglich, mit der eigenen Qualitätsware anzukommen.

Ich muß daher hier um etwas mehr Patriotismus bitten. Ich will jetzt nicht antieuropäisch wirken. Aber ich kenne Europa sehr gut, und in jedem europäischen Land, in dem ich war, wäre es unmöglich — das sage ich offen —, daß man, wenn nationale Ausschreibungen vorhanden sind, einfach über die Nationalindustrie glatt hinweggeht und womöglich nur der anderen den Vorzug gibt. Haben wir doch mehr Achtung vor unserer geistigen Leistung und vor unserem materiellen Können! *(Beifall bei der ÖVP.)* Dies fordere

ich — Herr Minister, und ich bitte auch hier um Ihre Unterstützung — besonders von der öffentlichen Hand, ob es sich nun um den Bund, die Länder oder die Gemeinden handelt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn wir in zunehmendem Maße in hoher Qualität erzeugen wollen, so müssen wir auch in der Lage sein, unser größtes Kapital, nämlich unsere intellektuelle Jugend, unsere geistigen Kräfte im Lande zu halten und zu interessieren. Ich könnte Ihnen hier mehr als eine Stunde lang aufzählen, in wie unendlich vielen und großen Unternehmungen der Welt Österreicher an führender Stelle sind. Es ist einfach nicht möglich, daß wir sie halten. Wir würden sie aber dringend brauchen!

Ich habe mich bemüht — ich sage es hier ganz offen —, daß einige dieser Herren, die in der Welt einen großen Namen haben, in den einen oder anderen Aufsichtsrat unserer großen verstaatlichten Industrien gehen. Die ausländischen Unternehmungen machen Schwierigkeiten. Sie wollen das nicht. Sie fürchten, daß wir sie für uns einsetzen und auch ausnützen können.

Wir müssen daher in der Lage sein, dieses Können, dieses geistige Kapital, das wir haben, mit allen Mitteln zu fördern, denn das kann uns niemand nehmen. Freunde! Das ist so viel wert, daß wir die größte Summe des materiellen Reichtums, den man uns zur Verfügung stellt, ruhig beiseiteschieben können. Mit dem österreichischen Genie und mit dem österreichischen Geist werden wir die Zukunft in der Wirtschaft meistern auch in schwierigen Positionen der Weltlage.

Ich bitte daher, auch die Institute, die mein Herr Vorredner schon erwähnt hat, kräftigst zu unterstützen. Wenn ich die Telegramme und die Fernschreiben, die ich diesbezüglich bekommen habe, vorlesen wollte, würde es lange dauern. Ich glaube, ich darf mich daher in dieser Hinsicht dem Kollegen Grünsteidl anschließen.

Haben wir ein Herz für diese Dinge! Sie betreffen die wirtschaftliche Geltung und die geistige Haltung unserer Kinder! Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Bock. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. **Bock:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der letzte Redner hat als Vertreter der Industrie an ein sehr ernstes Problem gerührt, das die gesamte österreichische Wirtschaftspolitik und darüber hinaus überhaupt die gesamte Gestion in diesem Staate in den nächsten Monaten lebhaft befassen wird. Ich

Bundesminister Dr. Bock

möchte diese Ausführungen noch mit einem kurzen Hinweis ergänzen und feststellen, daß zu der Problematik, die der Herr Abgeordnete Reisetbauer aufgezeigt hat, noch eine zweite, die damit in engem Zusammenhang steht, in den nächsten Wochen hinzutreten wird:

Wir haben uns zu einer weiteren Liberalisierung unserer Handelspolitik ab 1. Jänner des nächsten Jahres entschlossen; es ist heute schon in der Anfragebeantwortung davon die Rede gewesen. Wir werden das Liberalisierungsvolumen im GATT-Bereich, dem 43 Staaten der Erde angehören, um 40 Prozent des bisherigen Ausmaßes erhöhen. Wir werden im Bereiche der OECD-Staaten — das sind die freien europäischen Staaten sowie die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada — unsere Liberalisierung von 90 auf 93 Prozent erweitern; damit werden wir nun ein volles Drittel der bisher nicht liberalisierten Warenmenge liberalisieren. Wir werden gleichzeitig eine generelle, teilweise konjunkturbestimmte Zollsenkung für alle Warengruppen — mit Ausnahme der Landwirtschaft und der zur Eisen- und Stahlgruppe gehörenden Waren — vornehmen.

Hohes Haus! Das stellt einen gehörigen Rucksack von Sorgen für die österreichische Produktion dar. Von den in den Liberalisierungslisten enthaltenen Positionen — wir sind nun bei der Zusammenstellung dieser Listen, und ich werde im letzten Ministerrat vor Weihnachten dem Ministerrat über das Ergebnis zu berichten haben — ist keine einzige von der jeweiligen Sparte der Produktionsseite her unbeeinträchtigt geblieben. Ich habe Verständnis dafür. Natürlich wehrt sich der, den es trifft! Natürlich ist die Produktionsgruppe, die in die Liberalisierung einbezogen wird, eben jetzt an der Reihe, ihren Mann in einem erweiterten Wettbewerb auf dem inländischen Markt zu stellen.

Dazu kommt eine Erschwernis, die wir leider nicht vermeiden können. Wir bekennen uns aus den vielfach erörterten und, wie ich glaube, unbestrittenen Gründen zur Thematik des größeren Wirtschaftsraumes, zur wirtschaftlichen Integration Europas. Integration heißt richtigerweise Bildung eines größeren Wirtschaftsraumes auf Gegenseitigkeit. Wo wir liberalisieren, wo wir die Zölle senken, dort muß und soll es im Integrationsverfahren auch der Partner tun. Am 1. Jänner aber machen wir einen einseitigen Schritt. Wir allein senken den Zoll, wir allein erweitern die Liberalisierung im GATT- und im OECD-Bereich.

Es gibt natürlich eine Antwort auf die Frage, warum wir das tun: Wir müssen auf Grund unserer internationalen Verpflichtungen

diese Liberalisierungsschritte machen, weil wir ein gewisses Nachziehverfahren einzuhalten haben, wenn ich es so sagen darf. Wir brauchen uns dieses Nachziehverfahrens nicht zu schämen. Die übrigen Staaten — zum Beispiel im GATT-Bereich, aber auch im OECD-Bereich — waren doch, von Ausnahmen abgesehen, seit dem Ende des Krieges, also seit 1945, im Besitze ihrer vollen Souveränität und hatten die Möglichkeit, ihre Nachkriegswirtschaft aufzubauen. Wir in Österreich konnten erst nach dem Abzug der Besatzungstruppen, also Ende 1955, mit voller Kraft an diese Arbeit gehen. Während den anderen Staaten also fast sechzehn Jahre zur Verfügung standen, standen uns für den gleichen Weg kaum sechs Jahre zur Verfügung. Aus demselben Aspekt haben wir auch seinerzeit die Liberalisierung im alten OEEC-Bereich etwas langsamer durchgeführt und sind also mit langsameren Schritten nachgekommen. Das gleiche gilt für den GATT-Bereich, wo wir unsere Liberalisierung im wesentlichen eigentlich erst im Juni des vorigen Jahres begonnen haben. Aber schon mit 1. Jänner 1962 werden wir bei 70 Prozent stehen.

Ich will damit sagen, daß diese Handelspolitik auch in internationaler Schau absolut vertretbar war, weil sie für uns unvermeidlich und daher notwendig gewesen ist. Nun sind wir wieder an einem solchen Punkt angelangt, wo wir diese drei für die Betroffenen — ich muß es zugeben — schmerzhaften Schritte machen müssen.

Es gibt natürlich auch Stimmen, die uns von solchen Schritten abhalten wollen. Ich meine jetzt nicht die verständlichen Stimmen der unmittelbar Betroffenen, sondern die Stimmen von Leuten, die angeblich mit nationalökonomischer Beweisführung darlegen, daß es Österreich nicht nötig hätte, sich diesem Wachsen der größeren Wirtschaftsräume anzupassen. Ich glaube, wir alle lehnen eine solche Haltung ab. Es ist klar, daß im Zeitalter der Automation, im Zeitalter einer sinnvollen Arbeitsteilung kleine autonome Wirtschaftsräume in der Zukunft nicht mehr lebensfähig sein werden.

Die Problematik steht also momentan so, daß uns der Übergang zu den größeren Wirtschaftsräumen, der Übergang zu einer größeren Liberalität des Welthandels größte Schwierigkeiten macht. Ich möchte das Hohe Haus sehr bitten, das nicht zu übersehen. Die Vermeidung dieser Übergangsschwierigkeiten ist aber unmöglich, wenn wir künftig an der weltwirtschaftlichen Entwicklung Anteil haben wollen. Wenn wir nicht bereit wären, diese Übergangsschwierigkeiten auf uns zu nehmen, müßten wir in nicht allzu ferner Zukunft mit

Bundesminister Dr. Bock

weit größeren Schwierigkeiten für die gesamte österreichische Wirtschaft rechnen. Die österreichische Wirtschaft darf sich daher gegenüber dem Ausland nicht abkapseln, wenn ich es in dieser vereinfachten Form ausdrücken darf.

Das Jahr 1962 wird uns — ich darf in Parenthese sagen: ich bin vollkommen überzeugt, daß die binnenländische Konjunktur in Österreich andauern wird, und die Konjunktur hilft uns ja auch wesentlich, diese Schritte zu machen — vor ernste Probleme stellen, die wir gemeinsam nach den jeweiligen Erfordernissen des Tages zu lösen haben werden.

Ich habe das an den Schluß dieser Debatte im Hohen Hause gestellt, weil ich glaube, daß man in der Öffentlichkeit einerseits für die Notwendigkeit dieser Liberalisierungsschritte Verständnis erwarten darf und daß wir andererseits Verständnis für die haben wollen und werden, die nun durch diese Ereignisse unmittelbar in eine etwas schwierige Situation kommen werden, aus der sie herauszuführen unsere gemeinsame Aufgabe ist.

In diesem Zusammenhang auch ein Wort zu dem heute dankenswerterweise sehr ausführlich besprochenen Problem des Fremdenverkehrs. Hohes Haus! Das Fremdenverkehrsergebnis für das Jahr 1961 ist absolut befriedigend. Das statistische Gesamtergebnis werden wir natürlich erst am Ende des Jahres vor uns haben. Aber es ist jetzt schon festzustellen, daß die Zunahme der Nächtigungen und auch die Zunahme der Deviseneinnahmen wieder ein ganz beträchtliches Mehr gegenüber dem Jahre 1960 erbringen wird. Dieses erfreuliche Ergebnis darf uns andererseits nicht leichtfertig machen und dazu verleiten, die Obsorge um den Fremdenverkehr zu leicht zu nehmen.

Gerade das abgelaufene Jahr hat gezeigt, wie anfällig der Fremdenverkehr ist. Wir sehen es an dem bedauerlichen Rückgang unseres amerikanischen Reisepublikums, der auf die bekannten Ereignisse in der Welt und auch auf die in Amerika selbst sehr laut ausgesprochene Aufforderung, den Dollar im eigenen Lande auszugeben, zurückzuführen ist. Dieser Rückgang des amerikanischen Reisepublikums in ganz Europa hat natürlich auch uns einen gewissen Ausfall an Devisenerträgen gebracht, weil gerade dieses Publikum das zahlungskräftigste ist. Dieser Ausfall wurde zwar auf Grund der Konjunktur durch ein anderes Reisepublikum aufgewogen, aber wir haben einen deutlichen Ausschlag des Konjunkturzeigers auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs gesehen. Die zuständigen Gremien halten in diesen Tagen sowohl im Bereiche des Verkehrsministeriums wie auch in dem des Handelsministeriums Tagungen ab, sie veranstalten Enqueten, um das Ergebnis aus

den Erfahrungen dieses ablaufenden Jahres festzustellen.

Ich bedauere — ich muß das offen sagen —, daß es auch in diesem Jahr nicht möglich war, die Budgetpost für den Fremdenverkehr zu erhöhen. Sie ist gegenüber den drei vergangenen Jahren gleichgeblieben. Was das angesichts der wesentlich gestiegenen Druck- und Papierkosten für das Werbematerial und auch in Anbetracht des höheren Personalaufwandes vor allem für unsere Außenstellen im Auslande bedeutet, brauche ich vor diesem Forum nicht näher auszuführen. Trotzdem hoffen wir, im Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wieder einen guten Fremdenverkehrswerbeeffect hervorbringen zu können.

Ich möchte mich aber — ich muß das tun — einer Sorge der Vertreter des Fremdenverkehrs im Hohen Hause anschließen. Diese Sorge betrifft den Arbeitsmarktsektor. Gerade der Fremdenverkehr zählt zu jenen Sparten der Wirtschaft, die unter dem Arbeitskräftemangel am meisten zu leiden haben. Ich kann nur hoffen — ich möchte nichts weiter dazu sagen —, daß die schwebenden Verhandlungen zwischen den beiden Sozialpartnern recht bald zu einem positiven Ergebnis führen, damit wir für die nächste Saison, soweit das in diesem Falle auf dem europäischen Arbeitsmarkt noch möglich ist, wenigstens eine kleine Erleichterung finden können.

Ich bin gefragt worden, ob wir eine Handhabe haben, um zu veranlassen, daß im Hotelbuch oder auch sonst in der Werbung Inklusivpreise angegeben werden müssen. Eine Handhabe haben wir nicht, aber ich möchte dem Herrn Abgeordneten — ich habe es auch schon im Ausschuß getan — sagen: Ich unterstütze die Idee der Inklusivpreise wärmstens, und ich empfehle der österreichischen Hotellerie bei jeder Gelegenheit, zu Inklusivpreisangaben überzugehen. Ich muß allerdings auf eine Schwierigkeit aufmerksam machen: Die unterschiedliche Höhe der Abgaben, vor allem der Kurtaxen — die Unterschiede betragen bis 8 und 10 S — machen die Angabe von Inklusivpreisen natürlich schwieriger, weil die verschieden hohe Belastung durch die Kurtaxen und sonstige Abgaben bei denselben Kategorien oft zu verschiedenen hohen Inklusivpreisen führt. Vielleicht ist der Ausweg der, daß man den Inklusivpreis ohne die Kurtaxe anführt und die Kurtaxe gesondert ausweist.

Ein zugegebenermaßen schwieriges Problem ist die hier auch kritisierte Klassifizierung der Hotelkategorien. Herr Abgeordneter! Diese Klassifizierung wird durch Kommissionen in den Ländern vorgenommen; eine Kommission würde das technisch gar nicht bewältigen

Bundesminister Dr. Bock

können. Schon allein dadurch, daß es verschiedene Personengruppen sind, die natürlich verschiedene Auffassungen haben, ergeben sich auch verschiedene Resultate. Dazu kommt, daß diese Klassifizierung oft wirklich sehr schwierig ist: In einer Gaststätte ist die Schlafgelegenheit besonders gut ausgestattet und die anderen Dinge sind weniger gut, und bei der anderen ist es wieder umgekehrt. Wie und wo klassifiziert man hier? Wir sind bemüht, eine möglichst einheitliche Richtlinie zu finden. Die Nomenklatur der Klassifizierung entspricht der internationalen Übung.

Zuletzt ein paar Worte auch zum Problem der Autobahn. Ich danke vor allem den Abgeordneten Dr. Fink und Enge, daß sie in so positiver Weise zu diesem großen und schwierigen Werk Stellung genommen haben.

Was die Abrechnungsfrage betrifft, so habe ich in Form einer mündlichen Anfragebeantwortung vor dem Hohen Haus dazu schon Stellung genommen. Ich habe dieser Erklärung nichts mehr hinzuzufügen, es sei denn die Feststellung, daß sich die von mir angegebenen Beträge bereits in Liquidierung befinden.

Was zur technischen Ausgestaltung zu sagen ist, hat zum Teil der Herr Abgeordnete Enge schon gesagt. Ich möchte nur ergänzen, daß die Verwendung von Steinverkleidungen bei den Brücken und bei den Randstreifen der Autobahn nicht ausschließlich deshalb erfolgt, weil wir einer ganzen Reihe von Industrie- und Gewerbebetrieben, die vor allem in Gegenden liegen, wo sonst nicht viel Arbeitsmöglichkeit ist, damit Arbeit verschaffen. Das ist ein sehr erfreulicher Erfolg, aber nicht der einzige. Es geschieht vor allem auch deshalb, weil die Verwendung von Steinmaterial die Qualität der Autobahn wesentlich verbessert. Das Urteil der Fachleute des Brückenbaues geht zum Beispiel dahin, daß eine Brücke mit Steinverkleidung eine doppelte Lebensdauer gegenüber einer Brücke ohne Steinverkleidung hat, bei keinem oder fast keinem Reparaturanfall, während bei der halben Lebensdauer, die eine andere Brücke hat, ein wesentlicher Reparaturanfall einzurechnen ist.

Die Mehrkosten durch die Steinverkleidungen betragen bei den Brücken, die die doppelte Lebensdauer und keinen Reparaturbedarf haben, ganze 3 Prozent der Brückenbaukosten. Daher, Herr Abgeordneter Enge, war ich sehr gerne bereit, Ihnen die Differenz für die Reparatur der Eisen-Bundesstraße zu versprechen. Wir kommen leider nicht sehr weit, weil die dafür erforderlichen Kosten viel größer wären.

Ähnliches gilt für die Verwendung und der Auftragung der Betonfahrbahndecken. Hohes Haus! Es zeugt nicht von fachtechnischer Kenntnis, wenn man der Meinung ist, man könnte eine Autobahn so wie eine Bundesstraße mit Bitumendecke bauen. Man kann natürlich auf die doppelte Betondecke noch eine Bitumendecke darüberlegen. Das geschieht in einzelnen Staaten, die sich das finanziell leisten können. Dann fährt man nämlich auch auf der Betonbahn bequemer, nur kostet das sehr viel mehr. Die Auftragung einer Bitumendecke ohne die doppelte Betonunterlage wäre für die Autobahn in gar keiner Weise zu verantworten. Das Urteil der Fachleute geht dahin, daß eine solche Straßenform bei der Autobahn eine Lebensdauer von höchstens fünf Jahren hätte und dann die Decke erneuert werden müßte, was wesentlich mehr kosten würde als das, was wir jetzt machen.

Ich muß — dazu fühle ich mich verpflichtet — die Ausführungen über die Abstandsgelder, die sich angeblich Baufirmen untereinander bezahlen, zurückweisen, wenn nicht Namen und Adressen genannt werden, denn ich kann es nicht hinnehmen, daß die ordentliche österreichische Bauwirtschaft hier pauschal verdächtigt wird.

Meine Damen und Herren! Die eigentliche und wirkliche Problematik des Autobahnbaues ist dieselbe wie beim Straßenbau, wie bei allen anderen Investitionsvorhaben bis zur Elektrifizierung der Bundesbahnen und zur Vollautomatisierung des Telephonnetzes: Es ist immer wieder der finanzielle Rahmen, den das Hohe Haus dem jeweils zuständigen Ressortminister für diese Agenden bewilligt. Wir könnten bei einem technisch gerechtfertigten Tempo, wie es natürlich auch den Baufirmen angenehm wäre, pro Jahr mindestens 1,5 Milliarden Schilling allein bei der Autobahn verbauen. Das Hohe Haus bewilligt dem Handelsministerium nur einen wesentlich geringeren Betrag. Daher müssen wir uns hier — und wollen es auch tun — nach der Decke strecken. Die Finanzierung des Autobahnbaues — ich habe das bei der Freigabe des letzten Teilstückes im Herbst in der Öffentlichkeit gesagt — ist sichergestellt, aber die Sicherstellung bedeutet nicht, daß wir so viele Mittel hätten, wie wir technisch verbauen könnten. Das ist der Rahmen, der uns gesteckt ist.

Im übrigen, meine Damen und Herren, werden ab 16. Dezember folgende Teilstücke der Autobahn befahrbar sein: Von Niederalp über Salzburg nach Mondsee 44,2 km, von Ennsdorf nach Regau 71,9 km und von Preßbaum bis Kottlingburgstall — das ist

3702

Nationalrat IX. GP. — 85. Sitzung — 6. Dezember 1961

Bundesminister Dr. Bock

die Einmündung knapp vor Amstetten — 85,9 km, zusammen 202 km. Hohes Haus! Aus dem „Fleckerlteppich“ werden am 16. Dezember drei sehr schöne „Perser“ geworden sein. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Spezialdebatte über die Gruppe IX ist damit abgeschlossen.

Ich breche die heutigen Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung findet Montag, den 11. Dezember, 14 Uhr, statt. Die Tagesordnung ist bereits verteilt.

Der Herr Obmann des Verfassungsausschusses ersucht mich, bekanntzugeben, daß die für morgen angesetzte Sitzung des Verfassungsausschusses entfällt.

Nach Schluß der Haussitzung tritt jetzt der Hauptausschuß zusammen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 10 Minuten